

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 19. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Nachtarbeit.

Die Frage der Unterfangung bzw. Einschränkung der gewerblichen Nachtarbeit wird neuerdings von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, und zwar sowohl in der Presse als in ihren Versammlungen mehr als sonst erörtert. Es hängt dies eng zusammen mit der augenblicklichen Lage der deutschen Arbeit. Die wirtschaftliche Krise hat tausende fleißiger Hände ausgeschaltet, und es muß die arbeitslosen Proletarier empören, wenn sie, die nicht wissen woher sie Brot für ihre Familien nehmen sollen, beobachten, wie in den noch gut beschäftigten Betrieben die Arbeiter nicht bloß Ueberstunden machen müssen, sondern auch die Nachtarbeit bestreuen. Die Nachtarbeit, an sich eine der schändlichsten kapitalistischen Ausbeutungsformen, wird in solcher Zeit zu einem der schlimmsten Uebelstände, dessen gesetzliche Bekämpfung ein dringendes Gebot ist. Die Socialdemokratie hat der wichtigen socialpolitischen Frage stets ihre ganze Aufmerksamkeit gewidmet. Im Reichstage haben wir wieder und wieder die Einschränkung beziehungsweise Abschaffung der Nachtarbeit gefordert; diese Forderung bildet einen Punkt unseres Programms und an jedem 1. Mai demonstriert die Massenbewusste Arbeiterschaft für die Forderung. Neuerdings haben die Gewerksvereine eine Petition um Unterfangung oder Einschränkung der gewerblichen Nachtarbeit an den Reichstag gerichtet, wobei sie auf den Bericht von Dr. Max Hirsch über die Nachtarbeit in Schmollers Jahrbuch stützen. Die ganze Frage beginnt so, gleich der der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit, an Aktualität zu gewinnen in dem Maße, wie die Reichsregierung die Dinge gehen läßt, wie sie eben gehen, und ohne mit irgend einer durchgreifenden Maßnahme der Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Was bisher in Deutschland gegen die Nachtarbeit gesetzgeberisch geschehen ist, ist ganz ungenügend. Die Gewerbeordnung hat bekanntlich die Beschäftigung der Kinder in Fabriken verboten, was jedoch nicht hindert, daß sie in der Hausindustrie und in einzelnen Arten derselben oft bis in die Nacht hinein ausgebeutet werden. Auch für die jugendlichen Arbeiter, bis sechzehn Jahre, verbietet das Gesetz die Nachtarbeit, ebenso für die Arbeiterinnen, wobei noch hinzugefügt ist, daß diese an Sonntagen und an Vorabenden von Festtagen nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen. Das Gesetz gestattet jedoch dem Bundesrat und den Verwaltungsbehörden, Ausnahmen von der Regel zu treffen, die zum Teil recht erheblich sind. Dann ist durch die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche die offenen Verkaufsstellen betreffen, der Nachtarbeit in einem Teile des Handelsgewerbes entgegengetreten worden. Dieser Teil ist jedoch, eben durch die unglückselige gesetzliche Beschränkung auf die Ladengeschäfte, so klein, daß die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen im Handelsgewerbe zu Saisonzeiten noch die tollste Nachtarbeit haben. Von dem Rechte, Ausnahmen zuzulassen, hat der Bundesrat in seinen „Bekanntmachungen“ in zahlreichen Fällen bald in Bezug auf die Arbeiterinnen, bald in Bezug auf die jugendlichen Arbeiter Gebrauch gemacht. Für den erwachsenen männlichen Arbeiter besteht die schlimme kapitalistische Ausbeutung in Form der gewerblichen Nachtarbeit völlig unbeschränkt.

Die gewerbliche Nachtarbeit ist für jenen Teil der Arbeiterklasse, der sich in ihr sein Brot verdienen muß, von geradezu verwüstenden Wirkungen. Die erste schädliche Folge der Nachtarbeit ist die völlige Aufhebung des Familienlebens für die Arbeiter. Der Nachtarbeiter hat kein Familienleben. Die Nachtarbeit beginnt in den Abendstunden und dauert bis in den vorderlichten Morgen. Kommt der Nachtarbeiter morgens überanstrengt nach Hause, so sucht er bald das Lager zu einem unruhigen Schlafe auf, der meist bis in den Mittag dauert. Gleich nach dem Mittagessen geht der Nachtarbeiter oft wieder irgend einer Beschäftigung in oder außer dem Hause nach, weil in sehr vielen Fällen die Nachtarbeit so schlecht bezahlt wird, daß der Proletarier sich noch nach einem Nebenverdienst umsehen muß, um seine Existenz zu finden. So kann er sich kaum seiner Familie widmen, was dem überanstrengten Tagearbeiter immerhin in den Abendstunden möglich ist.

Die ununterbrochene gewerbliche Nachtarbeit stumpft aber auch körperlich und geistig ab. Man kann immer die Beobachtung machen, daß diese Arbeiterkategorie namentlich aus den großen Betrieben der Eisenindustrie, des Bergbaus und anderer Arbeitszweige stets mürrisch und verschlossen ist. In dem kurzen Schlaf eines Morgens kann nicht die verlorengegangene Nachtruhe nachgeholt werden. Die Müdigkeit bleibt zurück, läßt lähmend auf Körper und Geist und macht den Arbeiter meist mißlaunisch und in sich gekehrt. Kaum sieht er seine Kinder, oft geht auch die Frau noch einer Erwerbsarbeit nach, und so ist das vom Kapitalismus scheinheiligher gepriesene Familienleben des Arbeiters durch den Kapitalismus selbst zu einer schmachvollen Farce gemacht.

Die Nachtarbeit untergräbt bereits in kurzer Zeit die Gesundheit des Arbeiters und macht ihn, je nach ihrer größeren oder geringeren Schwere, körperlich und geistig zum Krüppel. Mag eine nur vorübergehende gewerbliche Nachtarbeit den Proletarier nicht weiter benachteiligen, so ist doch die dauernde Nachtarbeit in weit höherem Grade anstrengend, als die gleiche Arbeit über Tage. Die Nachtarbeiter sind fast alle kränkelnd. Bald sind es Augenleiden, bald Rheumatismus, bald sonstige körperliche Uebel, die als direkte Folgen dieser

Arbeitsart bezeichnet werden müssen. Halten doch auch die meisten Nachtarbeiter, wenn sie schwere Arbeit verrichten müssen, ihre Arbeit nicht lange aus. In der westfälischen und ober-schlesischen Hüttenindustrie kennt man die sogenannten „Vierundzwanziger“ und „Sechszwanziger“. Das sind Arbeiter, die mit geringen Rausen, die sie auf Essen und Trinken verwenden, zwei oder gar drei Arbeitsschichten hintereinander machen, um dann einen halben Tag zu ruhen. Wohl erzielen sie durch solche Ueberanstrengung einen höheren Lohn, doch alsbald bricht auch der Körper zusammen und erst nach langwierigem Krankenlager erholt sich der Proletarier so weit, daß er wieder seinem Brotwerb nachgehen kann.

Neben den Krankheiten, die um so häufiger auftreten, je mehr der Körper durch die Nachtarbeit ruiniert ist, stellen die gewerblichen Nachtarbeiter vor allem einen hohen Prozentsatz zu den Betriebsunfällen. Es liegt dies schon in der Natur der Sache. Der Nachtarbeiter, der bereits schlaf seine Tätigkeit beginnt, ermüdet rasch, wird alsdann abgestumpft gegen die Betriebsgefahren und erliegt denselben noch weit eher als der Tagearbeiter.

Es ist gewiß kein Zufall, daß in jenen Industriegegenden, in denen besondere Betriebsweisen eine ausgebeutete Beschäftigung breiter Arbeitermassen zur Nachtzeit bedingen und die Arbeiterorganisation hinter andern Gegenden zurückbleibt, die Arbeiterpresse wenig gelesen wird und die Masse auf einer geringeren Bildungstufe steht. Dem übermüdeten und überanstrengten Nachtarbeiter fehlt völlig die geistige Sammlung und Frische, die die Vorbedingung für Teilnahme am öffentlichen Leben, am socialen Kampfe seiner Klasse, an Interesse für die Verbesserung seiner Lage überhaupt ist. In untern Tagen ist das elementare Bildungsmittel für den Arbeiter die Versammlung seiner Organisation. Der Nachtarbeiter kann sie nicht besuchen, weil ihn am Abend bereits wieder seine Tätigkeit ruft. Seine dauernde geistige Abspannung läßt ihn auch wenig Interesse an Litteratur nehmen und so lebt der Nachtarbeiter stumpf und dumpf dahin. Schwere und andauernde Nachtarbeit ist ein langsameres geistiges und körperliches Zugrundegehen des Arbeiters.

Von einer Anzahl Betriebsweisen abgesehen, in welchen die Nachtarbeit eine ungängliche Notwendigkeit ist und sich höchstens einschränken, nicht aber gänzlich unterdrücken läßt, liegt die Nachtarbeit nur im einseitigen Interesse des Unternehmertums. Die Nachtarbeit setzt das Ausbeutertum in den Stand, zu Zeiten der Hochkonjunktur die Aufträge rasch zu erledigen und so die Konkurrenz niederzuhalten. In allen Zeiten ermöglicht sie ihm eine größere Ausnutzung der Produktionsmittel, folglich schnellere Abschreibungen, höhere Verzinsungen. Daß der größere kapitalistische Profit erlangt wird durch die Zerstörung des Familienlebens des Arbeiters, durch die Vernichtung seiner Gesundheit, durch vermehrte Unfälle und Krankheiten — das alles sind keine Faktoren, die das kapitalistische Unternehmertum in Rechnung zu stellen gewöhnt wäre.

Um so mehr ist es Pflicht der Gesetzgebung, einzugreifen und dem Arbeiterschutze eine neue Ausdehnung zu geben. Wir haben bereits eingangs darauf hingewiesen, wie wenig bisher geschehen ist. In seinem citierten Bericht über die Nachtarbeit in Schmollers Jahrbuch nimmt Dr. Max Hirsch folgende vier Gruppen-Einteilung der Länder nach Maßgabe der gethanen gesetzgeberischen Schritte vor. Wir geben sie wieder, weil sie recht übersichtlich zeigt, wie wenig geschehen ist. Es haben:

1. Verbot nur für Kinder unter 12 bzw. 14 Jahren 3 Staaten (Italien, Norwegen, Rumänien — letztere nur für Bergwerke).
2. Verbot für Kinder und jugendliche Arbeiter bis 16, 17, 18 Jahren 7 Staaten (Ungarn, Niederlande, Luxemburg, New York, Minnesota für männliche und weibliche, Dänemark, Schweden für weibliche Jugendliche).
3. Verbot für Kinder, jugendliche und weibliche Arbeiter ohne Altersgrenze 7 Staaten (Deutschland, Oesterreich, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Rußland, Massachusetts).
4. Verbot für alle einschließlich der erwachsenen männlichen Arbeiter 1 Staat (Schweiz).

Nur ein einziger Staat, die kleine Schweiz, kennt ein Verbot für alle, einschließlich der erwachsenen männlichen Arbeiter. Alle übrigen Staaten begnügen sich mit Flickwerk. In einer Zeit, wie der jetzigen, da sich in einer großen Arbeitslosigkeit die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise zeigen, ist es desto mehr Pflicht des Staates, der schlimmsten Ausbeutung entgegenzutreten und durch Verkürzung der Arbeitszeit bessere Zustände zu schaffen. Das Verbot bzw. die Einschränkung der Nachtarbeit aber ist hierzu der erste und dringendste Schritt.

Die Not.

Arbeitslosigkeit in Mittel- und Süddeutschland.

Aus Thüringen geht den „Arbeitsmarkt“ folgender Situationsbericht zu: In der Industrie der Steine und Erden wird der Geschäftsgang immer flauer. Die Witterungsverhältnisse haben die Ziegeleien zur Einstellung des Betriebes genötigt, wodurch zahlreiche Arbeitskräfte frei geworden sind. Die Porzellan-Fabriken haben eine starke Einschränkung des Betriebes wegen Mangel an Aufträgen vornehmen müssen. In manchen Betrieben wird nur noch an drei

Tagen in der Woche gearbeitet. Eine große Arbeitslosigkeit herrscht unter der Handwerkerbevölkerung des Eichsfeldes. In den Kreisen Borbis und Graßchaft Hohenstein sind ca. 10 000 Handwerker ohne Arbeit. Gleich unglücklich ist die Lage der Handwerker in den Kreisen Heiligenstadt und Wäßhausen. Seitens der Regierung sind Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Gange. Auch die wenigen Maschinenfabriken sind ohne ausreichende Beschäftigung. Die Maschinenfabrik in Verlingerode hat sich genötigt gesehen, zwei Drittel ihrer Arbeiter zu entlassen und Lohnstützungen vorzunehmen. Erhebungen sind ganz löblich, aber sie machen keinen Hungerigen satt!

Die „Schwäb. Tagwacht“ in Stuttgart teilt mit: Trüber und trüber wird das Bild, welches das städtische Arbeitsamt Stuttgart allmonatlich von der wirtschaftlichen Lage entwirft. Nach dem in der gestrigen Gemeinderats-Sitzung mitgeteilten Bericht vom Monat November hat sich die Lage gegenüber dem Oktober noch wesentlich verschlechtert. Im November 1900 wurden 1559, im Oktober 1901 1558, im November 1901 dagegen nur 1065 Arbeiter gesucht. Befriedigt wurden von diesen Gesuchten im ganzen 881 = 82,72 Proz. Arbeit suchten dagegen im November 1900: 2857, im Oktober 1901: 3194, im November 1901: 2949 Arbeiter. Nur 894 = 30,81 Proz. dieser unglücklichen konnte Arbeit nachgewiesen werden, die übrigen 2055 mußten weiter hungern. Während im November 1900 auf 100 offene Stellen 174 Arbeitslose kamen, war das Verhältnis im Oktober 1901 100:201 und im November 1901 100:276. Es kommen also nahezu drei Arbeiter auf eine offene Stelle.

Sehr schwierig scheint sich die Lage des Arbeitsmarktes in Bayern zu gestalten. Der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte gehen darüber folgende Mitteilungen zu: Unter allen deutschen Ländern ist Bayern gegenwärtig dasjenige, das in der Zusammenfassung der Arbeitsnachweise am weitesten vorgeschritten und das infolgedessen den Zu- und Abfluß früher zu bemerken in der Lage ist. Nicht nur in den Industriestädten, sondern auch auf dem platten Lande macht sich in Bayern jetzt Arbeitsnot geltend. Daß die Arbeitslosen auf dem Lande untergebracht werden konnten, ist bei der gegenwärtigen Geschäftslage gänzlich ausgeschlossen. Schon Mitte November wurde im unterfränkischen Landratsamt vom Baron v. Thüngen konstatiert, daß in der dortigen Landwirtschaft kein Mangel an Arbeitskräften bestehe. Tatsächlich besteht sogar ein Ueberangebot, das zum Teil in den nächsten Städten um Arbeit nachsucht, zum Teil auf dem Lande bleibt und dort ein Arbeitslosen-Kontingent bildet. Durch Zuzug vom Lande ist z. B. das Angebot von Arbeitskräften so stark geworden, daß im November 187 offenen Stellen 508 Arbeitsuchende gegenüber standen. In den Landorten selbst hat die Arbeitslosigkeit schon zu einer starken Vermehrung der Bettel- und der Diebstahle geführt. Die erhebliche Arbeitslosigkeit auf dem Lande ist durch übertriebene Klagen über die Leutenot zu einem guten Teil veranlaßt worden. Obwohl in vielen Gegenden zur Genüge die vorhandenen Arbeitskräfte genügen, stellen man doch noch immer die Markverhältnisse so dar, als ob es an Arbeitskräften mangelte. Die Folge war, daß z. B. die Eisenbahnverwaltung zahlreiche Wohnmeisterstellen zu Entlassungen veranlaßte, um das Angebot für die Landwirtschaft zu vermehren. Aber schon zur Genüge kam es vor, daß die Arbeitsuchenden abgewiesen wurden. Jedenfalls aber wurden nach der Ernte diese aus dem Bahndienst Entlassenen auch in der Landwirtschaft abgestoßen und konnten in ihre frühere Stellung nicht mehr zurück. Der Arbeitsmangel auf dem Lande verläßt in allen gewerblichen Bezirken und namentlich in den großen Städten das Angebot und die Arbeitslosigkeit.

Not der Landwirtschaft!

Welche gewaltigen Erträge aus dem Großgrundbesitz herausgewirtschaftet werden, das lehrt die Abrechnung dreier mecklenburgischer Klöster, über die unser mecklenburgisches Partei-Organ berichtet:

Die mecklenburgische Ritterschaft beginnt am Sonntag ihren sogenannten Klostersonntag, das heißt, es wurde die Abrechnung der drei Landesklöster Dobbertin, Malchow und Ribnitz entgegengenommen. Die Besitzungen dieser drei früheren katholischen Nonnenklöster sind derjenige Anteil, welcher bei der Teilung der Güter zwischen Herzogen und Ritterschaft aus Anlaß der Reformation vor 330 Jahren (1572) an die Ritterschaft fiel.

Die Verwaltung der drei Klöster führen die adligen Mitglieder der Ritterschaft. Die bürgerlichen Rittergutsbesitzer haben keinen Anteil an dem Reichtum der Klöster. Welche reiche Einnahme die drei Klöster der adligen Ritterschaft gewähren, das ergeben deutlich die Schlußzahlen der am Sonntag vorgelegten Jahresrechnungen; unsichtbar doch auch das Kloster:

Dobbertin	80 Güter mit 25 122 ha
Malchow	17 „ „ 15 566 „
Ribnitz	7 „ „ 3 189 „
alle 3 Klöster	54 Güter mit 43 867 ha

Dieser umfangreiche Landbesitz besteht größtenteils aus größeren Gütern, die verpachtet sind, oder aus kleineren Bauernhöfen, deren Besitzer gleichfalls Pacht aus dem Kloster zu zahlen haben; außerdem besteht ein nicht unerheblicher Teil des klosterlichen Landbesitzes in Waldungen, die selbstverständlich auf Rechnung der Klöster forstwirtschaftlich ausgenutzt werden. So erbrachte dem Kloster Dobbertin sein Forstbetrieb einen Jahresüberschuss von 113 847 Mark!! Von Johannis 1900 bis 1901 betragen nun:

in Klosteramt die Einnahmen	die Ausgaben der Ueberfluß
Dobbertin 544 935 Mk.	494 306 „ 50 629 „
Malchow 353 192 „	270 706 „ 82 486 „
Ribnitz 127 291 „	122 000 „ 5 291 „
zusammen 1 025 418 Mk.	887 012 „ 138 406 „

Das Barvermögen der Klöster, außer dem Grundbesitz, betrug: in Kloster Joh. 1900 Joh. 1901 Zunahme
 Dobbertin 902 616 Mk. 935 568 „ 32 952 „
 Malchow 730 575 „ 778 321 „ 47 746 „
 Ribnitz 228 328 „ 232 215 „ 3 887 „
 insgesamt 1 861 519 Mk. 1 946 104 „ 84 615 „

Zu die sehr beträchtliche Summe von 887 012 M., welche die 3 Klöster vorausgab, haben, teilen sich, abgesehen von den Verwaltungskosten, die unverheirateten Töchter der adeligen Rittergutsbesitzer, zu denen noch hinzukommen die unverheirateten Töchter der Bürgermeister der Vorderstädte (Güstrow, Parchim und Neubrandenburg) sowie 9 großherzogliche Pensionistinnen, indem der Schweriner Großherzog an 6 und der Strelitzer an 3 Damen nach freiem Belieben eine Klosterstelle vergeben kann. Die Nonnenherinnen der 3 Klöster sind:

	Gutsbesitzer- töchter	Bürgermeister- töchter	Pensio- nistinnen
in Dobbertin	225	10	9
in Malchow	131	8	—
in Ribnitz	48	4	—
zusammen	404	22	9

Die Nonnenherinnen zerfallen bei jedem Kloster in vier Klassen. Die erste Klasse bilden diejenigen, welche zur vollen Hebung kommen; diese erhalten eine kleine Villa mit Garten als Wohnung, außerdem wird ihnen Vieh (Kühe, Schweine, Geflügel) gehalten; auch wird ihre Speisekammer mit Wildpret und Fischen aus der Forst und aus den Klosterseen reichlich versorgt; daneben beziehen die Damen der „vollen Hebung“ eine nicht unerhebliche Geldsumme in bar, so daß sie ein sippiges, sorgenfreies Leben führen können. Die zweite Klasse bilden diejenigen, welche die volle Geldhebung, die dritte, welche die halbe, und die vierte, welche die viertel Geldhebung beziehen.

Von den 404 adeligen Gutsbesitzertöchtern beziehen

	die volle Hebung	die halbe Geldhebung	die viertel Geldhebung
in Dobbertin	29	61	57
Malchow	15	41	22
Ribnitz	10	7	12
zusammen	54	109	91

Da jeder adelige Gutsbesitzer seine Töchter unmittelbar nach der Geburt in die Klosterrollen eintragen läßt, so ist die Folge, daß alle adeligen Töchter, so lange sie unverheiratet bleiben, zur Aufnahme in die Klöster gelangen. Zunächst kommen sie in den Gemüß der viertel Geldhebung noch im Kindes- und Pflanzjahre, so daß die Herren Papas nicht einmal nötig haben, die Ballotiranten ihrer Töchter aus eigener Tasche zu bezahlen; für den Ballotiranten der Klosterklasse!

Die Klosterklasse und — die Landwirtschaftlichen Jöde. Diese mecklenburgischen Ritterfräulein gehören ja zu den hervorragenden Interessenten des neuen Zolltarifs. Mit jedem Pfennig, den das arme Volk an Brotsteuer mehr entrichten muß, steigt die Lebenshaltung der Töchter der mecklenburgischen Ritterschaft.

Nebstdem aber zeigt die Abrechnung die glänzende Rentabilität des landwirtschaftlichen Besitzes. Aus den vorstehenden Zahlen ist der wirtliche, die angegebene Summe weit übersteigende Gewinn nicht zu ermitteln, da in den Ausgaben ja nicht die Produktionskosten, sondern neben den Verwaltungskosten die Geschenke an die Ritterfräulein enthalten sind.

Man kann also von der Landwirtschaft sippig leben, ohne — eine Hand rühren zu müssen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember.

Grober Schwindel.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ quält sich irgend ein Schweinburg, unfre Verleumdung des Statistikers Rheinbaben zu verflüchten. Leider gelangt ihm das unmögliche Kunststück nicht einmal, obwohl er allen denkbaren Schwindel aufbietet.

Schwindel ist es endlich, daß wir für Deutschland eine Belastung mit indirekten Steuern im Betrage von 50 Mark pro Kopf der Bevölkerung herausgerechnet hätten. Wir berechneten vielmehr einen Satz von 35 Mark.

Schwindel ist es, daß wir Herrn Rheinbaben geladelt hätten, daß er bei der Angabe der indirekten Steuerlast Schutz- und Finanzzölle zusammen gerechnet habe, und daß wir das dann auch gethan hätten. Wir haben Herrn Rheinbaben vielmehr vorgeworfen, daß er die englischen indirekten Steuern, die nur Finanzzölle sind, verglichen habe mit den deutschen indirekten Steuern, die teils Schutzzölle, teils Finanzzölle sind und als Schutzzölle auch die inländische Produktion um den Zollbetrag erhöhen. Herr Rheinbaben hat offenbar aus Unkenntnis gegen die elementarsten Grundzüge der Statistik gesündigt, und nachdem wir uns die Mühe gegeben haben, ihn eines Besseren zu belehren, wird er schwerlich seinen Irrtum wiederholen. Wenn die „N. N.“ nach und nach unser unwiderleglichen Aufklärung doch noch den Rheinbabenschen Fehler zu retten suchen, so ist das bewusster Schwindel.

Schwindel ist es, wenn die „N. N.“ den Glauben zu erwecken suchen, als ob der Getreidezoll nicht im Getreide- und doch wenigstens nicht im Vrotpreis zum Ausdruck gelange. Jeder Blick in eine vergleichende Statistik in- und ausländischer Preise beweist das. Die gegenteilige Behauptung der „Berliner Neuesten Nachrichten“ bleibt Schwindel, auch wenn sie sich auf die Autorität des Herrn — Speer berufen. Alle wissenschaftlichen Fachleute haben klipp und klar die um die Zollhöhe pendelnde Verteuerung des Getreides und Brotes nachgewiesen. Derselben Meinung waren alle deutschen und preussischen Minister, als Vrotwucher von ihnen nach mit seinem richtigen Namen als Vrotwucher bezeichnet wurde. Die Verlogenheit der „Berliner Neuesten Nachrichten“ ist aber um so dreifacher, als ja selbst die Begründung des vorliegenden Zuckerzolls klipp und klar zugeführt (Begründung, Band I S. 52): „Die Preise des Inlandes erfahren, soweit die Verhältnisse der letzten Jahrzehnte eine Beurteilung ermöglichen, durch die Zölle eine ihrem Betrage ziemlich entsprechende Steigerung.“

Schwindel ist endlich der wiederholte Versuch, nachzuweisen, daß in der Zeit des 5 Mark-Zolls die Getreidepreise nicht gestiegen, sondern gesunken seien. Als Herr Rheinbaben das behauptete, ließ er sich in seiner statistischen Raivetät durch die künstliche Zahlengruppierung der „Begründung“ des Zolltarifs duplizieren. Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ aber können sich nach unserer Klarstellung nicht mehr auf guten Glauben berufen, wenn sie dem Minister Rheinbaben nachreden:

„Der Getreidepreis betrug:
in der Zeit von 1871—75 durchschnittlich 179 M.
1876—80 166
1881—85 160“

Demgegenüber betrug der Getreidepreis in den Jahren 1886 bis 1890, in welche hauptsächlich der 5 Mark-Zoll fiel, 143 M. Der 5 Mark-Zoll war also kein „Hungerzoll“, weil unter seiner Herrschaft der Getreidepreis nicht gestiegen, sondern außerordentlich stark gefallen ist.“

So plump sollten selbst die „Berl. Neuest. Nachr.“ nicht fälschen. Warum wählt das Blatt, wenn es die Wirkung des 5 Mark-Zolls berechnen will, nicht die Periode aus, wo nicht „hauptsächlich“, sondern ganz und gar der 5 Mark-Zoll in Kraft war? Warum schließt das Blatt die Jahre 1886 und 1887, wo noch der 3 Mark-Zoll galt, in die 5 Mark-Zoll-Periode ein und das Jahr 1891, wo der 5 Mark-Zoll noch bestand, aus? Sehr einfach, weil 1886 und 1887 — unter dem Drei-Mark-Zoll — die Preise so niedrig waren, daß sie die Durchschnittszahl herabdrücken, und weil der Preis in dem

5 Mark-Zoll-Jahr 1891 so hoch war, daß man das Jahr für die Herstellung einer niedrigen Durchschnittsziffer nicht gebrauchen konnte.

Wie viel beträgt nun der wirkliche Durchschnittspreis der 5 Mark-Zoll-Periode für Weizen und Roggen 1888—1891? (Wir legen den Berliner Großmarktpreis zu Grunde, die Preisentwicklung an den andern Märkten ist entsprechend):
181,5 M.,

er überstieg also alle fünfjährigen Durchschnittspreise seit 1871, und wenn man ihn mit den unmittelbar vorausgehenden Jahren 1886 und 1887 vergleicht, ist die Steigerung ganz enorm; denn hier beträgt der Durchschnittspreis für Brotgetreide 141,8. Aber selbst wenn man das Jahr 1891 fortläßt, so bleibt der Durchschnittspreis für Brotgetreide in der 5 Mark-Zoll-Periode immer noch 169,4 M., übersteigt mithin ganz erheblich die früheren Durchschnittszahlen.

Wir sind wirklich neugierig, wer nun noch den Mut haben wird, mit Rheinbaben, Heim und dem „Nachrichten“-Schweinburg zu behaupten, unter der Herrschaft des 5 Mark-Zolls seien die Getreidepreise gesunken. —

Die parlamentarische Vergewaltigung Ferris.

Ueber die Infamie der italienischen Kammermehrheit, die den Genossen Ferris auf 5 Tage seiner parlamentarischen Rechte herabsetzte und ihn hinderte, seine Anträge zu vertreten, ist bereits im Depeschenteil unserer gestrigen Nummer berichtet worden. Wie Ferris in seiner Empörung das Glasfenster der ihn ansperrenden verschlossenen Thüre zertrümmerte und den Zufallern der Camorra seinen Anklageruf „Camorra-Kammer“ in die verdunsten Gesichter schleuderte, wurde dort ebenfalls gemeldet.

Die Parteianhänger der Kammermehrheit, die sich zum Schirmherrn der Camorra aufwarf, schäumen natürlich über von Gift und Galle gegen unsre Parteigenossen. Und die deutsche Bourgeois-Prese bildet selbstverständlich ein getreues Echo der in ihren heiligsten Gefühlen gekränkten italienischen Kapitalisten- und Camorristensippe. Vom „Berliner Tageblatt“ bis zur „Täglichen Rundschau“ ergießt sich eine Schlammsut der Schmähungen über den Mann, der das unerhörte Verbrechen beging, eine allbekannte Sache beim rechten Namen zu nennen, und der von gerechter Entrüstung übermannt, vor der Heuchelpolse der Kammermehrheit nicht die Segel strich, sondern sein Recht mit der Leidenschaft eines echten Kämpfers und dem ganzen heißen Temperament eines Südländers verfocht.

Es verrät die ganze Mäglichkeit der deutschen Blätter, daß sie den beschämenden Kammerstandal vom Standpunkte des äußeren Ceremoniells aus betrachten und das angebliche zügellose Auftreten Ferris in der gehässigsten Weise darzustellen suchen, während sie für den ganz unbegründeten, geradezu schurkischen Gewaltstreich der Kammermehrheit kein Wort der Kritik haben. Diese deutschen Blätter fühlen sich eben selbst Partei, sie sind außer sich vor Entzücken darüber, daß der gefürchtete Ankläger der herrschenden kapitalistischen Korruption eine „Lektion“ erhalten oder gar sich „politisch unmöglich gemacht“ haben soll. Die Korrespondenten besagter Blätter wissen ganz genau, daß der temperamentvolle Südländer im Affekt ganz anders handelt, als der schwer aus seinem Gleichgewicht zu bringende Nordländer, sie sind selbst oft genug Zeugen ganz anderer Kammerfeenen gewesen, um ehrlichstweise pedantisch entrüstet sein zu können. Und wenn diese Korrespondenten die Legende verbreiten, daß Ferris durch sein Verhalten und überhaupt seine „Eitelkeit“ selbst bei seinen Parteigenossen Anstoß erregt habe, so ist das der bekannte lebenswürdige Trid, der ja auch in Deutschland nicht unbekannt ist.

In der That scheint Ferris rücksichtsloses Vorgehen gegen die Camorristen zwar nicht bei den Sozialisten, wohl aber bei gewissen bürgerlichen Demokraten Bergweil erregt zu haben. Der bürgerliche Radikalismus ist ja zuweilen, wenn es sich um Vrolegung im kapitalistischen System begründeter Schäden handelt, äußerst zimperlich. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Rom gemeldet:

Die bereits stark erschütterte Eintracht zwischen den Sozialisten einerseits und den Republikanern und Radikalen andererseits hat durch das gestrige Auftreten Ferris den Todesstoß erhalten. Der Abg. Colajanni, der Herausgeber der demokratischen „Rivista popolare“, bereitet einen Artikel gegen Ferris vor; er nennt dessen Urteile über Südtalien verächtlich und verkennd, aber im Einklang mit der Ferrischen und Lombrosischen Bakterienwissenschaft. Die Verungung der bewußten beleidigenden Absicht sei eine kostbare Lüge, selbst unter den Sozialisten finde Ferris Anabensstreich Tadler.

Die „Frankfurter Zeitung“ selbst vermag zwar auch Ferris „venehmen“ nicht zu billigen, in der Sache selbst jedoch kann sie dem ergriminten Herrn Colajanni nicht recht geben. Sie schreibt:

„Deshalb bleibt aber doch der Versuch der Kammer, Ferris zur Zurücknahme seiner objektiv in der Hauptsache unanfechtbaren Aeußerungen zu bewegen, eine unwürdige Komödie. Der Artikel des Herrn Colajanni kann an diesen Eindruck nichts ändern. Colajanni ist selbst Südtalier und glaubt es seinen Wählern schuldig zu sein, zur Ehrenrettung des Südens eine Lanze zu brechen. In seinem Herzen kann dieser ausgezeichnete Kenner seiner Heimat von Ferris kaum abweichen. Wenn man im übrigen alle Artikel zusammenstellte, die anlässlich der Veröffentlichung des Saredoschen Berichts über Neapel in nord- und mittelitalienischen Blättern erschienen, würde sich eine ansehnliche Uebersichtsmenge mit Herrn Ferris' Ansichten ergeben.“

Na also! Auch die „Frankfurter Zeitung“ erklärt die Entrüstungsscene des Hauses für eine „unwürdige Komödie“ — kann sie unter solchen Umständen im Ernst einen Stein auf Ferris werfen, weil er diese Sippe von Komödianten und Camorristen nicht als ernst zu nehmenden Gerichtshof anerkennen wollte?

Deutsches Reich.

Minimal-Tarif ist Unsinn. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ ist so lebenswichtig, jetzt einzugeschrieben, daß das Wort „Minimal-Tarif ist Unsinn, Bälrow ist derselben Meinung“ tatsächlich geschehen ist. Sie warnt nämlich dringend vor weiteren Nachforschungen oder gar gerichtlichen Feststellungen in der Angelegenheit. Die Angstnotiz ist zu häßlich, als daß man sie nicht wiedergeben sollte:

„Wie wir bereits mitteilten und hervorhoben, hat der Abgeordnete Singer in seiner Reichstagsrede zum Zolltarife behauptet, der angebliche kaiserliche Ausdruck, der Minimal-Tarif sei Unsinn, sei thatsächlich gesungen, und in hauseigenen Kreisen wisse man ganz genau den Ort, die Stunde und den Ort, wo er gesungen sei. Ein industrielles Organ hält es für notwendig, daß man der Sache auf den Grund gehe und den Verbreiter des Gerüchts zu erkunden suche. Unseres Erachtens ist das aus zwei Gründen nicht nötig. Einmal ist die Herkunft des Gerüchts früher durch die „Frankfurter Zeitung“ und jetzt durch die Worte des Abgeordneten Singer so genau bezeichnet, daß man an den maßgebenden Stellen recht wohl weiß, wer den Anspruch erliegen oder entfallen hat. Man wird daraus die Konsequenzen ziehen, auch ohne besondere gerichtliche Feststellung. Dazu kommt zweitens, daß man dem Abgeordneten Singer nur einen Gefallen thun würde, wenn man auf seine Provokation

eingehen wollte. Es würde ihm wahrhaftig zu viel Ehre angethan werden, wenn man angesichts des ausdrücklichen und unzweideutigen Dementis im „Reichs-Anzeiger“ seinen Worten irgend welchen Wert beimeßen wollte. Die Kundigen wissen längst, welche Absicht der Hintermann des Herrn Singer verfolgt hat, und gerade weil sie das wissen, halten sie eine gerichtliche Feststellung weder für notwendig noch für geboten.“

Bei den guten Beziehungen, die die „Deutsche Tageszeitung“ zu den Ministern des Zolltarifs haben dürfte, ist es ganz aufstrebend, daß sie durch die „Deutsche Tageszeitung“ der Welt eröffnen, daß sie nicht beabsichtigen, die Sache weiter zu verfolgen. Das Dementieren empfiehlt sich ja auch immer nur dann, wenn man sicher ist, daß keine zuverlässigen Zeugen wider sprechen werden.

Agrarische Selbstverhöhung. Als Ideal eines weisen Agrariers preist heute die „Deutsche Tageszeitung“ — Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, den Vater der langen Kerle und Quäler seines Sohnes, des sogenannten Großen Friedrich.

Friedrich Wilhelm I. agrarische Bedeutung besaß nach dem Bündlerblatt darin, daß er den Konsum polnischen Kornes einfach verboten hat, und daß „höchste Ungnade und infame Kasation“ jeden Offizier traf, der sich untertaucht, ausländischen Hafer zu kaufen. Das nennt Dertels „Walt“, einen selbständigen Charakter, einen „weiblichen, vortrefflichen Herrscher“.

In der That, die bündlerische Agrarpolitik paßt prächtig in die Zeit Friedrich Wilhelms I. Die Oerter und Dahn sind eben zwei Jahrhunderte zu spät auf die Welt gekommen. Wie hüßlich war es doch, als die Jauler noch über die Leibeigenen Wauern schrankenlos herrschten.

Aber wie verpassen! Die „Deutsche Tages-Zeitung“ ist ja ein „Bauern“-Organ. Will sie auch die weitblühende und vortreffliche Bauernpolitik Friedrich Wilhelms I.? Wir glauben schon. —

Eine Dunkelkammer soll nach dem Wunsche auch der „Kreuz-Zeitung“ die Vollkommission sein. Der Ausschluß der Öffentlichkeit sei eine „Forderung des gesunden Menschenverstandes“. Die Mitglieder müßten dem „Druck“ entzogen werden, wie ihn die Ueberwachung durch das Publikum und die Presse immerhin ausübt.

Vielleicht überweist man den ganzen Zolltarif irgend einem Kriegsgesicht, das dann gewiß in dienstlichem Interesse die Öffentlichkeit ausschließen wird.

Bestenfalls ist die Neugründung der „Kreuz-Zeitung“ aber deshalb, weil sie zeigt, daß die Konservativen selbst das Bewußtsein haben, daß der Zollwucher keine öffentliche Kritik verträgt.

Natürlich wird sich kein Gegner des Zollwuchers einem Beschluß auf Geheimhaltung der Verhandlungen fügen. Die „Anregung“ ist also ebenso bezeichnend wie einfältig. —

Der Ausschluß der Handelskammern von der Vorbereitung der Handelsverträge ist von Anfang bis zu Ende streng durchgeführt worden. Man hat in der Schweinburg-Prese die bekannte Gedächtnisrede des Herrn v. Tscherning dadurch herauszureden gesucht, daß der Schatzsekretär nicht das erste „Steilett“ (aus dem Jahre) gemeint habe, sondern erst das Schema von 1900, das allerdings den Handelskammern zugänglich gemacht wurde, nachdem es — vom Wirtschaftlichen Ausschuss endgültig fertiggestellt war.

Jetzt erinnert die Handelskammer-Zeitung „Handel- und Gewerbe“ daran, daß der ausgefüllte Zolltarif nach dem ausdrücklichen Wunsche des Reichslandtags (Reichs-Schatzamt) den Handelskammern überhaupt nicht vorgelegt worden ist. Darüber klagte schon am 30. September der Berichterstatter auf dem deutschen Handelskongress: „Das hat denn doch in den weitesten Kreisen der Handelskammern ein außerordentliches Bestreben erregt, daß die Reichsverwaltung es für ihre Aufgabe hält, auf die Einzelregierungen einen Druck dahin auszuüben, daß sie von einer ausgiebigen Inanspruchnahme der in ihren Staaten gesetzlich eingeleiteten Vertretungen von Industrie und Handel Abstand nehmen.“

Herr v. Tscherning war eben klug und unterrichtet genug, um vor den Handelskammern Furcht zu haben. —

Die Zölle und die Rettung Mittelstandes. Die Berliner Buchbinder-Zunft nahm eine Resolution gegen den Zolltarif an, namentlich auch wegen der die heimliche Buchbinder auf schwerste schädigenden Zollerhöhungen auf fast alle Roh- und Hilfsstoffe der Buchbinder.

Der Handwerc soll eben damit geholfen werden, das werden die Dertel und Heim schon beweisen.

„Was fangen wir mit dem Zucker an?“ fragt in der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse“ vom 11. d. M. ein „Freund der Landwirtschaft“ und Sachverständiger: G. S. v. a. v. Wendenhausen. Er beantwortet die Frage in einem Sinne, der den von unsrer Fraktion schon seit Jahren gestellten Forderungen entspricht, indem er sowohl die Zuckersteuer wie den Zuckerzoll für die jetzt herrschenden Uebelstände verantwortlich macht:

„Das Gezei von 41 Millionen Centner Zucker steht vor den Augen der Zuckerriehbauer und damit verbunden, infolge einer ganz verfehlten Zuckersteuer und eines noch verfehlteren Kartells, ist die vollständige Entwertung des Zuckers, den wir Zuckerproduzenten mit acht Mark als erstes Produkt bezahlt bekommen, den wir aber, wenn wir ihn ungebraucht genießen wollen, mit 30 M. bezahlen müssen, und zwar 6 M. 75 Pf. vom ausländischen Käufer und 1 M. 25 Pf. von den deutschen Konsumenten aus dem Fonds der Zuckerverbrauchs-Abgaben des Inlandes als Exportprämie.“

Würde diese wegfallen und dafür der Zucker von der Verbrauchsabgabe (10 Pf. pro Pfund) befreit sein, sagt Widrans ganz wie ein Sozialdemokrat, dann könnten wir das Pfund Zucker zum Konsum mit 13 bis 14 Pf. das Pfund verkaufen und dadurch würde der Verbrauch außerordentlich steigen. Da der Zuckerring den Preis des Zuckers in die Höhe schraubte, fiel im letzten Jahre dessen Verbrauch von 23 auf 24 Pfund pro Kopf der Bevölkerung, während England trotz seines größeren Bierverbrauchs als Deutschland 90 Pfund Zucker pro Kopf und Jahr verzehrt. Wahrscheinlich ist im letzten Jahre durch die Preissteigerung des Syndikats der Verbrauch in Deutschland um 2½ Millionen Centner zurückgegangen! Die Folge davon ist, daß die Habenbauern wahrscheinlich nur zwei Drittel des Produktionspreises für ihre Rüben bekommen! Die Rohzucker-Raffinerien, die das Syndikat bilden, haben durch dasselbe Millionen verdient und „helfen den Rohzucker-Fabrikanten, beziehungsweise den Habenbauern das Mark aus den Knochen fangen“.

Woll der Fiskus nicht die Landwirtschaft an den Wetteilab bringen, heißt es in jenem Wut- und Schmerzgeschrei weiter, „so muß er auf die 115 Millionen Mark Zuckersteuer verzichten, dann wird der Zuckerpreis um 10 Pf. das Pfund fallen“ und der Verbrauch steigen!

Ja, wenn nur nicht durch die Weisheit des Herrn Professor Paasche diese famosere Zuckergehegung so gestaltet und gleichzeitig durch schrankenlose Bewilligung aller Militär- und Marineforderungen dafür gesorgt wäre, daß der Reichsfiskus ohne die 115 Millionen Mark Zuckersteuer noch mehr bankrott ist als dies schon ohnehin der Fall!

Widrans hat freilich recht: Wenn das Pfund Zucker nur 13 bis 14 Pfennige kostet, ist es fast so billig wie Schwarzbrot und nicht halb so teuer als Weißbrot — wenigstens in Bezug auf die stoffliche Nahrung. Das stoffhaltige Eiweiß erhält man im Großen auch bei einem Zuckerpreis von 13 Pf. noch immer in Mengen von 40—60 Gramm gratis zu. Aber trotzdem wäre es gewiß für die Volksernährung sehr wichtig, wenn die Zuckersteuer und der Zuckerwucher durch den Ring beseitigt würden und dadurch der Zucker auf jenen oben angegebenen niedrigen Preis fiel!

Da aber der Fiskus an der Zuckersteuer festhält, empfiehlt Widrans, den Zucker wenigstens als Viehfutter in größerem Maße zu verwerten. Für diesen Zweck ist er steuerfrei, nachdem er denaturiert worden ist. Vielleicht, meint Widrans, ließe sich auch gleich die Rübe mit dem Kraut, nachdem sie genügen getrocknet sind, als Viehfutter verwerten; bisher speiterte dies am Mangel eines geeigneten Trocknapparates.

Gundst müssen wir den Zucker durch Füttern an das Vieh aus der Welt schaffen, weil es der Fiskus nicht gestattet, ihn als menschliche Nahrung zu verwenden, und zweitens müssen wir die Aufhebung der Konsumabgabe erwirken, damit auch die Menschen Zucker genießen dürfen und Deutschland den Zucker rübenbau beibehalten kann, der andernfalls die beste Aussicht hat, verloren zu gehen."

Und das hat mit seiner „Schutzgesetzgebung“ alles der Herr Zuckerprofessor Baasche angerechnet, der, wenn von sozialdemokratischer Seite diese Mißstände vorangeführt wurden, immer mit rührendem Eifer die Zuckersteuer und die Exportprämien verteidigte, und zwar, wie er sagte, im Interesse der Rübenbauern! Als Graf Caprivi die Prämien kürzte, war das einer der letzten Nadelstiche zu seinem Sarge. Und kaum war unter dem Fürsten Hohenzollern Graf Posadowski in die Lage gekommen, zu thun und zu lassen, was er wollte, so erhöhte er wieder die Exportprämien, natürlich ebenfalls nur im Interesse der armen Rübenbauern!

Und der Erfolg? Die Rübenbauern sind ruiniert und die Großkapitalisten, denen die Zuckerkonzerne gehören, haben Millionen über Millionen eingespart. Billiger Zucker für das Vieh — teurer Zucker für die Menschen — eine verkehrtere Wirtschaft hat bisher noch nicht existiert. Wenn doch durch eine Exportprämie auf Posadowski, Baasche und Compagnie das Ausland verlockt werden könnte, sie uns abzunehmen! Aber wir fürchten wohl mit Recht — solche Inzucht der Industrie gönnt und das Ausland nur zu sehr und nimmt sie uns nicht ab! —

Gebaut wird er doch — nicht! Der unbeugsame Wille der Regierung des Grafen Wilow weicht in der Kanalfrage nicht zurück. Demgegenüber meldet die „Nationallib. Korresp.“, die preussische Landtagslesion werde sehr kurz sein, da die Regierung davon Abstand nehmen, im Landtag Aufgaben zur Diskussion zu stellen, welche die Einheit der Aktion der Regierung bis zu einem gewissen Grade stören könnten.

Man verzichtet also auf das große Werk der Kanalvorlage, um die „Einheit der Aktion“ zu Gunsten der Zucker nicht zu stören. Wir raten der Regierung dringend, im Interesse der „Einheit der Aktion“ nun auch den Zolltarif zurückzugeben. —

Die Duellrede. Die Untersuchungen wegen der Duellrede des Kaisers werden in Potsdam fortgesetzt. Der Mitbestitzer und Chefredakteur der „Potsdamer Zeitung“, Berger, hatte, wie mitgeteilt, vor einigen Tagen eine Erklärung erlassen, in der er feststellte, daß die sensationelle Meldung ohne sein Wissen und Willen in das Licht gelangt sei. Da er Reserveoffizier ist, so nimmt zunächst die Militärbehörde eine Prüfung dieser Angaben vor. Am Dienstag haben auf dem Bezirkskommando in Potsdam, dem Herr Berger in seinem militärischen Verhältnis unterstellt ist, darauf bezügliche Vernehmungen verschiedener Personen stattgefunden.

Auf das Ergebnis all der Untersuchungen sind wir sehr gespannt. —

Der Zeuge im Sinitzger Chinaprozess, der Kommandeur des ostasiatischen Expeditionscorps, Generalleutnant v. Lefsch, beabsichtigt einem hiesigen Lokalblatt zufolge in den Ruhestand zu treten. —

Major Endell ist trotz der 5000 M.-Affäre wieder in die Landwirtschaftskammer gewählt worden.

Er ist eben für die Vertretung der agrarischen Sache unentbehrlich. Uebrigens soll der „Herr Endell“ im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden. —

Begnadigter Duellant. Im Dezember vorigen Jahres kam es zwischen dem Rechtsanwalt Lüdde und dem Referendar Reiche in Braunschweig zu einer Prügelei. Da beide Herren Referendenten waren, wurde die Prügelei mit Revolvern fortgesetzt. Reiche wurde dabei am Oberarm schwer verletzt.

Vom Militärgericht wurde Reiche zu drei, Lüdde in erster Instanz zu neun, in zweiter zu sechs Monaten Festung verurteilt.

Jetzt ist nun, dem „Braunschweiger Volksfreund“ zufolge, Reiche begnadigt worden, nachdem er noch nicht zwei Monate abgesehen. Offenbar das beste Mittel, um Duelle einzuschränken! —

Oberwinder als Amtsblatt-Redakteur. Der bekannte Oberwinder, einst unser Parteigenosse, ist Redakteur des Dresdener Amtsblattes, des „Anzeigers“ geworden.

Oberwinder spielte seiner Zeit eine sehr seltsame, nicht gerade lobenswerte Rolle in der politischen Bewegung. Gelegentlich war er auch Antisemit. Für die Dresdener Kommunalherren mag er der geeignete Mann sein. —

Die wahren Erbsiedern unserer Flottenpropaganda.

In oberhessischen industriellen Kreisen ist, wie der „Dresdener G. A.“ erzählt, bekannt geworden, daß die Regierung eine Anfrage der Werften betreffs Beschleunigung des Bautempo für die bewilligten Kriegsschiffe verneinend beantwortet habe. Die Werften, denen gegenwärtig Ordres von Privat-Neubereitungen gänzlich fehlen, hätten an solcher Beschleunigung und Arbeitsvermehrung ein gleich großes Interesse gehabt wie die Eisenindustrie. Man sei infolge der Arbeitsnot dem Bautempo innerhalb der Grenzen eines Jahres bereits bei den Werften etwas vorausgeleitet, so daß die nun eintretende Pause noch schwerer empfunden wird. Die Vulkanwerft habe Arbeiterentlassungen angeordnet. Anteilquoten in Großschiffen für fällige Staatslieferungen seien umläufig nach Oberhessen überschrieben worden. Die Gesamtentlastung bleibe unbefriedigend.

Erst veranlaßt die Aussicht auf die glänzlich ergatterten großen Flottenaufträge die Herren Flotteninteressenten zur Ueberspekulation, und dann, bei eintretender Krise, beanspruchen die Herren eine erhöhte Staatssubvention durch massenhaftere Bauaufträge. —

Gerichtsarztliches Gutachten über das Jüterburger Duell. Ueber das Duell in Jüterburg veröffentlicht der Kreisarzt Dr. Reuwin in Neustadt O.-Schl. in der „Merzburger Sachverständigenzeitung“ eine Studie. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß das Duell nicht stattgefunden hätte, wenn geeignete militärische Sachverständige über die Berechnungsfähigkeit des Wladkowitz zur Zeit der Begehung der ihm zur Last gelegten Handlungen gehört worden wären.

Dr. Reuwin gelangt schließlich zu dem Urteil, daß Wladkowitz infolge feistischer Erregungen, körperlicher Uebermüdung und der Wirkungen des reichlich genossenen Alkohols unzurechnungsfähig gewesen sei.

Die Handlungen des Lieutenanten Wladkowitz im Hause des Hauses Albrechtstraße 5 enthalten ebenso wenig eine Verlesung wie Wehimpfungen und thätliche Angriffe, die ein Kranker im Chloroformrausch seinem Arzt oder seinem Wärter angedeihen läßt.

Das gerichtsarztliche Gutachten bestätigt vollauf die Auffassung, zu der auch jeder denkende Laie gelangen mußte. —

Arbeitslosigkeit-Interpellation im badischen Landtag.

Am Dienstag wurde im badischen Landtag eine Interpellation der Sozialdemokraten bezüglich der Arbeitslosigkeit befragt. Der Vertreter der interpellierenden Fraktion, Abg. Weh, schilderte die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und legte ein Programm von Hilfsmitteln durch Gemeinde und Staat vor. Ministerialpräsident Schenkel behandelte die Arbeitslosigkeitsfrage in der üblichen Art klassenstaatlicher Regierungsbekanntmachung: Zwar sei ein Rückgang der gewerblichen Thätigkeit eingetreten, aber von einem „schlimmen Rückgang“ sei nicht zu sprechen; wohl sei zu befürchten, daß die Krise noch weitere Fortschritte machen werde, aber man könne nicht sagen, daß die Zahl der Arbeitslosen „besorgniserregend“ sei, ein „Notstand“ existiere also nicht; zur Abhilfe

wolle der Staat möglichst mit Arbeiten vorgehen, die Arbeitslosigkeit-Verficherung sei eine schwierige Materie und der Einzelstaat könne hierin nichts thun. Ein nationalliberaler Redner, Abg. Wittum erklärte, ganz der Ansicht der Regierung zu sein, er übertraf aber den Minister durch pöbelhafte Bemerkungen über die Arbeitslosigkeit. Er führte aus:

„Was die Arbeitslosen betreffe, so müsse man sie auch genau unterscheiden von den Arbeitsscheuen, die heutzutage leider in großer Anzahl vorhanden seien, wie dem unsere Jugend heutzutage sehr viel zu wünschen übrig lasse. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sei ein schöner Gedanke, aber nicht durchführbar. Die beste Versicherung sei hier die öffentliche Sparkasse. Redner erörtert sodann die Ursache der Krise, die in der Sucht nach leichtem mühelosem Gewinn, nach läppigem Lebenswandel zu suchen sei. So schön das Wort von dem Recht auf Arbeit sei, so dürfe man es doch nicht denen gewähren, die in guten Zeiten ihren Lohn verjubeln und in schlechten ein Recht auf Arbeit beanspruchen.“

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt und die sozialdemokratischen Abgeordneten in der badischen Kammer werden nicht verfehlen, die rohen Anschauungen des Nationalliberalen zu geißeln. —

Ausland.

Minister Deernaert über die Kriegführung in Südafrika und China.

Ueber die Verhandlungen der belgischen Kammer am Dienstag wird noch gemeldet:

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses ergreift das Wort Staatsminister Deernaert, der Belgien auf der Haager Konferenz vertreten hatte und führt aus: „Der schreckliche Krieg in Südafrika erweckt überall aufrichtige Teilnahme. Die südafrikanischen Grausamkeiten haben in Herrn Deernaert einen bereiten Schilderer gefunden. Ich glaube aber, daß wir dem von ihm vorgeschlagenen Vorschlag, den Wunsch auszudrücken, daß die englische Regierung Maßregeln ergreife, um die Sterblichkeit in den Lagern zu vermindern, nicht zustimmen können. Selbst die Großmächte haben sich einer Einmischung enthalten. Ich möchte hier hauptsächlich den Anteil der Haager Konferenz an dieser Sache beleuchten. Wenn die beiden südafrikanischen Republiken es sich besser überlegt hätten, so würden sie nicht darauf bestanden haben, auf der Haager Konferenz vertreten zu sein, da sie doch wissen mußten, daß sie nicht zugelassen werden würden. Das Schiedsgericht wird von der Haager Konferenz nicht aufgenötigt, sondern jede Macht behält ihre Selbstständigkeit. Die südafrikanischen Republiken konnten diesen Verwaltungsorganismus aber nicht anrufen, da sie an der Konferenz nicht teilgenommen hatten, leider nicht! wie ich persönlich meine. Die Haager Abmachung ist nur für die Staaten verbindlich, die in Haag vertreten waren. Art. 60 besagt ausdrücklich, daß es der Einwilligung aller Parteien bedarf, damit andere Staaten eingreifen können. Das ist eine bedauerliche Einschränkung und das ständige internationale parlamentarische Friedensamt hat auch gewünscht, daß dies geändert werde. Dazu bedarf es aber eines neuen Vertrages. Man soll das aber nicht bedenken, daß die Menschlichkeit außer den formellen Bestimmungen der Haager Abmachungen keine Pflichten mehr hat. Man wolle vor allem die Härten des Krieges möglichst einschränken, wie das auch die Einleitung des Vertrages besagt. In Haag wollte ein Friedensbündnis und an gutem Willen fehlte es nicht. Was hat aber die großmütige Bewegung genützt?“

Wir haben den Iubanischen Krieg, den auf den Philippinen und den in China gehabt. An letzterem haben alle Großmächte teilgenommen, und die Haager Konferenz wäre auf ihn doch anwendbar gewesen, da ja auch China die Abmachung unterzeichnet hatte. Haben wir aber nicht gesehen, daß Generale in China Befehle erlassen haben, die allem zuwider waren, was in Haag beschlossen worden war? Das war für mich eine große Enttäuschung. Unser Jahrhundert ist leider nur in Worten sehr fortschrittlich, in Thaten wenig. (Beifall.) Niemals wurde das Völkerecht mehr mißachtet, und noch immer gilt der Satz: „Gewalt geht vor Recht.“ —

Schweiz.

Volksabstimmung über die Verstaatlichung der Flußkorrekturen.

Jürich, 16. Dezember. (Fig. Ver.) Das Wasserbau-Gesetz ist in der gestrigen Volksabstimmung des Kantons Jürich mit 26 788 gegen 24 492, also mit einer Mehrheit von 2306 Stimmen, angenommen worden. Diese Mehrheit ist klein, aber sie ist eben doch eine Mehrheit, und sie genügt für den Fortschritt des sozialen Gedankens in dem neuen Gesetze, das man geradezu als ein Ethik Sozialismus ansehen darf. Ist doch über das Besitz- und Verwendungsrecht aller öffentlichen Gewässer völlig Klarheit geschaffen und wird deren Verwertung durch Private nur noch auf bestimmte Zeit verpaget, nach deren Ablauf die ererbten Wasserwerke unentgeltlich an den Staat fallen, wenn nicht die Konzession wieder erneuert wird. Die verworbenen Stimmen dürfen als bedauerliche Beweise mangelnder Volkssolidarität betrachtet werden.

Die Verbesserung besteht hauptsächlich in der Entlastung der Gemeinden und Vereinfachung der Flußkorrekturen sowie der Regelung des Rechtes zur Verwertung öffentlicher Gewässer. Der Kanton Jürich hat seit 1876 15 Millionen Franken für Wasserbauten ausgegeben, an welche die Gemeinden noch 4 Millionen zu zahlen hätten, wegen Mangel an Mitteln aber nicht zahlen können. Das Gesetz will davon 3 Millionen schenken, so daß noch 1 Million verbleibt, welche die Gemeinden wohl werden aufbringen können. Zu Zukunft sollen die Kosten öffentlicher Wasserbauten derart gedeckt werden, daß davon zunächst die 30 bis 40 Proz. Bundesbeiträge in Abzug kommen und von dem verbleibenden Rest 75 bis 90 Proz. der Kanton deckt, so daß den Gemeinden nur ein kleiner Beitrag bleibt, den sie überdies auf die aus der Korrektur besonderen Nutzen ziehenden Grundeigentümer (Wasserwerksbesitzer, Eisenbahnenunternehmungen) verteilen können. Dem Staate wird aus dieser Regelung eine jährliche Mehreinnahme von etwa 250 000 Frs. erwachsen und dadurch die bezüglichen jährlichen Gesamtausgaben auf 650 000 bis 700 000 Frs. für die Staatskasse ansteigen. Den Mehreinnahmen stehen Mehreinnahmen von etwa 30 000 Frs. gegenüber, die aus der Erhöhung des Zinses für eine Wasserzinsdefrasi von 4 auf 6 Proz. gewonnen werden sollen, da der Kanton aus seinen 14 größeren Flußläufen und über 900 Bächen über 15 000 Pferdekräfte gewinnt, und ferner aus der Erhöhung des Preises für Seeboden von 2 Cts. pro Quadratfuß auf 50 Cts. bis 6 Fr. pro Quadratmeter zur Auffüllung und Landgewinnung. Bei der Vergebung von Wasserrechten behalten sich Staat und Gemeinden das Vorkrecht vor, an Private wird die Konzession auf die Dauer von höchstens 100 Jahren erteilt und zwar unter Vorbehalt des Rückkaufsrechtes des Staates. Uebertragungen des Gesetzes werden mit Polizeibußen bis zu 1000 Fr. bedroht.

Bern, 16. Dezember. (Fig. Ver.) In Bern ist in der Gemeinde-Abstimmung das städtische Budget mit Steuererhöhung verworfen worden. Diese Verwerfung ist ein parteipolitisches Manöver der bürgerlichen Parteien gegen den sozialdemokratischen Finanzdirektor Müller, dessen Stelle wohl mit irgend einem radikalen Streber besetzt werden müßte. Bei der gleichzeitigen stattgefundenen teilweisen Renouveau des Stadtrates, an der viele Genossen mit sechs Stimmzetteln waren, haben sie leider einen an die Konservativen verloren. Interessant ist, daß gleichzeitig mit der Verwerfung des Budgets eine städtische Theatersubvention beschlossen wurde, d. h. man beschließt eine neue Ausgabe und verringert die Mittel zu ihrer Deckung. —

Frankreich.

Waldeck-Rousseau über die Streichung des Kultusbudgets. Am Dienstag verbreitete sich Waldeck-Rousseau in längerer Rede über den Antrag auf Streichung des Kultusbudgets, der von der Budgetkommission gestellt worden war.

Der Vorschlag der Budgetkommission auf Unterdrückung des Kultusbudgets sei keine Neuheit. Er ist seit 1882 wiederholt aufgetaucht. Es habe sich die Doktrin gebildet, daß die Unterdrückung wohl möglich sei als eine der Konsequenzen der Trennung von Staat und Kirche. Alle Antragsteller seien aber schließlich zu der Folgerung gekommen, daß diese Trennung selbst nicht so einfach und radikal ohne Rücksicht auf die Zeitumstände durchzuführen sei. Das Aufkündigen der Regierung über die Geistlichkeit sei keineswegs so wertlos und wirkungslos, wie der Abgeordnete Pelletan es schilderte. Die Maßregeln würden in der ganzen Diözese öffentlich angeschlagen. Vor zwölf Jahren seien die Kanzeln der Kirchen der Schauplatz politischer Agitation und Härese gewesen, das sei heute zur Ausnahme geworden, und als die Kammer das Vereinsgesetz angenommen hatte, hätten von 87 Bischöfen nur 10 eine Sprache geführt, die tadelswert war. Die Mittel, welche zum Schutz des Staates gegen die Kirche vorgeschlagen werden, seien alle zu schwach. Die Trennung von Staat und Kirche wird erst zur Tatsache werden an dem Tage, wo der Staat zur Kirche sagen wird: Ich kenne dich nicht mehr. Die Trennung lasse sich nicht mit einem Federstrich durch das Budget durchführen, sondern erst nach Abgrenzung der Gebiete zwischen Staat und Kirche und dazu bedürfe es mehr Zeit, als der 16. Tage, welche die Budgetkommission uns Frist gelassen habe. Es bedürfe aber auch vor allem einer Kammermehrheit, welche diese Reformen unterstützen will, und wenn bisher alle Versuche gescheitert sind, so sei es geschehen, weil keine dauernde Mehrheit vorhanden war.

Der sozialistische Abgeordnete Fournier trat hierauf für die Anträge der Budgetkommission ein. —

Jules Herbette, der frühere französische Botschafter in Berlin, ist am Dienstagabend in Paris verstorben. Herbette hat ein Alter von 62 Jahren erreicht. 1871 nahm er mit Jules Favre an den Friedensverhandlungen mit Deutschland teil. 1886 bis 1898 befehligte er den französischen Botschafterposten in Berlin. Seinem geschickten und verhältnißmäßig ruhigen Auftreten wird es mit zugeschrieben, daß die Schwärmer der „Schnäbele“-Affäre und der „Boulanger“-Episode unschädlich verpufften.

Niederlande.

Eine Massenpetition zur Unterstützung der von Van Kol in der zweiten Kammer eingebrachten Interpellation über die Konzentrationslager wollen einige Utrechtsche Studenten organisieren. Die Petitionslisten sollen in Läden, Redaktionsbüros usw. ausgelegt werden. —

England.

Beschlimmen über Rosebergs Rede.

Auch die am Mittwoch erschienenen Blätter kommentieren die Rede Rosebergs. „Daily Mail“ meint, daß man jene Organe befragen müsse, welche aus der Rede noch etwas anderes herauslesen wollten, als sie wirklich bedeute. Im übrigen werde die Rede nur von solchen Blättern angegriffen, deren Leiter zur konservativen Partei gehören. Das Blatt „Morning Leader“ gefeilt offen, daß die Erklärungen Rosebergs ihm insofern nicht gefallen, als er den Rat erteilt, keine Rücksicht zu nehmen auf die früheren Verpflichtungen der liberalen Partei. Das Blatt sagt, man könne keine Reformen einleiten, wenn man frühere Verpflichtungen nicht einlöse. Der Hauptpunkt der Rede bestehe aber noch immer in den Anstrengungen zu Gunsten des Friedens, und aus diesem Grunde müsse man die Rede mit Wohlwollen aufnehmen. — Mehrere Blätter berichten, Roseberg habe die Absicht einen politischen Feldzug noch vor Eröffnung des Parlaments zu beginnen. — „Daily Express“ meldet, Roseberg werde in den nächsten Tagen in sechs großen Versammlungen sprechen.

Die Staatssteuer auf alkoholhaltige Getränke brachte im Jahre 1901 800 Millionen Mark gegen 700 Millionen im Jahre 1896. Der Bierkonsum ist in dieser Zeit gestiegen von 33 Millionen auf 36 Millionen, und der Verbrauch von steuerpflichtigen Spirituosen ist von 39 Millionen auf 45 Millionen gestiegen. Diese Zahlen zeigen, daß die Bemühungen der Temperenzler so gut wie fruchtlos gewesen sind. —

Asien.

Vom Philippinenkrieg. Die Aufständischen leisten in den Provinzen Batangas und Laguna hartnäckigen Widerstand. Zahlreiche kleine Gefechte haben stattgefunden. Die Ueberfüllung Manila nimmt einen bedenklichen Umfang an; die Flüchtlinge treffen auf dem Landwege ein, da der Verkehr über den See verboten ist. —

Der Boeren-Krieg.

In der Gefangennahme Krühingers

meldet das „Neuerliche Bureau“ aus Niddelburg in der Kapkolonie: Krühinger überschritt am 15. d. M. mit 150 Mann in der Hauptsache Russländischen, in der Nähe von Coleberg den Orangefluß, marschierte in die Kapkolonie ein und verlor, die Eisenbahn zwischen Hanover und Taibosch zu überschreiten. Die Blockhäuser eröffneten ein heftiges Feuer; Krühinger und fünf Mann wurden verwundet und gefangen genommen.

Der Verlust Krühingers wird von den Boeren schmerzlich empfunden werden, da dieser Kommandant seit seinem Eindringen in die Kapkolonie, also seit etwa einem Jahre, höchst glänzlich operiert und den Engländern manche Schlappen beigebracht und auch sonst bedeutenden Schaden zugefügt hat.

Ein Gefecht auf portugiesischem Gebiet?

Aus Lissabon ist in Madrid die Nachricht eingegangen, Reisende, welche dort aus Laurens Marques eintrafen, hätten erzählt, daß die Boeren kürzlich bei Mesaganti eine englische Abtheilung überfallen hätten, welche sich auf portugiesisches Gebiet geflüchtet habe. Der Kommandant des portugiesischen Grenzpostens habe den Engländern befohlen, die Waffen niederzulegen, diese hätten sich aber geweigert, das zu thun und hätten den Kampf fortgesetzt. Ein Offizier, ein Sergeant und drei Soldaten der Portugiesen seien getötet worden, man wisse nicht, ob sie von englischen oder von Boerenkugeln getroffen seien.

Weihnachts-Waffenstillstand?

Dem „Cont. Beech-Verb.“ wird aus London gedruckt, in dortigen sogenannten Pro-Boeren-Kreisen seien Nachrichten eingetroffen, die angeblich zuverlässig eine Einstellung der Feindseligkeiten für die Weihnachtsfeiertage erwarten ließen. Wahrscheinlich handele es sich dabei lediglich um die bekannte religiöse Auffassung der Boeren, daß an Sonntagen und hohen Festtagen nicht gekämpft werden dürfe, welcher Kitzler in eigenem Interesse Rechnung getragen haben mag. Engländerseits werde darin aber ein Angelegen zu Gunsten eines möglichen wirklichen Waffenstillstandes gesehen, welcher weiteren Verhandlungen die Wege ebnen solle. Eine Bestätigung dieser Auffassung sehe man in der Meldung, daß die Vertretungen der Boerenführer unter Vorbehalt, welche angeblich resolut verlaufen sein sollen, weil Vorbehalt jede Unterhandlung ablehnen, hauptsächlich nur auf acht Tage verzögert worden seien.

Aus der Frauenbewegung.

Das Vereinsrecht der Frauen.

Von bürgerlichen Frauenvereinen ist dem Reichstage eine Petition zugegangen auf Schaffung eines Reichsgesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht und Gleichstellung der Frauen mit den

Männern. Die Petitionskommission hat sich mit der Petition bereits beschäftigt und schriftlichen Bericht darüber erstattet. Bei den Verhandlungen der Kommission gab der Regierungsvertreter folgende Erklärung ab:

Die bereits bei den früheren Verhandlungen des Reichstags über den gleichen Gegenstand ausgeführt worden ist, vermag ein großer Teil der verbündeten Regierungen ein Bedürfnis für eine allgemeine reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts nicht anzuerkennen, während vielmehr an den bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen festzuhalten. Es ist deshalb innerhalb der Reichsverwaltung eine reichsgesetzliche Regelung nicht in Aussicht genommen.

Von dem guten Willen der Regierung ist also auf dem Gebiete des Vereinsrechts zur Zeit gar nichts zu erwarten.

Die Kommission beschloß trotzdem, den ersten Teil der Petition, Schaffung eines einheitlichen Vereinsgesetzes, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überreichen, den zweiten Teil jedoch nur insoweit, als den Frauen die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen gestattet werden möge, wenn ihre Berufsinteressen verhandelt werden sollen; im übrigen wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Folierer und Rohrumhüller Deutschlands!

Schon seit vier Jahren gärt es in ganz Deutschland unter den Folierern. Allerorts ist man bestrebt, eine Vereinigung zu gründen. Leider ist dies bis jetzt erst in Berlin, Hamburg und Celle geschehen. In erstbenannter Stadt besteht der Verein bereits seit vier Jahren und haben die Mitglieder in dieser Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Der Lohn ist seitdem um 10 Pfg. resp. 15 Pfg. in der Stunde gestiegen, ebenfalls ist die Arbeitszeit zu unseren Gunsten geregelt; auch ist ein Arbeitsnachweis eingerichtet, der von den Fabrikanten voll anerkannt wird. Trotzdem ist auch bei uns noch manches faul.

Doch, wie bei uns die Lage vor vier Jahren war, ist sie heute noch bei Euch, Kollegen, in Hannover, Dortmund, Duisburg, Köln, Frankfurt a. M., Rammheim, Ludwigshafen, Halle und Leipzig. — Wir fordern Euch jetzt auf, Euch mit uns zu vereinigen, damit wir einen Ring über ganz Deutschland bilden und mit vereinten Kräften unsere Sache fördern. Die drei oben genannten Vereinigungen der Folierer haben zu diesem Zweck eine Zusammenkunft am Sonntag, den 29. Dezember, in Hannover im Lokale des Herrn Wolf, Schillerstr. 4, einberufen. Wir ersuchen Euch, auf dem schnellsten Wege in Versammlungen oder in Kollegenkreisen, ein oder zwei Delegierte zu wählen, dieselben zum 29. Dezember nach Hannover zu senden, um gemeinsam zu beraten! Jede Stadt, und wenn auch noch so wenig Folierer dort sind, muß vertreten sein. Also auf zum ersten Kongreß der Folierer Deutschlands am 29. Dezember nach Hannover, Schillerstraße 4. Alle Anfragen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Mit kollegialischem Gruß

Im Auftrage der drei obengenannten Vereine:

Albert Westphal

Berlin O. 34, Warkauerstraße 9.

Vertrauensmann der Folierer und Rohrumhüller Berlins.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Der Verband der Sattler führt Marken mit der Bezeichnung „arbeitslos“ und „krank“ ein. Diese Marken sollen im Mitgliedsbuch für diejenigen Wochen eingestrichelt werden, in denen das Mitglied wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit vom Beitrag befreit war. Es soll dadurch festgestellt werden, wie viele Mitglieder dieser Gründe wegen keinen Beitrag zu zahlen brauchten.

Die ausgesperrten Arbeiter der Kochschen Schiffswerft in Albeck haben beschlossen, am Mittwochmorgen geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen. Gleichzeitig fordern die Arbeiter von der Direktion, daß sie die Wahl des gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterausschusses in die Wege leite, der bisher auf der Werft noch nicht bestand.

Zu dem Siege der Düsseldorfer freien Gewerkschaften bei Gelegenheit der Gewerbegerichtswahlen wird uns aus Düsseldorf noch geschrieben:

Die Düsseldorfer Gewerbegerichtswahlen wurden noch vor 8 bis 9 Jahren, fast möchte man sagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit getätigt. 200—300 Stimmen wurden abgegeben und unsere Genossen erlangten unter diesen Umständen spielend die sämtlichen Arbeiter-Beisitzerstellen am Gewerbegericht. Im Jahre 1894 änderte sich das mit einem Schlage. Das Centrum und vor allem die Kapläne warfen sich mächtig ins Mittel und sie erlangten mit etwas über 2000 Stimmen gegen 1800 damals den Sieg sämtlicher christlichen Kandidaten. Unsere Genossen wurden damals aus dem Gewerbegericht ganz verdrängt und seitdem behaupteten die Christlichen diese ihre Position. Gethon haben die christlichen Beisitzer nicht viel. Im Gegenteil, es wurden mit ihrer Hilfe Urteile gefällt, die das Ansehen des Düsseldorfer Gewerbegerichts bei einer großen Menge von Arbeitern sehr herabminderten. Es sei nur an das abweisende Urteil in dem allerwärts bekannt gewordenen Schwarze-Liste-Prozess der 48 streikenden Emailierarbeiter des Düsseldorfer Emailierwerks Vortmann u. Ebers erinnert. Es war so weit in Düsseldorf gekommen, daß die Arbeiter lieber dreimal sich überlegten, ehe sie ans Gewerbegericht gingen, zumal auch die Prozessprognos dieses Gerichts sehr viel zu wünschen übrig läßt. Es werden am Düsseldorfer Gericht meist 20 und 30 und mehr Sachen hintereinander abgehört, ohne daß sich nur über eine Sache das Urteil gefällt würde. Die Parteien werden sämtlich auf 3 und 4 Uhr nachmittags geladen, müssen dann sämtlich den ganzen Nachmittag verroteln und oft bis gegen 8 Uhr abends warten, bis das Gewerbegericht nach Aufhören der 30 Sachen zur Beratung abtritt, alle 30 Sachen hintereinander berät und dann die Urteile verliest. Der Vorsitzende liest einfach den Tenor des Urteils über die verschiedenen Sachen herunter, sämtlich hintereinander, oft so schnell, daß nicht einmal die Pressvertreter folgen können und, was ein Hauptmißstand, ohne jede Begründung der Urteile.

Die Christlichen rühmen sich, als der Sachen im Berichtsjahr durch Vergleich erledigt zu haben. Wer aber weiß, wie diese Vergleiche zusammenkommen, wie von den sonnerverdienten Marken der Arbeiter heruntergehandelt und abgezwickelt wird, der wird diese „Vergleiche“ sicher nicht als Segen für die Arbeiter betrachten.

Die Krone legten aber die Düsseldorfer Christlichen ihrer „segnensreichen“ Thätigkeit dadurch auf, bis sie im verfloffenen Jahre die Verlängerung der früheren vierjährigen Wahlperiode auf sechs Jahre durchsetzten. Sie „begründeten“ das damit, daß die Düsseldorfer Gewerbegerichtswahlen „mit beispielloser Erbitterung“ der Arbeiter angefochten wurden (!), und das sei „nicht gut“, wenn sich das alle 4 bzw. 2 Jahre wiederhole. (!) Es müßte mehr Ruhe unter den Arbeitern Platz greifen. Thätlich wollen die Christlichen den Arbeitern den Mund verbieten; sie, die Christlichen, wollen vor den Arbeitern „Ruhe“ haben und möglichst lange im Rest des Gewerbegerichts sitzen bleiben.

Unter diesen Umständen kam nun die Wahl 1901. In der Zeit der Krise, der verminderten Löhne, der Arbeitslosigkeit und des Brotwuchers! Die Düsseldorfer Gewerbegerichtswahl wurde so zu einer kleinen Reichstagswahl. Die ganze Bürgerschaft verfolgte die Wahlkämpfe und an 14 000 Arbeiter hegen sich in die Listen einzzeichnen. Eine unerhörte Zahl gegen früher. Die Socialdemokratie — hie Brotwucher-Centrum war die äußerster Erbitterung gekämpft.

Gewählt wurde an 3 Tagen. Das ist übrigens auch bezeichnend für die Wahlen der Christlichen. Nur 3 Wahllokale gab's, es koste sonst zu viel und ginge ja auch nicht, war die Antwort. An jedem Tage wurde in einem der Lokale gewählt und es herrschte oft ein Gedränge, daß einmal in der Tonhalle der Wahllokal von den Rassen umgedrückt wurde und die Polizei die Genossen bat, ordnen zu helfen. So war es schon 1888. Ja sogar ein Arbeiter mußte damals ohnmächtig aus dem vollgepfropften Wahllokal getragen werden, anderen wurden im fürchterlichen Gedränge die Kleider zerrissen. Die Massen standen oft stundenlang, Kopf an Kopf in den schmalen Sälen zusammengepfropft, ehe sie ihren Wahlzettel los waren. Die Kapläne kamen mit den Weisern und Arbeitern truppweise, wie Kompagnien heranzumarschieren und die Wahlschepper arbeiteten sogar mit Droschken und Fahrträdern.

Unter solchen Umständen ist das diesjährige Resultat ein geradezu glänzendes zu nennen, zumal gegen die paar Hundert Stimmen früherer Jahre. Und auf alle Fälle ist dieses Resultat ein Sieg der Gegner des Brotwuchers gegenüber dem Brotwucher-Centrum. Das ist in Düsseldorf allgemeine Ansicht.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Herbst wurden die Arbeitnehmer-Kandidaten des Gewerkschaftskartells gewählt. — Bei der Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer konnte in der Gruppe der Großindustrie nicht gewählt werden, da sich nicht ein einziger Wähler der betreffenden Gruppe in die Wählerliste hatte eintragen lassen. Es muß demnach für die Großindustrie ein neuer Wahltermin anberaumt werden. Von den übrigen Arbeitgebern hatten sich ganze zwei Mann als Wähler eintragen lassen, die denn auch die drei Beisitzer wählten.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Selsenkirchen flochten die vereinigten christlichen und hiesig-Düsseldorfer Gewerkschaften mit 10 Stimmen Mehrheit über die freien Gewerkschaften.

Der Scherenscheiberverein in Solingen hat als Antwort auf den Beschluß des Scherenscheibervereins den Ausstand bei allen dem Fabrikantenverein angehörenden Firmen erklärt.

Achtung, Textilarbeiter! In der mechanischen Weberei von Fode u. Unum in Meerane ist ein Abwehrstreik ausgebrochen. Den Arbeitern wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit angefochten, weshalb sämtliche Weber und Weberinnen die Arbeit niedergelegt haben.

Ausland.

3000 Arbeiter des Kriegshafens in Brest hielten am Dienstag eine Versammlung ab, in welcher ein Beschluß angenommen wurde dahingehend, daß nur ein Gesamtausstand den Arbeitern zur Durchsetzung ihrer Forderungen verbleiben könne. Von den Hafenarbeitern in Cherbourg wurde ein ähnlicher Beschluß gefaßt.

Aus der italienischen Gewerkschaftsbewegung. In Ferrara haben die Schuhmacher und die Bäder die Anerkennung ihrer Organisation und eine Erhöhung des Lohnes durchgesetzt. Die dortige Arbeitskammer hat außerdem in der letzten Zeit die Schlichter, Bäder, Metallarbeiter, Militärwerkstätten-Arbeiter, die Arbeiter der chemischen Fabrikation und der Plüsterfabriken organisiert. — Für die Arbeiter der chemischen Fabriken soll demnächst ein Kongreß einberufen werden. — In Savona streikten die Bäder um Erhöhung des Lohnes und Herabsetzung der Arbeitszeit; Verhandlungen mit den Weisern sind angebahnt. — In Livorno ist ein Streik der Werftarbeiter ausgebrochen.

Versammlungen.

Eine Parteiversammlung für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am Dienstag im Kösliner Hof. Der Besuch war sehr zahlreich. Den Vorsitz führte Genosse August Hünze. Er stellte zunächst fest, daß diese Versammlung einberufen worden sei im Einverständnis aller Vertrauensleute des Kreises mit Einschluß des Genossen Wünsch. Trotzdem hat Wünsch zu derselben Zeit, wo diese Versammlung tagt, eine besondere Versammlung für die Schönhauser Vorstadt einberufen mit der gleichen Tagesordnung, die dieser Versammlung vorliegt.

In dieser Angelegenheit wurde folgende Resolution eingebracht: Die Versammlung erklärt sich einverstanden mit dem von der Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis beschlossenen Organisationsstatut und verpflichtet, so weit dies noch nicht geschehen, sich diesem Verein Mann für Mann anzuschließen. Die Versammlung protestiert energisch gegen die wider den Willen der Majorität der Genossen des Kreises einberufene Prater-Versammlung und erwartet vom Parteivorstande und den über Berlin gewählten Kommissionen, daß sie den in der Prater-Versammlung etwa gewählten Personen die Anerkennung als Vertreter des Kreises verweigern. Der Kreis ist unisono berechtigt, dies zu verlangen, als der Vertrauensmann Wünsch mit der Einberufung der gemeinsamen Versammlung einverstanden war und seine abweichende Stellungnahme am letzten Sonntag bei der Revision nicht ansprach. — Von den Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt erwartet die heutige Versammlung, daß sie einhalten mit ihren Sonderbestrebungen und die Hand bieten zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Ganzen. —

Es wurde jetzt der erste Punkt der Tagesordnung: Berichtserstattung der Vertrauensleute für die Zeit vom 1. April bis 1. Dezember erledigt.

Pfarr (Roabit) hatte eine Einnahme von 4371,44 M., eine Ausgabe von 4104,74 M. (davon sind 3108,39 M. an die Parteikasse abgeführt). Bestand bleibt 720,95 M.

Rasche (Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen) hat eingenommen 10 349,08 M., ausgegeben 10 292,19 M., darunter 6350 M. an die Parteikasse. Bleibt ein Bestand von 56,89 M.

Hünze (Wedding und Oranienburger Vorstadt) verzeichnet eine Einnahme von 6178,41 M., eine Ausgabe von 6141,18 M., davon sind 6000 M. an die Parteikasse abgeführt. Der Bestand beträgt 32,23 M.

Ueber die Kreiskasse berichtete Rasche: Die Einnahmen betragen 9103,35 M., die Ausgaben 8083,62 M., bleibt ein Bestand von 19,73 M.

Genosse Rapp bekundete namens der Revisoren, daß die Rassenführung der Vertrauensleute mit Einschluß des Genossen Wünsch richtig befunden worden ist. Die Versammlung entlastete die anwesenden Vertrauensleute, schloß aber den Genossen Wünsch von der Dechargeerklärung aus, weil sich derselbe durch Fernbleiben von der Versammlung der Pflicht der Berichtserstattung entzogen hatte.

Hierauf gab Freyhäler den Bericht über die Thätigkeit der Breßlauer Kommission; an denselben schloß sich eine kurze nicht wesentliche Diskussion. — Dann folgte der Bericht der Agitationskommission, den Kiesel erstattete. Das zweite Kommissionsmitglied Schmidt war nicht zugegen. Die Entlastung wurde deshalb nur dem Genossen Kiesel erteilt. — Nunmehr gab Wegner den Bericht der Lokalkommission.

Eine längere Debatte entstand über die eingangs erwähnte Resolution Krendsee. Bei dieser Gelegenheit beantragte Kröhn: Den Parteivorstand zu ersuchen, daß er ein Urteil fälle, welche Genossen als Vertreter der Mehrheit des Kreises anzuerkennen sind. Der Redner meint, man solle nicht das Seziernest nehmen und sich von den Genossen der Schönhauser Vorstadt trennen, sondern noch diesen letzten Versuch machen, um die abseits Stehenden zur Umkehr zu bewegen. — Alle andern Redner traten gegen den Antrag Kröhn und für die Resolution Krendsee ein. Der Antrag Kröhn wurde gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Resolution Krendsee wurde gegen wenige Stimmen angenommen, ebenso ein von Wurgel gestellter Antrag, welcher den Genossen Wünsch wegen seines Richterchrems in der Parteiversammlung verurteilt.

Hierauf erfolgte die Neuwahl der Vertrauensleute. Die Genossen Pfarr, Hünze und Rasche wurden vorgeschlagen, lehnten aber eine Wiederwahl ab. An ihrer Stelle wurden gewählt: Karl

Fischer für Roabit, Fahrnow für Wedding und Oranienburger Vorstadt, Bittorf für die Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen, Klose für die Schönhauser Vorstadt. Die Delegierten für die Kommissionen werden im Wahlverein gewählt und bleiben bis dahin noch in ihren Ämtern.

Damit waren die geschäftlichen Angelegenheiten der Parteiverammlung erledigt. Es folgte ein mit vielem Beifall aufgenommenem Vortrag des Genossen Ledebour über die politische Lage.

Die Genossen der Schönhauser Vorstadt waren einer Einladung ihres Vertrauensmannes, des Genossen Wünsch, zu einer Versammlung im „Prater“ in großer Zahl gefolgt. Auf der Tagesordnung stand der Bericht und die Abrechnung des Vertrauensmannes sowie die Berichte der Mitglieder der einzelnen Kommissionen. Ein Vortrag des Genossen Walded Manasse über „Krieg auf Erden und den Menschen kein Wohlgefallen“ wurde laut Beschluß als letzter Punkt der Tagesordnung gestellt. Vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen entstand eine Diskussion über eine vom Genossen Lugscheider eingebrachte Resolution: „Die heute hier im Prater versammelten Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt protestieren gegen die Einberufung der heutigen Parteiverammlung, da der Vertrauensmann Wünsch nicht berechtigt ist, in einer Vorstadtversammlung seine Abrechnung zu geben, vielmehr verpflichtet ist, Abrechnung und Bericht in einer Parteiverammlung des ganzen 6. Reichstags-Wahlkreises vor sich gehen zu lassen, da der Vertrauensmann sein Amt nicht von einer Vorstadtversammlung, sondern vom ganzen 6. Kreise erhalten hat.“

Des weiteren kam heute von einer Neuwahl des Vertrauensmannes, sowie der übrigen Kommissionsmitglieder keine Rede sein.

Ferner protestierten die hier Versammelten gegen den neuen, am 11. Dezember er. im Prater gegründeten Verein, da solch Vorgehen nicht zur Förderung der Agitation, auch nicht dem Wohle der Gesamtpartei dienen kann.

Ein Antrag Kunow auf Uebergang zur Tagesordnung wird, nachdem Wünsch denselben bekämpft hatte, mit großer Majorität abgelehnt.

Zur Begründung der Resolution führt Lugscheider aus, daß durch das Vorgehen der Schönhauser Vorstadt der Zwist im 6. Kreise nur verhärtet werde. Die heute hier Gewählten könnten schon wegen der Bestimmungen des Organisationsstatuts nicht anerkannt werden. Er (L.) protestiere aus agitatorischen Gründen gegen die Wahlen, wie sie hier vorgenommen sind. Nehmen Sie ein Eingehen in die Verhandlungen heute ab. Lühbede erklärt, daß der zahlreiche Besuch der Versammlung das große Interesse beweise, welches die Genossen den heutigen Verhandlungen entgegenbringen. Die Haltung der Versammlung werde dem Vordränger beweisen haben, daß die Genossen der Schönhauser Vorstadt anderer Meinung sind.

Die Resolution wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Die hierauf von Wünsch vorgelegte Abrechnung ergab eine Einnahme von 7100,70 M. und eine Ausgabe von 7058,30 M. In der letzteren Summe sind 6550 M., die an den Parteivorstand abgeführt sind, einbezogen. Versammlungen haben 8, darunter 4 aus Anlaß der Stadtverordnetenwahlen, stattgefunden.

Ohne weitere Diskussion wurde der Vertrauensmann auf Antrag der Revisoren gegen 1 Stimme entlastet.

Für die Breßlauer Kommission erstattete Genosse Marx Bericht. Er bemerkt, daß die verchiedensten Beschwerden von der Kommission in Gemeinshaft mit der Redaktion und im besten Einvernehmen ihre Regelung gefunden haben. Die Sprechstunden werden vom 1. Januar 1902 statt an drei an fünf Tagen der Woche (außer Sonntagsabends) abgehalten werden. Redner fordert in eindringlichen Worten auf, in der Agitation für die weitere Verbreitung des „Vorwärts“ nicht zu erlahmen.

Das Mitglied der Agitationskommission, Genosse Schmidt, sowie das Lokalkommissionsmitglied Genosse Rihmann gaben sodann ihren Bericht, ohne daß eine Diskussion hierüber beliebt wurde. Letzterer hatte eine Einnahme von 127,83 M. und eine Ausgabe von 128,93 M. aufzuweisen. In 13 Streitfällen wurde die Lokalkommission zur Schlichtung angerufen. Briefe zc. waren 558 Stück zu erledigen.

Die darauf vorgenommenen Wahlen zu den einzelnen Ämtern ergaben folgendes Resultat: Als Vertrauensmann Wünsch, als Mitglied der Breßlauer Kommission Baum, zur Agitationskommission Schmidt, in die Lokalkommission Rihmann, als Revisoren Dobroslaw, Kunst, Trapp, in die Zeitungskommission zur Entgegennahme etwaiger Beschwerden Dobroslaw und Schmidt.

Der den Schluß der Versammlung bildende Vortrag des Genossen Manasse wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perrückenmacher. (Zweijahresversammlung) Donnerstag, den 19. d. M., abends 10 Uhr, Rosenhallerstr. 57, bei Bauer, Versammlung, Vortrag des Herrn Dr. Schütte: „Ueber die Entstehung des Allgemeinen Arbeitervereins.“

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ermordet.

Breslau, 18. Dezember. (W. T. V.) Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, hat ein Glasschleifer aus Goldbach bei Reinerz seine drei Brüder ermordet. Der Thäter wurde sofort verhaftet; es stellte sich heraus, daß derselbe irrsinnig ist.

Gestrandet.

Selgoland, 18. Dezember. (W. T. V.) Die viermännige englische Bark „Vandaneira“, Kapitän Fretwell, mit Salpeter nach Hamburg bestimmt, ist an der Düne gestrandet. 26 Personen der Mannschaft sind gerettet worden.

Komitee zur Verhütung von Ausständen.

New York, 18. Dezember. (W. T. V.) Auf Einladung der „Civic Federation“ trat hier heute eine Konvention von Vertretern der Kapitalisten- und Arbeiterkreise sowie des Publikums zusammen und setzte ein aus je zwölf Vertretern der organisierten Arbeiterschaft, der großen, zahlreiche Arbeiter beschäftigenden Kapitalisten- Vereinigungen und der unabhängigen Bürgerschaft bestehendes Komitee ein, das die Frage harmonischen Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit sowie der Verhinderung von Ausständen erwägen soll. Dem Komitee gehören u. a. an Gompers und andre Arbeiterführer, Mc Hanna, Schwab, John Rockefeller, Cleveland, Bischof Potter und Erzbischof Ireland.

Nienburg a. W., 18. Dezember. (W. T. V.) Nach einer Meldung der „Halle“ ist in der letzten Nacht die große Eichenfabrik von G. L. Meyer in Eisdorf mit allen Maschinen und mehreren tausend Centnern Eichenholz in ein Haub der Flammen geworden. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt, doch vermutet man, daß sich die Wurzeln entzündet haben. Den Besizer trifft ein enormer Schaden.

Breslau, 18. Dezember. (W. T. V.) In der Kammer sind 2000 Petitionen mit über 100 000 Unterschriften von Abwählern eingegangen, in denen die Abschaffung der Zuckerprämien beantragt wird in der Hoffnung, daß dadurch der Preis des Zuckers fallen werde.

Wien, 18. Dezember. (W. T. V.) Der Sohn des früheren Ministerpräsidenten Dr. Wladan Georgiewitsch, Ministerial-Rat Alexander Georgiewitsch, trief heute abend auf der Straße den früheren Außenminister Paul Marinkowitsch, der seinen Vater wiederholt öffentlich beleidigt hatte, tödlich an. Marinkowitsch feuerte zwei Revolverkugeln ab, ohne Georgiewitsch zu treffen. Dagegen wurde durch einen der Schüsse ein vorübergehender Anath schwer verwundet.

Zur Gemeindevahl in Mainz.

Dem Genossen David zur Erwiderung zunächst einige beiläufige Bemerkungen. Daß wir nicht wußten, ob in Mainz absolute Majorität mit Stichwahlen oder einfache Majorität gilt, haben wir ja, weil wir das nicht als ein Kennzeichen besonderer Unwissenheit ansehen, selbst gesagt und deswegen auch in der frohlichen Notiz beide Möglichkeiten erwogen und bei beiden die Chancen unserer Mainzer Genossen nicht ungünstig gefunden.

David weist dem „Vorwärts“ die Stellung einer obersten Wahlbehörde zu, die von olympischen Höhen herunter die Parteigenossen im Reich censuriert. Solche Stellung hat der „Vorwärts“ nach unserem Parteistatut nicht und er hat sie auch noch niemals beansprucht. Auch im Mainzer Falle nicht. Deshalb hat der „Vorwärts“ auch keinen Anlaß, sich vorher brieflich Auskunft zu holen, gewissermaßen den Angeklagten zu hören, bevor er ihm seinen Verweis erteilt. Der „Vorwärts“ nimmt einfach wie jedes andre Parteiblatt das Recht für sich in Anspruch, seine Meinung über Vorgänge in der Partei zu sagen. Als Tatsachenquelle für unser Urteil dienen uns die Veröffentlichungen des Mainzer Parteiblatts und das kommt uns genügen, um die Art, wie dort und andernorts in Hessen Gemeindevahlen gemacht werden, sehr unerschrocken zu finden.

Sehr verfehlt ist auch Davids Bemerkung, daß wir unsere Kritik nicht während des Wahlkampfes hätten ansprechen sollen. Unser Kritik hat ja den „glänzenden Sieg“ weder verhindert noch beeinträchtigt. Verwirrung in den eigenen Reihen fürchtete David davon, daß wir die buntschichtige Kompromisserei gekennzeichnet haben; sollte nicht die buntschichtige Kompromisserei selber die Verwirrungursache sein? Hier ist der Nationalliberal der geschädigte Verbündete, der mit uns auf dem gemeinsamen Boden freierheitlicher Geisteskultur streift. Dort kämpft dieser letzte nationalliberale Geistesfeld Seite an Seite mit der frukteren ultramontanen Reaktion gegen uns und am dritten Orte gar kämpft die Sozialdemokratie Schulter an Schulter mit den Mächtern ultramontaner Finsternis gegen die brutale Herrschaft der Nationalliberalen.

Gewiß! Das muß man sagen: Unser Mainzer Parteiblatt hat's den Ultramontanen ordentlich gegeben; nicht hat es ihnen geschenkt, in ihrer ganzen glänzend schwarzen Nacktheit sind sie in einer Serie von Leitartikeln aufmarschiert, diese Ultramontanen, diese Bundesbrüder von gestern unserer Bundesbrüder von heute; diese Ultramontanen, unser eignen Bundesbrüder von Alzei und Darmstadt!

Wenn das die Parteigenossen betrogen können, ohne in ihrem Sinne verwirrt zu werden, dann ist ihre Verdamnung stark genug, um auch ein wenig „Prinzipienreiterei“ mitten im Wahlkampf zu betreiben. („Prinzipienreiterei“, das meinte doch wohl David, als er sich noch rechtzeitig besann und schamhaft „Prinzipienfestigkeit“ schrieb.)

Die Gänsefüßchen machen David Wein, die wir den „vier liberalen Parteien“ angehängt haben, und da macht er sich denn auf, uns zu beweisen, daß — wir auch zu den liberalen Parteien gehören. Aber ja doch! Wer beweist denn, daß wir alle vom bürgerlichen Liberalismus bisher unerfüllt gelassenen oder gar fallen gelassenen Forderungen vertreten? Das braucht David und doch wahrlich nicht erst zu beweisen. Deshalb möchten wir aber doch nicht selber in einen Topf steigen mit den Parteien, die sich heute noch aus alter Gewohnheit liberal zu nennen liebhaben. Was ist's denn mit dem Liberalismus dieser liberalen Parteien? David teilt selbst mit, daß die Führer der Nationalliberalen wiederum mit dem Centrum zu gehen geneigt waren. Auch die Demokraten wollten das Centrum in das „Vändnis der vier liberalen Parteien“ einbezählen.

Im Kampfe gegen die ultramontane Reaktion stehen wir Schulter an Schulter mit dem bürgerlichen Liberalismus. Und im Kampfe gegen die Sozialdemokratie steht der bürgerliche Liberalismus Schulter an Schulter mit der ultramontanen Reaktion. Und Schulter an Schulter mit der ultramontanen Reaktion kann man auch Sozialdemokraten im Kampfe gegen den bürgerlichen Liberalismus finden. Das ist also nichts wie eine ziemlich trostlose Schachermache um einige Mandate, bei der man die großen Worte von liberaler Weltanschauung, großen, die Nation bewegenden Fragen, ultramontaner Reaktion u. d. besser zu Hause läßt. Sie wirken in solchen Fällen etwas komisch. Das Centrum will das Wort verzeuern! Das war auch eines der Argumente der Mainzer Volkszeitung“ in dem Wahlkampf. Wollen das etwa die Nationalliberalen nicht? Glaubt man sich auf ein solches Geschäft einlassen zu müssen, dann behandle man es auch als ein nächsternes Geschäft.

Was ist nun bei diesem Geschäft für die Mainzer Sozialdemokratie herausgekommen? Fünf Mandate von 18 offenen, also weniger als ein Drittel, obwohl sie mindestens die Hälfte der Stimmen aufgebracht hat, die für das Kartell abgegeben wurden. Aber sie hat eine „Nachstellung“ errungen, die sie sich der paar Prinzipien wegen nicht um die Ohren schlagen möchte. Sechs Mandate unter 48! Eine Nachstellung von dem Liberalismus Gnaden, die ihr dieser das nächste Mal vielleicht schon um die Ohren schlägt, wenn es ihm wieder möglich erscheint, die freibeitliche Weltanschauung in die Tasche zu stecken und den ultramontanen Reaktionen in das „liberale Vändnis“ einzubeziehen. Zwei Mandate sind dem Centrum entfallen. Ist damit dessen Majorität im Kollegium gebrochen? Wenn nicht! David würde diesen wichtigen Umstand sicher nicht verschweigen. Die „katholische Volkspartei“ ist in der zu zwei Dritteln katholischen Stadt mit Dreiviertelmehrheit geschlagen worden.“ Beherrscht sie die Stadt darum nicht mehr? Hat die Sozialdemokratie irgend welchen Einfluß darauf gewonnen, daß bei zukünftigen Wahlen die liberalen Parteien nicht mehr mit dem Centrum zusammengehen werden, um ein weiteres Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate zu verhindern? Die Sozialdemokraten in Mainz mögen doch bei den nächsten Wahlen den Versuch machen, entsprechend der Stimmenzahl, die sie sich jetzt zurechnen, die Hälfte der freiwählenden Mandate zu beanspruchen. Dann wird sich zeigen, was ihre Nachstellung ist: ein Produkt ihrer Bescheidenheit und liberaler Gnade, und dann sind sie auf dem alten Fied. Nur mit dem Unterschied, daß sie sich unterdessen durch ihre Kompromisspolitik kompromittiert haben, daß sie sich stets dem Hohn ihrer Gegner aussetzen, wenn sie es wagen wollten, den Liberalen die Verleugnung liberaler Grundsätze vorzutun, wenn sie es wagen wollten, die Liberalen mit derselben Energie zu bekämpfen, mit der sie diesmal die Ultramontanen bekämpft haben. Hoffentlich sind die Kerben unserer Anhänger in Mainz stark genug, um auch dann nicht in Verwirrung zu geraten.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. Die Leiche des seit Wochen vermissten Genossen Robert Müller aus Reichenbach (Sachsen), über welchen Fall wir seiner Zeit berichteten. Ist in Reichenbach a. Elbe gefunden worden. Die wahrscheinliche Vermutung, daß Müller sich das Leben genommen, bestätigt sich damit.

Das Resultat der Kommunalwahlen in Norwegen. Nach „Sozialdemokraten“ vorläufiger Berechnung sind in den verschiedenen städtischen und ländlichen Gemeinden Norwegens zusammen ca. 190 sozialdemokratische Vertreter gewählt worden. Eine genaue Statistik wird später aufgestellt werden. Direkt an sozialdemokratischen Wahlen wurden 170 gewählt. Unter diesen mögen einige wenige sein, die nicht ganz auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen; demgegenüber ist aber eine größere Anzahl erklärter Sozialdemokraten auf den gemeinsam mit Demokraten aufgestellten Listen gewählt worden, so daß die oben angegebene Zahl nicht zu hoch gegriffen erscheint.

In der neuen Gemeindevertretung Kristiania's sitzen 6 Frauen, davon sind 2 Sozialdemokraten, 2 Konservative und 2 „Unpolitische“ vom Frauenstimmrechts-Verein.

Das zweite internationale Gesang- und Musikfest findet in den Pfingsttagen 1902 zu Amsterdam statt. Vereinigungen, die daran teilnehmen wollen, sollen sich bis zum 20. Dezember bei dem „Komitee des sozialistischen Gesang- und Musikfestes“ melden, Amsterdam, Klobeniersburgwal 111.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Vom § 17 des Vereinsgesetzes. In dem Kaiser-Programm, das im Inseratenteil der Nummer des „Hallischen Volksblatts“ vom 25. April veröffentlicht worden ist, schloß sich an die Anzeige der Vormittagsversammlung der Sach- u. Nachbemin Festzug durch die Stadt“. Der Festzug war behördlich nicht genehmigt worden und die Erlaubnis wurde später ausdrücklich verweigert. Der Einsender der Annonce, der sozialdemokratische Vertrauensmann Reiwand und der Verleger Genosse Groß als Verantwortlicher des Inseratenteils der Zeitung wurden in zweiter Instanz vom Landgericht Halle wegen Uebertretung der §§ 9, 10 und 17 des Vereinsgesetzes zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie zur Teilnahme an einem polizeilich nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge durch jenes Inserat aufgefordert hatten. Das Gericht meinte, die Annonce habe den Zweck gehabt, aufzurufen zur Teilnahme an den Veranstaltungen zur Kaiserfeier, also auch zur Teilnahme an dem angeforderten Festzuge. Wenn die Aufforderung auch tatsächlich nicht zu einem Aufzuge geführt habe, so schließe dies die Strafbarkeit nicht aus, denn § 17 Absatz II des Vereinsgesetzes bedrohe die Aufforderung zu einem nicht genehmigten Aufzuge unter allen Umständen mit Strafe, ohne auf den eventuellen Erfolg der Aufforderung Rücksicht zu nehmen. Es sei anzunehmen, daß sich die Angeklagten bewußt gegen das Gesetz aufgelehrt hätten; nach ihren Erfahrungen hätten sie sicher mit einer Verweigerung der behördlichen Erlaubnis gerechnet oder rechnen können. Es wäre deshalb eine Gefängnisstrafe angemessen und nicht eine Geldstrafe. In Betracht komme auch, daß wegen der Rasse, der Stimmung und der Redungen der Parteigenossen der Angeklagten der Gedanke an Störungen der polizeilichen Ordnung nahegelegen habe. Hieran werde auch dadurch nichts geändert, daß die Angeklagten bei der nachmaligen Veröffentlichung der Annonce am 28. April den Sach- den Festzug betreffend, weggelassen hätten.

Die Angeklagten und auch die Staatsanwaltschaft legten Revision ein. Die Angeklagten machten vor allem geltend, daß das Landgericht den Begriff der Aufforderung falsch ausgelegt habe. Die Bekanntmachung, ein Festzug solle stattfinden, enthalte noch nicht notwendigerweise eine Aufforderung zur Teilnahme daran. Es handle sich vielmehr nur um einen Hinweis, der das Publikum aufmerksam machen solle. Und wenn ein Festprogramm geraume Zeit vor dem Fest veröffentlicht werde, dann wäre dies immer nur eine vorläufige Bekanntgabe, bei der man sich Änderungen ganz selbstverständlich und stillschweigend vorbehalte. Ferner wären sie event. nur strafbar, wenn ein Aufzug später wirklich stattgefunden hätte, was ja unbestritten nicht der Fall sei.

Das Kommergericht hob auf die staatsanwaltliche Revision die Vorentscheidung hinsichtlich des Strafmaßes auf und wies die Revision der Angeklagten zurück. Präsident Groschuff führte aus: Das Landgericht verleihe dem Begriff der Aufforderung im Sinne des § 17 nicht, wenn es in dem Inserat nicht nur eine Anzeige, daß ein Festzug stattfinden, sondern auch eine Aufforderung zur Teilnahme an einem Festzuge sehe. Obwohl ein Aufzug nicht stattgefunden habe, sei § 17 mit Recht angewendet worden, da das wirkliche Zustandekommen eines Aufzuges nicht ein Teil des Tatbestandes des § 17 Absatz II des Vereinsgesetzes sei. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft müsse dagegen die Sache an das Landgericht wegen der Strafzumessung zurückverwiesen werden. Wenn hier auf Gefängnis erkannt werden solle, dann müsse dies nach § 17 mindestens auf acht Tage geschehen. Die Verurteilung zu drei Tagen sei unzulässig.

Sociales.

Der Stadtmagistrat Nürnberg sahnte den Beschluß, das Gewerbegerichts-Statut in der Weise abzuändern, daß in Zukunft Primarbeiter, die ihre Rohstoffe und Halbfabrikate selbst beschaffen, in gewerblichen Streitigkeiten mit ihren Auftraggebern der Gewerbegerichtsbarkeit unterstellt sein sollen, auch wenn sie Schiffen und Zehrlagen beschäftigen. Auch wurde die Bestimmung gestrichen, daß Wahlen zum Gewerbegericht an Sonn- und Feiertagen nicht stattfinden dürfen.

Sonntagsruhe in Belgien. Sonntagsruhe sollen nun endlich auch die belgischen Arbeiter durch die Gesetzgebung erhalten. Dem Conseil superieur du Travail (höchster Arbeiterrat) liegt zur Zeit ein Entwurf zur Beratung vor, nach welchem es den Unternehmern unterliegt, einen Arbeiter mehr als sechs Tage in der Woche zu beschäftigen. Nach Art. II soll die Sonntagsruhe auf 36 Stunden festgesetzt werden, ausgenommen solche Industrien, in denen schichtweise Tag und Nacht gearbeitet werden muß. In solchen Industrien und Betrieben soll abwechselnd eine 24stündige und eine 48stündige Arbeitsruhe eintreten. Als Ausnahmetage gilt der Sonntag, ausgenommen diejenigen Industrien, die, sei es durch ihre Natur, sei es im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt und des Verkehrs oder wegen lokaler Verhältnisse auch am Sonntag ihren Betrieb aufrecht erhalten müssen. — Auch dieses Gesetz würde allen Arbeitern, die, wie Eisenbahner, Tramway-Bedienstete, Kellner, Köche usw., zu Sonntagsarbeit gezwungen sind, ohne weiteres ein Aufheben in der Woche gestähert.

Gegen die privaten Vermittlungsbureaus. Die Ausbeutung der Arbeiter der Nahrungsmittelbranche und der Dienstboten durch die privaten Vermittler wird wohl nirgends schamloser betrieben als in Paris. Schon vor Jahresfrist wurde in der Kammer ein Gesetz angenommen, das diesem Stellenwucher ein Ende machen sollte. Dieses Gesetz liegt jetzt dem Senat vor. In der Kommission wurde aber der wesentliche Punkt des Entwurfs, der die vollständige Beseitigung aller privaten Vermittlungsbureaus nach Ablauf von 5 Jahren vorsieht, verworfen. Die Arbeiter der Nahrungsmittelbranche von Paris haben deshalb eine rege Agitation entfaltet, um den Senat zur Annahme der ursprünglichen Fassung zu veranlassen. Fast täglich werden Versammlungen seitens der Schächter, Wäcker, Kellner, Köche, Kondiktoren, Barbierer usw. abgehalten. In einer Versammlung, die dieser Tage in der Bourse du Travail abgehalten wurde, fand eine Resolution Annahme, in der es heißt, die Arbeiter der Nahrungsmittelbranche seien fest entschlossen, der Ausbeutung, der sie durch die Vermittler ausgesetzt sind, ein Ziel zu setzen; sie erklären, in den Generalstreik einzutreten, falls der Senat nicht die Aufhebung der privaten Stellungsvermittlungs-Bureaus beschließt.

Gegen die Schule. (Eig. Bericht.) Die Wirkung der neuen Abendkursregulierung in England zeigt sich sowohl in einer Abnahme der Abendkursen wie der Fortbildungsschüler. Nach der „Teachers' Review“ (Lehrer-Revue) für Dezember hat in 38 Städten die Schülerzahl um 24 1/2 abgenommen. Nach der „School Board Gazette“ wurden geschlossen: London 9 Schulen, West Ham 10 Schulen, Sheffield 4 und Manchester 12 Schulen. Die „Review“ schließt: „Die Volkswirtschaftspolitik der Regierung, die in Transvaal so ganz ohne Erfolg geblieben, erweist sich zu Hause sehr wirksam.“

Aus Industrie und Handel.

Ein Tabaktrust. Der amerikanische Tabaktrust hat in letzter Zeit versucht, auch in Deutschland Fuß zu fassen. Der Leiter dieses Unternehmens, Mr. Duse, hat den Anlauf einer großen Dresdener Cigarettenfabrik, der Firma Jasmagi im Werte von 2 000 000 M. perfekt gemacht. Die Amerikaner sollen auch die Cigarettenfabrik von Nyriazi Prohlers in Berlin angekauft haben. Das Gerücht will auch von einer beabsichtigten Fusion der Kaiser- und Sulima-Cigarettenfabriken in Dresden wissen; die fusionierten Etablissements sollen dann ebenfalls von dem amerikanischen Tabaktrust übernommen werden. Mr. Duse war dieser Tage in Berlin, von wo er sich nach Rußland begeben hat, um auch dort die bedeutendsten Cigarettenfabriken anzukaufen.

Danach scheint die Abneigung der deutschen Fabrikanten gegen die amerikanische Gründung im Schwinden begriffen und man langt mit Vergnügen nach den Millionen, die die Amerikaner ausbieten. In der Generalversammlung des Bundes der Industriellen, die am 21. Oktober 1901 tagte, wurde die Gefahr der Uebermacht des amerikanischen Trusts noch in so grellen Farben vorgetragen, daß Hochgäste glauben konnten, das amerikanische Kapital führe einen Vernichtungskampf gegen das deutsche. Ein Sonderabzug aus den Verhandlungen des Bundes, der den Reichsbehörden sowie den Abgeordneten im Reichstage zugesandt wurde, spiegelt die Furcht vor den amerikanischen Kapitalgebern wider. Der Besitzer der Cigarettenfabrik Riob in Dresden, Herr E. Böhm, gab in seinem Vortrage über die „Amerikanische Gefahr“ das Kapital der American Tobacco-Company in New York, der zwölf Firmen angehören, auf 700 Millionen Dollar, also ca. 2800 Millionen Mark an. Dann beklagte er sich darüber, daß der Trust es durchgeleitet habe, die deutsche Cigarettenindustrie vor amerikanischen Markt fernzuhalten mit einem Zoll von 37,50 M. vom Kilo und 25 Proz. vom Werte. Eine derartig mit Zoll belastete Ware sei nicht mehr exportfähig. Das liege die deutschen Cigarettenfabrikanten noch hingegen, zumal die Cigarettenfabrikation in Deutschland (hauptsächlich der Industrie ist Dresden) sich im letzten Jahrzehnt geradezu riesig entwickelt hat. Aber die Anläufe deutscher Fabriken durch den Trust erwidert die Ueberwindung in Fabrikantenkreisen, es handle sich um einen Niesen-kampf internationaler Interessen, bei dem sich schwer voraussagen lasse, wer der Sieger bleiben werde.

Herr Böhm deckte dann geschäftliche Manipulationen des Trusts im Tabakankauf auf. So seien z. B. aus Dresden für 600 000 M. türkische Tabake nach Amerika laut zollamtlichen Ausweisen verschifft worden, ferner laufe die American Tobacco-Company in der Türkei allen Tabak auf, den sie erlangen könne, wie sie thätigst in Amsterdam fast allen Havanna-Tabak aufgekauft hat. Herr Böhm fügte dann hinzu: „Wir einzelnen Industriellen im Deutschen Reich sind vollständig außer Stande, dazu Stellung zu nehmen, sondern es ist Aufgabe der verbündeten Regierungen, darüber zu wachen, daß das amerikanische Großkapital nicht in unser eignes Vaterland kommt, sonst werden wir über kurz oder lang in unserm Vaterlande Sklaven des amerikanischen Großkapitals.“

Zur Errichtung einer Handelskammer nahmen 45 kaufmännische, gewerbliche und industrielle Vereine am Montag in einer Delegiertenversammlung Stellung. Einstimmig verlangte man in einer Resolution die Errichtung einer Handelskammer in Berlin und wurde der Centralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine beauftragt, bei dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe dahin vorstellig zu werden.

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe möge in Gemäßheit des ihm unter dem 28. Januar d. J. auf Grund des Botoms von mehr als 10 000 Berliner handelsregisterlich eingetragenen Firmen unterbreiteten Votrages nunmehr eine Handelskammer Berlin neben der Korporation unverzüglich zu errichten.“

Lohreduzierung. Das rheinisch-westfälische Ziegeleischindikat beabsichtigt die Löhne der Ziegeleiarbeiter in Rheinland und Westfalen um 15 Proz. zu reduzieren. An die Ziegeleibesitzer ist ein Rundschreiben des Ferner Verkaufsvereins gerichtet worden, in welchem auf die schlechte Lage im Ziegeleigewerbe hingewiesen wird. In dem Rundschreiben heißt es unter anderem:

„Die Preise allerdings konnten durch das rheinisch-westfälische Ziegeleischindikat resp. durch die einzelnen Verkaufsvereine im großen Ganzen auf der bisherigen Höhe gehalten werden, allein der Verdienst ist, abgesehen von der Produktionsbeschränkung, infolge höherer Kohlenpreise und Arbeitslöhne, ein geringer geblieben, und da eine Verbilligung der Produktionskosten die erste Aufgabe des Ziegeleibesitzers sein muß, auch die Löhne im allgemeinen, speziell im Baugewerbe im Sinken begriffen ist, so ist zur Beschaffung eines Ausgleichs die Frage angeregt worden, ob es nicht angebracht ersehe, für die kommende Ziegel-Campagne die Accordlöhne mit dem Ziegemagistrat um durchschnittlich 1 M. zu reduzieren.“

Wir gestatten uns ergebend, Ihnen vorstehende Mitteilung zu machen, um Ihnen Gelegenheit zu geben, diesen Vorschlag Ihren Beisitzern zu unterbreiten und mit aller Macht dahin zu wirken, daß auch die Produktionskosten mit dem Verdienst in Einklang gebracht werden.“

Der Verdienst der Unternehmer darf nicht gekürzt werden, deshalb muß man an dem hohen Lohn des Arbeiters zucken.

Die Diskonto-Gesellschaft wird dem Beispiel der andern Großbanken folgen und Filialen für Depostengeschäfte in Berlin einführen. Bisher hatte die Bank diesen Geschäftszweig nicht besonders gepflegt, die Aenderung zwingt der moderne Entwicklungsgang des Bankverkehrs auf.

Eine seltene Entscheidung der Arbeiter. Der im Juni dieses Jahres verstorbenen Herr Kommerzienrat E. Veit, der seit dem Verlehen der Aktiengesellschaft für Amilinfabrikation Mitglied ihres Aufsichtsrats gewesen ist, hat den Arbeiter der Fabrik die Summe von 20 000 M. testamentarisch vermacht, mit der Maßgabe, daß diese Summe unter die Arbeiter unter Berücksichtigung des Dienstalters verteilt werden solle. Den auf das angenehmste überraschten Arbeitern ist diese Wehreinnahme, die noch diese Woche zur Auszahlung gelangt, bei der herrschenden Krisis und zu dem bevorstehenden Weihnachtsfeste wohl zu gönnen. Bemerkenswert ist, daß Kommerzienrat Veit erst vor drei Jahren eine Summe von 18 000 M. unter gleichen Bedingungen an die Arbeiter der Amilinfabrik hat verteilen lassen.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Die Generalversammlung der Hildesheimer Aktiendruckerei beschloß einstimmig, die Arbeiter derart am Gewinn zu beteiligen, daß sie zusammen jedesmal die gleiche Vergütung wie der Aufsichtsrat erhalten.

Eine Vereinigung der Zinkhütten, die auf eine Ringbildung der Zinkzeugung herauskommt, ist vor kurzen zu Stande gekommen. Die Organisation umfaßt alle Hütten von Schlefien und Rheinland und, bis auf ganz unerhebliche Ausnahmen, alle Hütten Belgiens, Frankreichs und Englands. Nach dem „W. B. C.“ sind die Satzungen nicht darauf gerichtet, durch gemeinsamen Verkauf den Marktpreis zu erhöhen. Man bezweckt nur, die Erzeugung dem Verbrauch thunlichst anzupassen, auch kein Wert in seiner Erzeugung zu beschränken, so lange nicht größere Bestände auf den Hütten sich angesammelt haben, und der Marktpreis längere Zeit sich so niedrig stellt, daß er die Selbstkosten aller nicht unter ganz ausnahmsweise günstigen Verhältnissen arbeitenden Hütten nicht mehr deckt. Jedem, der zur Vereinigung gehörigen Werke ist diejenige Erzeugung zugewiesen, die es im Durchschnitt der letzten Jahre gehabt hat; nur die schlechtesten Werke, die im Laufe dieses Jahres erhebliche Vergrößerungen ihres Gruben- und Hüttenbetriebes vorbereitet haben, ist eine geringe Erhöhung der Erzeugung zugestanden worden. Die Vereinigung verlängert sich von Jahr zu Jahr, falls nicht rechtzeitig gelöst wird.

Der Kampf gegen die Syndikate. Mehrere große Eisenerwerke des Basins von Longwy in Belgien haben beschlossen, keine Coals-abschlüsse mit dem belgischen oder deutschen Syndikat zu den geforderten Preisen einzugehen. Die Werke sollen nach Verbrauch der alten Bestände stillgelegt werden, bis das im März fertiggestellte gemeinsame Coalswerk dieser Eisenerwerke in Aubry bei Douai in Betrieb ist.

Billige Kohlen. Das Baudepartement des Kantons Basel giebt diesen Winter an unglücklich situierte Einwohner billigeres Heizmaterial ab, so den Doppelcentner Würfelkohlen zu 4 Fr. gegen 5,60 Fr. bei den Kohlenhändlern.

Die Berliner Verwaltung könnte sich an diesen Einrichtungen ein Muster nehmen. Es wäre für sie überaus leicht, in ihren städtischen Gasanstalten Kohlen mit einem mäßigen Aufschlag zum Selbstkostenpreise an kleine Abnehmer zu verkaufen. Besonders bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und dem geringen Verdienst der Arbeiter wäre eine solche Maßnahme sehr zu empfehlen, sie wäre eine kleine

Hilfe in der wirtschaftlichen Misere. Allerdings, auf eine Erfüllung dieses Wunsches ist bei der städtischen Verwaltung nicht zu rechnen, denn gerade die Gasanstalten stehen unter der Leitung eines socialpolitisch überaus rüchständigen Mannes. Dabei wird doch gegenwärtig in den städtischen Gasanstalten so hohe Coalspreise, daß die Bestände selbst in dieser Jahreszeit so anwachsen, daß man nicht weiß, wohin damit. Vor kurzem tauchten in der bürgerlichen Presse die Gerüchte auf, man habe einen großen Posten Coals zu einem mäßigen Preise an einen Großabnehmer vergeben. Wir können die Nachricht nicht prüfen, aber wundern sollte es uns nicht, wenn die städtische Gasanstalts-Verwaltung den Nachweis führen will, wie berechtigt es war, daß sie im vorigen Jahre den Coals in die Hände einiger Großhändler gelangen ließ, während die Abnehmer aus dem Arbeiterstande mit außerordentlich hohen Preisen, die an die Bucherpreise für Kohlen sich anlehnten, bedacht wurden. Daß die Bestände in diesem Jahre wieder angewachsen sind, ist wirklich nicht zu verwundern. Wir haben noch immer den exorbitant

hohen Preis von 1,40 Mark für den Hektoliter Coals, während er im Jahre 1900 mit 0,90 Mark verkauft wurde. Daß bei solchen ganz unbegründet hohen Preisen der Absatz stößt, ist erklärlich, wie überhaupt die ganze Geschäftspraxis bezeichnend für die städtische Verwaltung ist, die gegen den Absatz in kleineren Mengen eine nicht zu überwindende Scheu empfinden muß. Den Großen wirft man die Vorteile hin, die kleineren Abnehmer werden bis zur Höchstgrenze mit den Preisen geschränkt. Es ist wirklich unnötig, sich über das Kohlenyndikat zu enträsten, die städtischen Gaswerke sind ganz in demselben Sinne geleitet.

Schriften-Eingang.

Elektro-Jugend-Kalender 1902. Herausgegeben von Krifun G. Hirsch und Franz Witting. Berlin, Verlag von Oskar Coblenz. Preis 2 M. 50 Pf.
Die Geschichte des Berliner Vereins zur Besserung der Strafgefangenen. Von Dr. Ernst Rosenfeld. Verlag von Otto Liebermann, Berlin. Preis 2 M. 50 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 19. Dezember.

Opernhaus. Die Africana. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Geschlossen.
Schiller. Die schöne Melusine. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Jüdin von Toledo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsere Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hoftheater. Sein Doppelgänger. Vorher: English spoken. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Delfos Dittendons Bunter Breit. Anfang 8 Uhr.
G. v. Wolzogen's Bunter Theater (Wiederkehr). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Central. Das tolle Madel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ruisen. Nathan der Weise. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Die Schlangentänzerin. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Offenbach-Gyklus. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welle-Alliance. Geschlossen.
Casino-Theater. Weihnachten. Räuberjäger. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Oryheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. König Kaus. Luftballon. Grigoriadis. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Jubiläumsvorstellung 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Grosse
Weihnachts-Ausstellung
Eine Reise
ins Schlaraffenland
Marionetten-Theater
für die Kinderwelt.

Passage-Panoptikum.
Neu! Der indische Neu!
Doppelmensch!
4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend.

Central-Theater.

Deute Anfang 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
Mit neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten.
Novität! Novität!
Das süsse Madel.
Operette in 3 Akten v. Alex. Landberg und Leo Stein. Musik von Heinrich Weinhart. In Scene geleitet von José Perencja. Dirigent: Curt Wolmann.
Zwischen dem 2. u. 3. Akt: Intermezzo.
Morgen und folgende Tage, Anfang 7 1/2 Uhr: Das süsse Madel.
Morgen Freitag, den 20., Sonnabend, 21., Montag, 23., Anfang 4 Uhr, Sonntag, 22., Anfang 3 Uhr: Schneewittchen bei den sieben Zwergen.
Einlagen: Lebendes Schachspiel, Die Puppe. 2. Bild: Freie Kette.

Metropol-Theater.

Letzte Woche:
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Thomas, Josephi, Bender, Frid-Frid, de Veré,
!! Bender als Sahare! !!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
In Vorbereitung:
'ne feine Nummer!

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.
Das neue Dezember-Programm.
26 internationale
Künstler ersten Ranges.
Anf. wochent. 8, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Bis Weihnachten
Geschlossen!
Wiederöffnung
am 1., 2. u. 3. Weihnachtstag
Gr. Fest-Vorstellung.
Sensations-Programm.
Billet-Vorverkauf zu den Festtagen täglich vormittags von 11-1 Uhr.

Casino-Theater.

Reichthümerstr. 37.
Neu! Das Volksstück:
„Weihnachten“.
Neu! Die Gesangsposse: „Waldenjäger“. Sem. Spec. Progr. Corradini. Anf. Woch. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Verlorene Ehre.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Novität! Novität!
Die Schlangentänzerin.
Posse in 3 Akten aus dem Englischen des Anthony Hope.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.
Morgen: Kluge, die zweite Frau.
Sonnabendnachmittag: Kinder-Vorstellung. Seneewittchen. Kleine Preise.
Ab 25. Dezember: Novität!
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten nach Paul de Kock von Ernest Guinot. Musik von Jean Gilbert.
Vorverkauf an der Kasse von 11 bis 1 1/2 Uhr.

Schall und Rauch.
Unter den Linden 44.
Donnerstag, 19. Dezember 1901:
Vorstellung vor Serenissimus.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

E. von Wolzogens
Bunter Theater (Ueberbrühl)
Königsplatz 68.
Gastspiel Loie Fuller.
Vorstellung des Bunter Theaters.
U. a.: Das tolle Gähnen; Die Julliberen; Brunnensauber. Anf. 8 Uhr.
Morgen: 1. Gastspiel Loie Fuller.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Grosses Festprogramm des Weihnachtsmonats.
Mme. Jourda
in ihrer grossartig. Imitation der Sada Yacco.
Die Harrison-Truppe.
Hella v. Schmidt. Lotte Sedus. Sisters Pontelli.
„Mascagni“ etc. etc.
16 neue erstklass. Nummern.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vornahat. Vergnügenslokal!
Täglich: **Internationale Konzerte.**
Spezialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften:
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Cirkus Busch

Donnerstag, 19. Dezbr., abds. 7 1/2 Uhr:
„Klondike“. Original-Pantomim:
des Cirkus Busch.

Cirkus A. Schumann.

Donnerstag, 19. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
Koloßaler Erfolg der neuen Spezialitäten. U. a.:
Neu! Phänomenal! Neu!
Zum 1. Male in Deutschland
Original-Bicycle Renn-Truppe
vom Alhambra-Theater London.
Welt- und Kunstfahrten auf einer eigens in der Manege errichteten Rennbahn mit 65° Steigung.
Fahrer: W. Irving, A. Wood, J. Staig, H. Watson, Miss Burgess.
Neu! Unabdinglich fürmtlicher Beifall!
The Louisiana Amazon-Guard.
Zum 1. Male auf dem Kontinent.
Schwarze Damen aus dem Staate Louisiana.
Mr. Thompsons
Wunder-Elefanten.
Zum Schluß zum 68. Mal:
Der Schlager der Saison:
Quer durch Paris

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. H. Nutt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter-Carl Bielecke
Carl Bielecke
am Sonntag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofs, in Kirchhof, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
249/6
Der Vorstand.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir bringen hierdurch zur Kenntnis der Kassenglieder und der bei der Kasse zulebenden Arbeitgeber, daß der Bezirksausschuß die von der Generalversammlung am 14. April d. J. beschlossene Statutenänderung genehmigt hat, wonach die Krankenversicherung auf 26 Wochen ausgedehnt und das Sterbegeld auf den Wochenbetrag des durchschnittlichen Tageslohns erhöht wird nach näherer Angabe der Artikel 1 und 2 des Statuten-Rathschlags.
Die Statutenänderungen treten mit dem 1. Januar 1902 in Kraft, finden aber auf die vor diesem Tage schon existierenden Unterhaltungsbeiträge keine Anwendung.
Der Statuten-Rathschlag wird den Kassengliedern durch Vermittlung ihrer Arbeitgeber von uns zugestellt werden, anherdem werden Exemplare in unterm Kassenbureau während der öffentlichen Dienststunden auf Verlangen unentgeltlich verabfolgt.
Charlottenburg, 19. Dezember 1901.
Der Kassenvorstand.

Orts-Krankenkasse Borghagen-Rummelsburg.

Sonnabend, den 28. Dez., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rent (Café Bellevue), Hauptstr. 2.
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Statutenänderung. 276/20
2. Berichtendes.
Der Vorstand. Bubbe.

Lemkes Heizapparat

mit Chamotte, P. u. g. S. 104 318, in 5 Min. u. wenig Feuerung warme Zimmer.
St. 4.50, vermindert 7.50 und 10 M. für Küche 1.- und 2.25. 2/2
Berlin, Sebastianstr. 4.
5 Minuten vom Bahnhof. Vorort, verkaufe Gds. Parzelle, 88 Hufen eingezäunt, Obstbäume, Brunnen, Klost. Laude. 1700 M., Hälfte Anzahlung.
Schlichterm. Joers, Charlottenburg, Schillerstr. 81. 2/2

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu!
O Tanneboom!
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: **Tanz.**
Neu! Neu! Neu!
Lehmanns Heimkehr.
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags
Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf.
Wochentags Bereinbilletts gültig und
Tanz frei. Alle andern Tage bleiben
die Sätze zu Festlichkeiten und
Sammlungen frei.

Als Festgeschenk für Arbeiter
empfehlen wir die folgenden und erschienenen
Gedichte für das Volk.
Von Karl Henckell. Illustriert von Fidus.
5 Bogen Großformat. Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.
Dieses vom berühmten Litteratur-Kritiker des „Vorwärts“ außerordentlich günstig besprochene Büchlein in hübscher Ausstattung enthält ebenfalls beste sociale und lyrische Gedichte aus den Sammlungen, welche die Arbeiter der teuren Buchpreise wegen nicht kaufen können. Der künstlerisch schöne und sinnvolle Buchdruck wird den Lesern höchst willkommen sein. Wir empfehlen das Büchlein bestens.
Buchhandlung Vorwärts.

Achtung! Schiffer. Achtung!

Freitag, den 20. Dezember, Abends 8 Uhr,
im Lokale von Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, unterer Saal:
Öffentliche Versammlung
aller in Berlin anwesenden Schiffer.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Welche politische Partei nimmt die Interessen der Schiffer am besten wahr?“
2. Diskussion. **Der Einberufer.**
NB. Alle Genossen, welche mit Schiffern in Verbindung kommen, werden ersucht, diese auf die Versammlung aufmerksam zu machen. 212/6

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 22. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Lessing-Theater, 1. Abteilung:
Die Medaille
von L. Thoma.
Hierauf: **Der eingebilte Kranke** von Moliere.
Gleichzeitig im Berliner Theater: 7. u. 8. Abteilung:
Heimg'funden.
G. Serio im Carl Weiss-Theater am 12. Januar 1902:
Dantons Tod. Drama von Georg Büchner.
231/15
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 22. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr,
im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater, Chaussee-Strasse:
Die Aledermaus.
Operette von Johann Strauß.
Karten für Mitglieder und Gänge a 1 Mt. sind in nachstehenden Zahlstellen zu haben:
Snapp, Grünthalstr. 5. Grobhandl. Brenzlauer Allee 215. 208r.
Kerstraße 38, II. Rest. Georgenkirchstr. 47, I. Becker, Geylowsstr. 9.
Weh. Rüdigerstr. 120. Bobben, Kommandantenstr. 62. Stampehl.
Marionettenstr. 26. Adm. Rannstr. 88. Kaufhold, Brunnstr. 52, III.
Wees, Müddersdorferstr. 18. Hirsch, Watterstr. 3, Siff. III. Krenndt.
Schöneberg, Cheruskerstr. 2. Danz, Friedenau, Kirchstr. 15, Siff. III.
151/1
Der Vorstand.

Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung

Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35
ist eröffnet!!
Im prachtvollen, weihnachtlich decorierten Ausstellungs-Palast kauft jedermann billigst und amüsirt sich köstlich!
Hört! Seht! 6 intern. Kapellen, 3 Karoussell, Erste Panoramatafel, dreifache Feldhäuser und Rigen, Varietés mit ersten Kräften, Automaten-Ausstellung, Illusionen, China, Boerentweipe unter Leitung von Odm Krüger, Nucleolinos, Räuberhöhle, Schießstände, Kaspartheater, Olympia-Billard und vieles andre!
!Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!
Geöffnet vormittags 10 bis abend 11 Uhr, auch Sonn- u. Feiertag! **Entree 10 Pf.**
Bis 3 Uhr nachmittags Entree frei! Direktion: O. Franz.

Polyphon Musikwerke
Selbstspielende
u. zum Drehen mit auswechselbaren
Metall-Notenscheiben v. 20 Mk.
aufwärts.
Phonographen Gramophone
nur erstklassige, tadelloso
funktionirende Apparate mit
Wachswalzen u. Hartgummiplatten
v. 20 Mk. aufwärts.
Photographische Apparate
aller Systeme, sowie sämtl. Zubehör
Lieferung u. Ersatzteile. Nur erstklassige Fabrikate
aller Artikel geg. mässige Monatsraten v. 2 Mk. an.
Bial & Freund
in Breslau II.

G. Graumanns Festsäle (früher Renz)
27 Naunynstrasse 27.
Zylvestr. Sonnabend den 4. u. Sonntag den 5. Januar 1902
noch frei.
Gustav Graumann.

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstrasse 50a, Ecke Jerusalemerstrasse, am Dönhoffplatz.

Herren- u. Knabenbekleidung

fertig und nach Maass.

Herren- und Knaben-Sport- und Mode-Artikel

Herren- und Knaben-Hüte, Mützen, Wäsche, Oberhemden, Normalhemden, Strickwesten, Unterzeuge, Stöcke, Schirme, Handschuhe, Hosenträger, Reisekoffer, Reisedecken etc.

Herren- und Damen-Schuhe und Stiefel deutschen, österreichischen und amerikanischen Fabrikats.

Bis Weihnachten an Sonntagen geöffnet von 8-10 und von 12-3 Uhr.

Konkursmassen-Ausverkauf

Die grossen Lagerbestände aus der

Adlerschen Konkursmasse

bestehend in

Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Reise-, Divan-, Tisch-, Schlaf- und Steppdecken,

Läufer- und Möbelstoffe,

alles in nur vorzüglichen Qualitäten — kommen zu ausserordentlich billig herabgesetzten Preisen zum Ausverkauf und zwar im bisherigen Geschäftslokal

Königstrasse 20/21,

nahe dem Rathaus.

Besonders empfehlenswert sind einige grosse Partien Teppiche, Portieren, Gardinen, Läuferstoffe u. Decken aller Art.

Nicht wiederkehrende Gelegenheit zum Einkauf praktischer Weihnachtsgeschenke.

Weihnachtsbaum im Sprec-Athenris

Überall zu haben!

Sprec-Nixe

hochfeiner Tafel-Liqueur

Sandmann & Wolfgang GEBRÜDER

Com. Ges. BERLIN

Dr. med. Schaper
hombg. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Weihnachts-Ausverkauf.
Buppenwagen } ausserordent-
Kinderwagen } lich billig!
Sportwagen }
Max Brinner, Jerusalemerstr. 42.
29789* Filiale: Brunnenstr. 6.

Wuffit Werte mit aus-
wechselbaren Roten-
scheiben, geringe Teil-
zahlung.
26589* **J. Kurzberg,**
Landsbergerstr. 13, part.

Gelegenheitskäufe!

Pfeifens, Kaisermäntel, Toppen,
Hosen, Herren- und Knaben-Anzüge,
Koffer, Legermäntel, Teppiche, Kessel,
Wendel, Tischlampen, Goldschmuck,
Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren,
Reiszeug, Harmonika, Weigen,
Silber u. s. w. 27039*

zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Möbelstoffe

alle Qualitäten, spottb.
auch Reste, Gelegenheitsk.: Gute
Moquette-Plüsch 5,35
per Meter (130 Centimeter breit).
Mustar bei näherer Angabe franco!
Emil Lefèvre, Berlin 8.,
Oranienstr. 158.

Knaben-Garderobe

am billigsten und realsten
direkt in der Fabrik von [29379*]
Karl Hustädt,
O., Köpenickerstr. 85, partier, 2.
Min. vom Schlesischen Bahnhof.

Glas-Schreibmaschinen.

Wer seinen Kindern
zu Weihnachten eine
Freude bereiten will,
der bestelle ein Schrei-
den von unfern Ge-
wissen aus Kaufhaus
selbst angefertigten
Schreibmaschinen.
Das Schreiden frucht
nenen Nachnahme zu
5 M. oder vorherige
Einsendung von 5 M.
In dem Schreiden be-
findet sich der gold- u. silberglänzende
Christbaumzweig, Angeln und Eier,
glanz und überspannen, bemalt und
unbenutzt, in allen Farben und
Formen, immer das Neueste. Feiner
Kreisel, Birnen und Früchte jeder
Art Gloden; Gipsfiguren, 100 Stück
Silberne oder goldene Stranzhügel,
Vasentafeln u. s. w. Als Gratübelange
einen schönen Wochenzweig mit beweg-
lichen Gloden. Auch verleiht
wie in früheren Quantitäten und
garantieren für volle Zufriedenheit
der Käufer. 28089*

Guido Müller junior,
Cris-Vertrauensmann,
Lanika in Thüringen.

Rünstliche Zähne

ohne Wurzel-
Entfernung!
Garantiert
schmerzlos!
Zahn- u. Wurzel-
Operat., Plomben etc.
Vangjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Wart.

Bruno Steffens, Meanderstr. 21

Empfehle allen Freunden u. Bekannten
mein **Weiss-, Baisischbier-**
und **gr. Speisegeschäft.** Reich-
haltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag-
mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la
carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer
mit Stavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Ref. Ritterstr. 122.

Eine Qual ist es,

wenn man ein schlecht sitzendes oder unpassendes Augenglas tragen muss. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, empfiehlt es sich, das optische Spezialgeschäft von

Ernst Riek vorm. H. Richter,

Weinbergsweg 15b, zweites Geschäft vom Rosenthaler Thor, aufzusuchen. Bitte genau auf Firma zu achten, da sich in der Nähe noch andere dergleichen Geschäfte befinden.

Daneben werden für jedes Auge die richtig passenden Gläser ausprobiert und grösste Sorgfalt auf den gennanten Sitz der Brille oder des Pincenez, gleichviel in welcher Preislage, entsprechend der Kopf- und Nasenform verwendet. Ratheswar Stahlbrillen von M. 1,00 an. Nickelbrillen u. Pincenez M. 1,50, etc. feinste Qualität v. M. 2 bis M. 4. Neugold-Pincenez u. Brillen v. M. 2,50 bis M. 3,50. Feinste Gold-Stein-Brillen u. Pincenez v. M. 4 bis M. 10,00. Gedeignete Auswahl und elegante Ausführung in Gold-Brillen und Gold-Pincenez von M. 8,00 in Skar. Golde u. von M. 14,00 in 14kar. Golde. Alles mit den besten Ratheswar Krystall-Gläsern versehen.

Eigene Reparatur-Werkstatt.

Lieferung für Krankenkassen.

Als Weihnachtsgeschenke für Kinder empfehle ich in grosser Auswahl: Dampfmaschinen und Eisenbahnen in vollendetester Ausführung. Laterne magica u. Bilder in allen Grössen. Elektrische Lehrmittel.



Spezialität: Theater- und Reise-Brillen mit Leder- u. Metall-Brillen aus. 8/10.
Tel. 1000
Bismarckstr. 10

Zum Weihnachtsfeste

offerierte ich zu noch nie dagewesenen Preisen:

8/ Axminster-Teppiche in schönen Mustern . 8,90

10/ Axminster-Teppiche pro Qu. 14,80 11,10 9,80

12/ Axminster-Teppiche in gr. Auswahl 18,00 12,50

Bettvorleger zu jed. nur denk- 2,80 2,16 1,88 1,08 68
baren Preis Stück

Kleiderstoffe in schwarz u. farbig in kolossaler Auswahl

Ein Posten schwerer reiwollener Cheviots in allen Farben . Mtr. nur 68

Winter- u. Frühjahrs-Neuheiten Mtr. nur 1,78 1,18 96
so lange der Vorrat reicht!

Kleider-Velours zu Morgenröcken und Blusen . Meter nur 46, 33, 31

Ganz besonders mache auf mein kolossales Tricotagen-, Rock- und Blusenlager aufmerksam.

Z. Alexander

102 Grosse Frankfurterstrasse 102 Eckhaus
Krautstrasse.

Import. Cigarren Engros. Export. Versandt.

Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreise dieser Zeitung zugehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, für mässige Preise gute Qualitäten zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt

100 Stück **Maiglöckchen** Mk. 2.50.

100 Stück **Pikfein** Mk. 3.50.

100 Stück **Edelweiss** Mk. 4.50.

Marke Reichspost	Mk. 2,50	Hollandia	Mk. 3,75	Hacienda	Mk. 5,00
Meine Sorte	3,25	Corso	4,00	Gloria Mundi	5,00
do. 300 Stück. franco	9,00	Imperio, Brasil	4,50	Magnifico	6,00
Amerikan Docks	3,50	Exquisit	4,50	Fin de siècle	6,00

Für Weihnachts-Geschenke Kistchen zu 25 und 50 Stück, elegant gepackt, von Mk. 1,00 an, nur gute Qualitäten.

Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.

Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei. Bei 1000 Stück 5 Prozent Rabatt. Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.

Für Wiederverkäufer

bewährte Qualitäten zu Mk. 23,-, 25,-, 28,-, 30,-, 33,-, 35,-, 40,- etc. per Mille.

Rauscher & Fabisch, Engros-Lager Berlin NW. 7.

Friedrichstrasse 94, Hof Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17.
Ecke Leipziger Strasse.

Belle-Alliancestr. 1-2.
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurter Str. 113.
Ecke Andreasstrasse.

Wir vergüten auch in dieser Woche

Photographie-Bons gratis

und zwar bei einem Gesamt-Einkauf von:

5 M. an ¼ Dtz. Visit	10 M. an ½ Dtz. Visit	15 M. an ¾ Dtz. Cabinet	20 M. an 1 Dtz. Makart
-------------------------	--------------------------	----------------------------	---------------------------

Diese Bons sind für jede erwachsene Person zu verwenden, **Weihnachtsgeschenk** und empfehlen wir als besonders beliebtes

Bei Bezahlung bitten wir an der betreffenden Zahlkasse einen Photographie-Bon zu verlangen.

Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Kunstamt bis abends neun. (7672*)

Brillanten
als Specialität empfiehlt zu außer-
gewöhnlich billigen Preisen

Max Brinner vorm. Otto Robain,
Jerusalemstr. 42.
zwischen Schöne- u. Krausenstr. 892
Gegründet 1863.
Der Ruf der Firma bürgt
für strengste Reellität.
Ringe, maß. Gold, u. Brill. v. 892 an
Chrysinge. 2 . . . 16
Broche. 1 . . . 18
Schlippen. 1 . . . 14
u. s. w. bis zum feinsten Genre.
Gelegenheitskäufe besond. billig.

Max Kliems Festsäle
Gafenhaide 13-15.
Umhänge halber sind meine Festsäle (auch der große Festsaal) einige
Sonntage im März und der Palmsonntag frei geworden. 30109*

**Bonbons, Konfitüren, Marzipan,
Baumbehang**

empfiehlt
F. Reinsch, Elsasserstr. 22
(Ecke Gartenstraße).
Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
Ecke
jetzt: Köpnickstrasse 160, Mantuffelstrasse.

Zum Weihnachtsfeste
Präsent-Ritzchen zu 25, 50, 100 Stk.

Tabakarbeiter-Genossenschaft
HAMBURG.

Vertreter: **Udo Stangenberg.**
Fabriklager und Verkaufsstelle: Mantuffelstr. 110.
Verkaufsstelle Rixdorf: K. Krüger, Panierstr. 10. (20002*)
Röbenid: F. Weber, Grünauerstraße 1.
Süd-Osten: E. Kunze, Grünauerstraße 4.
Osten: P. Arnoldi, Straußbergerstraße 34.
Rixdorf: C. Meier, Hermannstr. 26.

Album- u. Lederwarenfabrik
Oskar Gundau,
Oranienstr. 30 Ecke Adalbertstr.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren
u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden
in dem Annahmestellen für Berlin
bis 3 Uhr für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 437*

Garderobenhand August Köhler,
Große Frankfurterstraße 10, empfiehlt
warme Winterkleidung, Paletots,
Toppes, Anzüge, Hüfen für Herren
und Knaben, sowie alle Arbeiter-
garderoben in Feinen, Leder und
Hutstoffen. Großes Stofflager zu
eleganter Rohanfertigung. August
Köhler. 9552*

**Vorjahre elegante Herren-Winter-
paletots und Anzüge aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Saun-
abend und Sonntag. Verkaufshaus
Germania, Unter den Linden 21, 11.**

Knabenverkauft: Knabenanzüge,
Knabenpaletots, Knabenkleider,
Knabenmützen allerbilligst. D. Hoff-
mann, Veteranenstraße 14. 8782*

Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Teppichlager Prinn, Dönhofsstr. 4,
Bahnhof Str. 119/14*

Möbel-Gelegenheit. Beim Antiquar
Otto Videl, Rödterstraße 25
(Bahnhofstr.), liegen zum spottbilligen
Verkauf neue gebogene und wenig ge-
brauchte Einrichtungen, ein Polier-
Säulentisch 30,00, Salonstühle
20,00, Zimmerstühle 8,00, Musik-
schänke, Salonorgeln, Pianer-
sofas, Ruhebetten, Büffets, Schreib-
tische, Bücherregale, Salonbilder, ge-
stirte Ueberzuginnen, Divanbetten,
Stereo, Steppdecken, Salonschirme,
Pflanzständer 5,00. Verschleierte
Gelegenheitskäufe. Gefasstes Lager
unvergleichlich. 9122*

Spotbillig: Teppiche, Betten,
Steppdecken, Gardinen, Winter-
paletots, Operngläser, Regulatoren,
goldene Remontuhrren, Broche,
Chrysinge, Manschettenknöpfe verkauft
Leighaus Neanderstraße 6. 145*

Winterpaletots wegen vorge-
rückter Saison bedeutend unter Preis
einzeln zu verkaufen. Alois Bir,
Berlin, Jerusalemstr. 8. 2297*

Wahmaschinen. preiswerte Be-
gangsanlage, ohne Anzählung, Woche 1,00,
Lieferung nach allen Stadteilen so-
fort. Landbergstraße 82*, Rosenfä-
straße 60/61. 22005*

Gelegenheitskauf! Damenhemden
mit höchster Handarbeit, nur wenig
angekauft 1,25. Auch noch andre
Sachen spottbillig. Wäsche-Fabrik
Krausenstraße 67a, I. 9568*

Teppiche mit Gardenseiten,
Fabrikneubest. Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 437*

Kinderbillard und ein Rebell-
Apparat zu verkaufen. Kohlen-
Klee 88, Quergebäude III. 477*

Goldene Damenuhren (von
10 Mark an), silberne Remont-
uhren (von 5 Mark an) Deutsches
Werkhaus, Rosenfäherstraße 11/12.*

Harmonikas und Geigen ganz
billig zu verkaufen. Reparatur-Werk-
statt für sämtliche Musikinstrumente.
Paul Holzner, Instrumentenmacher,
Weinbergweg 11a, Hof parterre. (*)

Wahmaschinen! Sparstühle! 6,00.
Gadrefektoren! 8,00. Bohler,
Bahnhofstr. 119/14

Wahmaschinen und Feuer-Be-
rührung vermittelt Gustav Schmidt,
Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Wochen täglich frisch Putzwaren
straße 40. 20038*

Malztrübier, Knutbildend, für
Blutarme, Brustkranker, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Verdau-
fung, überaus gesund, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 extrafrei.
Nicht falschen, Qualität ent-
scheidend. Vertreter: Ringler
Bernauerstraße 119. 13439*

Cigarren Fabrik A. Zieg, Un-
validenstr. 124 und Breiterstraße 23.
Hervorragende Nummern 21 5 Pfennig,
27 6 Pfennig, 227 Pfennig, 31 7 1/2 Pfennig.
Bei Entnahme von 100 Stk.
10 Proz. Rabatt, bei 500 zu Fabrik-
preisen. 7130*

Cigarrentouren (Schneider,
Blaser - Kommandantenstraße) wird
jetzt spottbillig anderverkauft. Deutsches
Werkhaus, Rosenfäherstraße 11/12.*

Weihnachtsbäume billigend,
0,50 an, Brunnenstraße 9. 20385*

Weihnachtsbäume von 30 Pfennig
an Weinbergweg 11b. 26415*

Steppdecken billigst. Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Kanarienhähe. Baum, Gohlner-
straße 34, Quergebäude. 25835*

Kanarienvogel billig Krause,
Beusselstraße 28. 479*

Kanarienvogel, Weibchen, passen-
des Weihnachtsgeschenk, verkauft billig
Scholz, Schönleinsstraße 20. 4121*

Kanarienvogel verkauft Brandt,
Holzmärkte 9. 26015

Wenzelhauer: Jüther, wie neu,
7,00. Britannia-Jüther 6,00. Kanarienvogel
Klee 27. Strabel. 2664b

Musikwerke mit auswechselbaren
Notenrollen, geringe Teilzahlung. J.
Kurzberg, Landbergstraße 13,
part. 26582*

Herrenanzüge, Paletots, elegante
Ausführung, geringe Teilzahlung. J.
Kurzberg, Landbergstraße 13,
part. 26582*

Vopagionwahl, 25 Mark, so-
fort sprechend, fingerzähl. Kanarienvogel
mit schönen Hohlkugeln 5 M.
Waldweg. Röhge billig. Richter,
Dramenstraße 87. 2663b

Betten, guter Stand, sofort,
23 Mark, verkauft Kahlbergstraße 78,
I. recht. 2659b

Gangbare Geschäfte jeder Art
habe zum Verkauf, auch mit Hand-
vermittlung, Berlin und Borzote.
Selbstkäufer schriftlich (mit Rück-
antwortporto) A. Glend, Landwehr-
straße 15. 2600b

Neuer Winterpaletot billig
Schwedensstraße 18a, III. Str. 9139*

Wenzelhauer: Jüther, noch halber
billig, Chausseestraße 98a. 119/5

Weiche Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig. Aufschlag, Comptoir
Raiserstraße 25A, früher Barnim-
straße 4 und 5. Sonntags ge-
öffnet. (9242*)

Patentkassette, zweifach, mit
Garnitur, Schloss, alles wie neu,
spottbillig. Marktstr. 40, Topesier.

Goldene Herrenuhren, verfallene,
14tägige, prima Aufwerke, 32,00
an. Drei Goldkapseln 70,00, tabel-
loser Gang garantiert. Werkhaus,
Neue Schönauerstraße 11. 110/5

Damenuhren, verfallene, tolle
Kaswahl, 14tägige 14,00 an,
leichtes Gold 12,00, Werkhaus, Neue
Schönauerstraße 11. 110/7

Reiß- und Rechenhandwerk-
zeuge, ebenso gut erhaltenen Winter-
überzieher verkauft Gleichmann,
Boorenstraße 34, I. 498

Krawatten, alle Façons, sauber
gearbeitet, billige Preise, Klud, Cien-
bachstraße 44. 418

Kanarienhähe und Weibchen
kauft Vogelhandlung Hothof-
straße 6. 20396

Cigarren, Brillanten, Güter,
Warenposten, sowie alles Brauchbare
bietet fabelhaft hoch Deutsches Werk-
haus (Bombardstr.), Rosenfäher-
straße 11/12. 110/5*

Reparatur habe eröffnet. Carl
Schmidt, Beusselstraße 37. 9592*

Charlottenburg, Bismarckstraße 35,
Wille. Vereinszimmer zu vergeben.

Vereinszimmer mit Piano zu
vergeben. Jahnstraße 4. 498*

Grenztürung. Reime hiermit
die Beleibigung, die ich gegen Herrn
Weinert ausgesprochen habe, zurück
und erkläre ihn für einen Ehren-
mann. Hr. Kopfe. 2658b

Vos Str. 77/115. Antwort unter
H. L. 25 Postamt 19. 2802b

Stellenangebote.

Kehler für Goldbleiben verlangt
Brunnenstraße 194. 2666b

Stenotypistin für Goldblatt-
Anzeigepresse und Schwarzdruck-
presse zum 1. Januar verlangen Sachheit
u. Trinität, Rosenstraße 1. 110/5

Am Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Redacteur,
Parteilosen, seit 5 Jahren in seiner
beruflichen Stellung an einem täglich
erscheinenden größeren Parteiblatt
thätig, möchte sich sozialer Verhältnis-
halber zum 1. April oder 1. Juli n. J.
verändern. Respektant ist mit den
politischen und gewerkschaftlichen
Progen völlig vertraut, behagt einem
frischen und populären Stil, ist auch
journalistisch tätig und ein sehr
händiger und starker Arbeiter. Be-
vorzugt würde eine Stellung an
einem täglich erscheinenden Parteib-
blatt mittlerer Größe, zur Leitung
des Blattes. Gute Empfehlungen über
die bisherige Tätigkeit liegen zu
Dienst. Gefällige Offerten werden
unter D. 1 an die Expedition d. Bl.
erbeten.

Tüchtige
Feinmechaniker,
welche sich zum Justieren von Schreib-
maschinen eignen, finden dauernde
Beschäftigung.
107/20*

Adler - Fahrradwerke
vorm. Heinrich Kleyer, Frankfurt a. M.

Tabmenarbeiter,
durchaus gewandt auf Krupfrahmen,
findet sofort oder pr. Jan. dauernde
Arbeit. A. Reimcke, Friederichs-
berggasse 1, Ropenhagen K. 1/20

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Berliner Reichstags-Wahlkreis. In der am 17. Dezember abgehaltenen Parteiversammlung wurden folgende Genossen zu Vertrauensmännern gewählt: Karl Fahrow, Hochstr. 35, für Prenzlauer Vorstadt und Wedding; Adam Viktor, Fehrbellinerstr. 25, bei Eder, für Köpenicker Vorstadt und Gesundbrunnen; Richard Klose, Friedländerstr. 53, bei Schröder, für Schönhauser Vorstadt; Karl Fischer, Waldstr. 8, für Moabit. Die Mitglieder der Presb., Agitations- und Lokal-Kommission verbleiben bis zu der im Januar stattfindenden General-Versammlung im Amte.

Achtung, Schiffer! Am Freitag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (unterer Saal) eine öffentliche Versammlung aller in Berlin anwesenden Schiffer statt. Tagesordnung: Welche politische Partei nimmt die Interessen der Schiffer am besten wahr? Referent: Walded Komanoff. Alle Genossen, welche mit Schiffen in Verbindung kommen, werden ersucht, diese auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Charlottenburg. Der Wahlverein hält heute abend 8 1/2 Uhr in der Gambirius-Bräuerei, Wallstr. 94, seine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Genosse Dr. Konrad Schmidt einen Vortrag halten wird.

Lokales.

In der Wärmehalle

fammeln sich jetzt, seitdem der Winter mit Schnee und Frost eingeseht hat, zahlreicher als jeher jene Aramen und Elenden, die selber nicht über einen geheizten Raum verfügen, der ihnen Schutz vor der Witterung bietet. So lange noch milde Witterung herrschte, war der Besuch der Halle nicht sonderlich stark. Am Sonntag aber, dem ersten kälteren Tage dieses Winters, wurde die Wärmehalle in erheblich höherem Grade in Anspruch genommen. Ebenso am Montag, Dienstag und Mittwoch. Im allgemeinen ist der Andrang in diesem Jahre stärker, als im Dezember des vorigen Jahres; eine Erscheinung, die sich wohl auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr zurückführen läßt. Unstreitig übt die jeweilige Temperatur einen größeren Einfluß auf den Besuch der Wärmehalle aus, als die geschäftliche Konjunktur. Ein großer Teil derer, die sich in den angenehmen durchwärmten Stadtbahnbögen einzufinden pflegen, sind dem Aufsichtspersonal der Wärmehalle alte wohlbekannte Stammgäste. Sie finden sich regelmäßig ein, nehmen einen Napf warmer Suppe oder einen Toppf Kaffee mit Brot zu sich — Speisen, die hier für wenige Pfennige zu haben sind — und bringen den größten Teil des Tages in der Halle zu. Es sind die Armen und Obdachlosen, welche auf jener tiefen Stufe des Elends angelangt sind, wo an eine Rückkehr in geordnete Verhältnisse nicht mehr zu denken ist.

Aber nicht nur diese ständig im Elend lebenden Leute suchen die Wärmehalle auf. Es finden sich dort auch sehr viele ein, die durch Arbeitslosigkeit in vorübergehende Not geraten sind und denen man ohne weiteres anseht, daß sie nur ungenügend, nur unter dem Druck widriger Verhältnisse an diesem Orte weilen, wo man den Aufenthalt im erwärmten Raum als Wohlthat hinnimmt. So mancher beschäftigungslose Arbeiter, der nur eine Schlafstelle inne hat, in der ihm der Aufenthalt am Tage nicht verdammt ist, lechzt, von der Suche nach Arbeit erschöpft und durchfroren, auf kurze Zeit in der Wärmehalle ein, wenn ihm seine Mittel nicht mehr erlauben, etwa ein Schanklokal zu besuchen.

Im Durchschnitt halten sich jetzt etwa 1000 Personen täglich in der Wärmehalle auf. Es ist gewiß ein erschreckendes Maß von Jammer und Elend, welches durch diese Armen repräsentiert wird, aber das kann erfreulicherweise als guttugend gelten: Die herrschende Arbeitslosigkeit, so schwer sie auch auf der Arbeiterklasse lastet, hat bis jetzt noch nicht vermocht, die Reihen der im tiefsten Elend Lebenden in so hohem Maße zu vermehren, als vielleicht von mancher Seite angenommen wurde. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß es den Arbeitern leicht sei, die Unbilden der Arbeitslosigkeit zu tragen, oder daß unter ihnen kein fühlbarer Notstand herrsche. Wer einen Blick in die Gassen der Proletarier wirft, in die Räume der Mietskasernen in den Arbeitervierteln, der wird Not und Entbehrung genug finden. Aber der Arbeiter von heute wehrt sich mit aller Kraft gegen das Hinabsinken ins Lumpenproletariat. Er schlägt sich auch in Zeiten der Not durch, so gut oder vielmehr so schlimm es gehen will, und verschmäht mit berechtigtem Stolz die Quanspruchnahme von Almosen und Wohlthaten, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

Auch das ist ein Erfolg der modernen Klassenbewegungen Arbeiterbewegung, daß sie dem Proletarier, der an Kampf gewöhnt ist, gelehrt hat, auch der Not trotz die Stien zu bieten, sich nicht vom Elend unterkriegen zu lassen, sondern unverzagt dagegen anzukämpfen. Sind doch die wirtschaftlichen Mächte, welche zur Zeit viele Tausende von Arbeitern zu Mangel und Entbehrung verurteilt haben, dieselben, gegen die sich der Befreiungskampf der Arbeiterklasse richtet.

Das letzte Standbild in der Siegesallee ist gestern vormittag enthüllt worden. Johann Georg heißt, wie nebenher bemerkt sei, der Held dieses Denkmals. Die Feier vollzog sich ebenso, wie bei der ersten und durchweg bei den anderen Enthüllungen; es wurden mehrere Orden verteilt, u. a. auch einer vom Koenig Adler 4. Klasse an den Schöpfer des Standbildes, Bildhauer Wolff. Zugleich wird berichtet, daß außer dem Kaiser Herr v. Bülow mit einigen preussischen Ministern zur Stelle war und auch, daß der eingeladene Oberbürgermeister Rischner vom Kaiser mit einem Händedruck beehrt wurde. Ferner waren noch die Schüler des Gymnasiums zum Grauen Kloster zugegen, weil diese Anstalt vom Kurfürsten Johann Georg gegründet worden ist.

Die Nachricht, daß Kaiser Wilhelm beabsichtige, die Siegesallee mit Hohenzollernstandbildern zu versehen, wurde, wie erinnerlich sein wird, am 27. Januar 1896 zuerst dem „Vorwärts“ und dann in einer Extra-Ausgabe des „Reichs-Anzeigers“ bekanntgegeben. Es dauerte drei Jahre, bis die ersten Figuren enthüllt waren; dann aber fielen sich die beiden Reihen der Allee in schneller Folge. Peinliches Aufsehen erregte es, als am 22. Oktober 1899 einige der Standbilder von Unbekanntem zerstört wurden.

Darüber, daß von einem künstlerischen Wert bei den Standbildern oft nur sehr bedingt gesprochen werden kann, ist namentlich auf bürgerlicher Seite seit Jahren soviel geschrieben worden, daß sich heute jedes Wort der Kritik erübrigt. Es kommt dem wohl auch mehr der „patriotische“ Wert der Siegesallee in Betracht als der künstlerische. Nun ist es ja allerdings eine Frage, ob der Jwed, beim Anblick der Standbilder die monarchischen Gefühle zu festigen, im Publikum erreicht wird. Unsere Zeit ist außerordentlich nüchtern und liebt es, statistische Zahlen bei allen möglichen Anlässen in Betracht zu ziehen. Die Zahl der in der Siegesallee mit einem Denkmal beehrten Fürsten beträgt einige dreißig. Hieron ist die größere Hälfte dem Volke überhaupt nicht in Erinnerung; man weiß nicht, ob Otto der Pauls oder Albrecht II. als Fürst gut, schlecht oder mittelmäßig war. Einzige der Umfand, daß sie nach geschichtlicher Ueberlieferung in der Park über-

haupt residierten, hat es bewerkstelligt, daß ihr Name dem im Tiergarten lustwandlungen Publikum bekannt wird. Wäre aber unter diesen Fürsten ein Mann von hervorragenden Gaben gewesen, so würde sein Name sich gewiß wie so mancher andre aus dem Mittelalter — wir nennen nur Berthold Schwarz — im Andenken des Volkes erhalten haben. Dann kommt die Reihe der Monarchen, die noch in lebendiger Erinnerung sind. Zwei sind darunter, denen nach preussisch-patriotischer Anschauung der Name eines Großen zukommt: Kurfürst Friedrich Wilhelm und König Friedrich II. Als charakteristische Erscheinung mag noch Friedrich Wilhelm I. mitzählen. Unter einigen dreißig Fürsten von Gottesgnaden, die in der Siegesallee verherlicht sind, sind zwei oder drei, welche rein kraft ihrer Persönlichkeit historische Bedeutung erlangt haben. Ueberwältigend wird ein ehrlüchder Monarchist dies Resultat gerade nicht nennen können. Wir haben denn auch noch nicht gehört, daß von den zahlreichen Leuten, um deren Monarchismus es bedenklich steht, nach einem beschaulichen Wandel durch die Siegesallee einer andern Sinnes geworden wäre.

Die Verpflegung der „Haltekinder“ liegt bekanntlich in Berlin noch sehr im Argen. In der kürzlich abgehaltenen Versammlung hiesiger Waisenträte hatte ein Waisenvater angefragt, wie es möglich sei, daß Frauen, die bei den Waisenträten um einen Waisenvater bitten, von der Waisenvaterverwaltung aber abgewiesen werden, wegen zu kleiner Wohnung etc., doch alsbald sich „Haltekinder“ anschaffen. Amtsgerichtsrat Dr. Köhne gab die sehr bezeichnende Antwort, daß die Polizei keine höheren Anforderungen stellen könne, weil sonst die Haltekinder ein höheres Pflegegeld von den Angehörigen der Ziehkinder beanspruchen würden; dies würde dahin führen — da die Angehörigen es nicht würden zahlen können —, daß die Kinder außerhalb Berlins, wo meist gar keine Kontrolle besteht, untergebracht werden würden. Der bekannte Pastor Distellamp empfahl, die Kinder aufs Land zu geben. Eine Kontrolle sei aber nötig. Er hofft, daß der Erziehungsverein und die Kirche der Frage der Veranlassung näher treten werden. Die in der Waisenvaterverwaltung thätige Frau Schaaf wies darauf hin, daß in der Provinz in dieser Sache noch viel Sorglosigkeit herrsche, da es vorkomme, daß eine Frau 6-7 fremde Kinder in Pflege habe. Im übrigen trat sie für besoldete Aufseherinnen in Bezug auf die Ueberwachung der in fremde Pflege gegebenen Säuglinge ein.

Unter der Spitzmarke „Socialdemokratische Heuschreck“ richtet die reaktionäre Schmutzpresse wegen einer von mir geleiteten Verteidigung gegen meinen Bruder und unsere Partei einen Angriff, dem ich um deswillen einige Zeilen widmen will, weil er ein vorläufiges Exempel sozialistischer Kampfesweise darstellt. Der Angriff zielt in der nur des Deutschen Brügelers würdigen Behauptung, ich hätte vielschichtige Vexialitäten einer Mutter, der Arbeiterchefrau Neumann, gegen ihr eigenes Kind zu beschönigen und zu entschuldigen versucht. Zur Grundlage dient ein leider mangelhafter Gerichtsbericht, der auch in den „Vorwärts“ gekommen ist.

Zur Steuer der Wahrheit sei bemerkt: Nicht mit einem Wort entschuldige, sondern bestritten habe ich die „barbarischen Mißhandlungen“ der Angeklagten, die in wesentlichen nur von einer ihr feindlichen Zeugin erheblich belastet wurde, während eine ganze Zahl einwandfreier Zeugen jede ausschweifende Mißhandlung nahezu ausschloß. Augenzeugen von Mißhandlungen oder auch nur Züchtigungen sind überhaupt nicht vorhanden. Der Angeklagten standen vortreffliche Zeugnisszeugen zur Seite. Das Kind war mit manchen bösen und gefährlichen Lastern behaftet, die seine häufige Züchtigung in der Schule und durch den Vorkund veranlaßten, und schließlich wegen der Gefahr für die Mitspielende seine Entfernung aus dem Marienstift zu Frankfurt a. O. erforderlich machten. Ja präcisierte gegenüber dem in seiner Zeit arg bedrängten Gerichtshof ausdrücklich in meinem jeglicher Präzedenzfall abholden Standpunkt, wies aber darauf hin, daß bei dem Charakter des Kindes für die natürlich nicht pädagogisch ausgebildete und durch Krankheit und Schwangerschaft leicht erregbare Angeklagte ein etwas anschießiger Gebrauch der Geißel noch als zu vollkommener ungebrauchter Weise menschlich verständlich sein und innerhalb der gesetzlichen Grenzen liegen würde. Doch ich noch jetzt von der Unschuld der Angeklagten überzeugt bin, sei ausdrücklich betont.

Vorläufig ist mir das Urteil unverständlich. Ich bin begierig, aus seiner schriftlichen Abfassung diejenige Begründung zu entnehmen, die ich mir bisher nicht konstruieren kann.

Berlin, den 16. Dezember 1901.

Th. Viehnecht.

Die Konfiskation der Weihnachtszeitung „Arbeitslos“, welche die Polizei vorgestern auf Veranlassung des Staatsanwalts in den Räumen unsrer Druckerei bewerkstelligte, ist, soweit die Motive dieser Maßregel in Betracht kommen, auch heute noch nicht aufgeklärt. Eine hiesige Zeitung nimmt denn auch an, daß die Festchrift freigegeben werden müsse und daß der ganze Effekt der staatsbrechenden Aktion auf eine ungewollte Bekanntheit für das beschlagene Kunstblatt hinauslaufen würde. Gestern vormittag wurden unsre Parteigenossen Wundbrückermeister Sading und Doktor Rosen zu einer Vernehmung auf das Polizeipräsidium beschiefen. Wie scharf der Wind weht, zeigt der Umstand, daß an den Verlag das eigentümliche Verlangen gestellt wurde, die Besteller und Empfänger der nicht beschlagnahmten Blätter zu nennen, und daß die Behörde dann, als man diese Einladung dankend ablehnte, sämtliche Geschäftsbücher mit Beschlag belegte! Wir haben ja in früherer Zeit schon ähnliches überstanden und sind nicht zum wenigsten dank der belamten Staatsreiterei stärker und größer geworden. So wollen wir denn in Gemütsruhe auch die Wirkungen der neuesten staatsbrechenden That abwarten.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 19. Dezember d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Berichterstaltung über die Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl: 1. des Stadtv. Jofice; 2. des Stadtv. Karl Goldschmidt. — Vorlagen betreffend: die Wahl des Herrn Stadtrats Kaufmann zum zweiten Bürgermeister von Berlin, — die Feier des Geburtstages des Kaisers, — die Etats für die Verwaltung der städtischen Feuer-Societät für 1. Oktober 1901/1902 und für den städtischen Hafen am Urban für das Etatsjahr 1902, — die Ferienordnung an den höheren Lehranstalten für das Schuljahr 1902, — und die Einrichtung des jetzigen Sanatoriums Gättergoy als Heimstätte für brustkrante Männer und die Belegung der Heimstätte Malchow mit brustkranken Frauen. — Beantwortung der Anfrage von Mitgliedern der Versammlung, betreffend Arbeitslosigkeit, — die Verückichtigung früherer Dienstzeit bei späterer Pensionierung bezw. Rekrutierung eines Stadtschulrats. Außerdem findet statt: um 6 Uhr eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bezw. Vornahme der Wahl von 8 Mitgliedern und 8 Stellvertretern des Steuer-Ausschusses der Gewerbesteuerklasse I für den Verwaltungsbezirk Berlin für die Steuerjahre 1902, 1903 und 1904 und eines weiteren Mitgliedes und Stellvertreters zum Zwecke der Veranlagung der Warenhaus-Steuer.

Das Pergamon-Museum wird vom 20. Dezember ab wochentäglich mit Ausnahme der Montage, dem Publikum zugänglich sein. An den ersten Feiertagen und am Reunjahrstag, Charfreitag,

Himmelfahrtstag und Bußtag ist es geschlossen. An Sonn- und zweiten Feiertagen wird es im Dezember und Januar von 12 bis 3 Uhr, Februar und November bis 4 Uhr, im März und Oktober bis 5, vom April bis September von 12-6 Uhr geöffnet sein. Am Donnerstag, 19. Dezember, findet von 10-3 Uhr eine Vorbesichtigung durch geladene Gäste statt. Der Eingang zu dem Museum befindet sich bei der hinter der Nationalgalerie befindlichen Säulenhalle.

Die Verdrängung der Wohnhäuser durch Geschäftshäuser hat in den inneren Stadtteilen Berlins in der letzten Zeit weitere Fortschritte gemacht. Sie kommt zum Ausdruck in der ständigen Verminderung der Grundstücke wie der Wohnungen und Gassen, die sich aus der Zusammenlegung von Grundstücken und aus der Schaffung großer Geschäftsräume ergibt. Von Ende 1899 bis Ende 1900 haben sich im Standesamtsbezirk I (Berlin-Mitte-Dorotheenstadt-Friedrichswerder) die Grundstücke wieder von 1600 auf 1639 und die Wohnungen einschließlich Dienst-, Geschäfts-, Arbeits- und Lagerräume von 14862 auf 14224 vermindert. Ähnlich ist im Standesamtsbezirk II (Friedrichstadt) im letzten Jahre die Zahl der Grundstücke von 1553 auf 1532, die der Wohnungen usw. von 19102 auf 18832 herunter gegangen. Auch im Standesamtsbezirk IX (Spanbauer Viertel) und im Standesamtsbezirk III (Potsdamer Viertel) sind kleine Verminderungen eingetreten, die in derselben Weise erklärt werden müssen.

Gesundheitwidrige Heizungsverhältnisse herrschen, wie berichtet wird, in der 31. Gemeindegasse, die sich auf dem Grundstücke der Johannisikirche, Al-Moabit 23, in einem schon ziemlich alten Gebäude befindet. Von den 14 Klassen dieser Anstalt werden fünf durch Kachelöfen gut erwärmt, während neun die veraltete Kachelheizung haben. Bei dieser sind, damit die Luft nicht zu trocken wird, Wasserfassungen angebracht worden. Infolgedessen dringt namentlich in die in den unteren Stockwerken gelegenen Klassen ein starker Wasserdampf, der sich an den kalten Wänden niederschlägt, so daß diese vollständig feucht sind. Ferner ist es in manchen Klassen übermäßig heiß, in anderen viel zu kalt, als daß Kinder darin stundenlang sitzen können. Es wäre zu wünschen, daß diesen Uebelständen während der Weihnachtsferien abgeholfen wird.

Eine gastwirtschaftliche Sachausstellung findet im kommenden Frühjahr in Berlin in den Räumen des Feenpalaisses statt. Veranstaltet wird das Unternehmen von dem Verband der Gast- und Schankwirte Berlins und der Umgegend, dem sich auch der Verein der Varietés- und Konzerthaus-Inhaber, sowie der neugegründete Verein der Cafetiers angeschlossen haben. Die Ausstellung soll sich nicht auf die gastwirtschaftlichen Bedarfsartikel beschränken, sondern um auch beim großen Publikum Interesse zu erwecken, die Leistungen der Berliner Restaurants und Cafés in Bezug auf Küche und Keller, auf das Zubereiten und Servieren vorführen.

Zur Umänderung der Wasserversorgung der Stadt Berlin ist jetzt der erste Schritt gethan. Die ältere Anlage des Werkes Tegele liefert seit einiger Zeit täglich etwa 35 000 Kubikmeter Brunnenwasser in den westlichen Teil von Berlin. Der weitere Umbau des Werkes ist leider dadurch verzögert worden, daß bei den Verhandlungen über den Grundwerb für die neu zu schaffende Brunnenanlage bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden waren; es ist jetzt jedoch Aussicht vorhanden, daß diese bald beseitigt sein werden. Die gesamte Ueänderung der Wasserversorgung wird noch mehrere Jahre erfordern, da aus Betriebsrückichten der Umbau nur während des Winters und nur für die einzelnen Teile der Werke nacheinander vorgenommen werden kann.

Spekulation auf die Eitelkeit. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Polizeidirektion in Wien macht darauf aufmerksam, daß die gewerbenmäßige Vermittlung des Titels eines österreichischen Hoflieferanten sowie ausländischer Ordensdekorationen durch Inserate, Annoncen und im brieflichen Wege neuerdings wieder häufiger angeboten wird. Sie warnt das Publikum vor derartigen irreführenden Anerbietungen mit dem Bemerkten, daß solchen Personen, die sich als Vermittler anbieten, jeder Schein von Berechtigung dazu fehlt und daß deren Tätigkeit statt irgend welchen Erfolgs zu haben, selbst an sich vielleicht berechtigten Wünschen hinderlich sein würde. Da derartige Vermittlungsgeschäfte auch von Berlin aus getrieben zu werden scheinen, wird auch das deutsche Publikum auf diese Warnung aufmerksam gemacht. Das verständigte Mittel gegen derartige Betrügereien hat seiner Zeit Joseph II. erdacht. Er führte eine amtliche Taxe für Titel und Orden ein und überließ die Artikel jedem Zahlungsfähigen. Ein Grafendiplom war für 20 000 Gulden zu haben; ein Fürstendiplom hatte der Graf Palm im Jahre 1783 mit einer halben Million zu bezahlen.

Ein Jubiläum. Ein volles Jahr befindet sich am Freitag der Bankdirektor Kommerzienrat Eduard Sanden in Untersuchungshaft. „Geh mit Gott!“ rief dem frommen Mann beim Abschied seine Frau zu, und knüpfte daran den Ausdruck der Hoffnung baldigen Wiedersehens, welche sich, wie man sieht, nicht erfüllt hat. Sondern war der erste von den bei dem Bankenkraak beteiligten Direktoren, der verhaftet wurde, die andern folgten bald nach.

Die Spree und Havel gehen seit gestern früh mit 2 Zoll starken Eiskollen in beträchtlicher Menge. Vor den Schleusen stauten sich die Eiskollen in solcher Stärke an, daß sie mehrere Male zur Verminderung des Druckes beseitigt werden mußten. Die Schifffahrt ist fast gänzlich eingestellt.

Ein angenehmer Arbeitgeber. Ein Nachspiel vor dem Strafgericht wird ein Vorfall haben, der sich der „Volks-Ztg.“ zufolge Dienstagnachmittag in der Neuen Hofstraße zutrug. Der 36 Jahre alte Droßkalkantler Franz Bökel aus der Kolbergerstr. 31 war fünfzehn Monate lang bei dem Fuhrherrn Gustav Hordel in der Neuen Hofstr. 30 beschäftigt und verließ dann die Stellung. Nun hatte Hordel den Kutscher nicht zur Krankenliste angemeldet und mußte erst gerichtlich dazu gezwungen werden. Als dann Bökel auf Veranlassung des Gerichts bei dem Fuhrherrn erschien, um das verweigerete Abgangszeugnis zu verlangen, erhielt er von der Tochter Hordels die Antwort, ihr Vater schlafe augenblicklich. Das wiederholte sich noch zweimal. Am Dienstag aber wollte sich Bökel nicht mehr abwenden lassen und klingelte noch einmal. Die Folge war, daß der schlafende Fuhrherr nun aus seinem Zimmer heransam, auf den eintretenden Kutscher einschlug und ihn schließlich die Treppe hinunterwarf. Mit einer Kaffenden Kopfwunde, Rippenverletzungen und andern Verletzungen wurde Bökel nach der Charité gebracht, wo er schwer darniederliegt.

Palettsdiebe. Ein Heberzieher-Diebstahl wurde am Dienstag wieder in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg verübt. Es ist das schon der Fünfte in diesem Semester. Der Verlust ist für den Betroffenen, den Studenten des Vaukachs Dubois, deshalb besonders empfindlich, weil der Heberzieher eine Arbeit barg, die mit ihren Zeichnungen etc. die Frucht dreijähriger Studien und Mühen darstellt. — In der Charité stahl am Dienstag ein Palettsdarber den Heberzieher eines Studierenden, der die Vorlesungen der medizinischen Klinik besuchte. Dieb und Heberzieher wurden aber noch am selben Abend ermittelte. Der Festgenommene ist ein ehemaliger Kutscher Herrmann, der in seinen früheren Stellungen bei Lieferungen öfter nach der Charité gekommen war und daher so gut Bescheid wußte, daß er sich einschleichen konnte. Beim Vergehen des Heberziehers gefaßt, gab er an, daß er ihn von einem Unbekannten für 10 M. gekauft habe. In seiner Wohnung fand die Kriminalpolizei noch mehrere Pfandscheine. — Ein anderer Warden, der in großen Restaurationen und Kaffeehäusern sein Unwesen trieb, wurde

Unter den Linden festgenommen. Der junge Mann trug ein Couleurband, um einen etwaigen Verstand von sich abzulenken, wem er irdnisch an falsche Ueberrichter geriet. Blüthigst eskamotierte er Brief- und Cigarrentaschen oder was er sonst fand, aus dem ausgeführt feinsten Ueberzieher heraus, steckte sie in seinen Ueberzieher, den er anschließend immer erst nach längerem Suchen aus der Menge herausfand, und verschwand mit der Beute. In einem Café unter den Linden ertrapp, legte er sich auf dem 38. Rezier einen falschen Namen bei, bekannte aber vor der Kriminalpolizei, der 24 Jahre alte ehemalige Buchhalter Adolf Wegener zu sein, und räumte 15 derartige Diebstähle ein.

Durch einen Sturz in den Keller wurde gestern die 40 Jahre alte Tischlerfrau Anna Gödel aus der Oderbergerstraße 48 schwer verletzt. Sie war bei einem Freundin in dem Nachbarhause Nr. 45 zu Besuch und wollte für diese etwas aus dem Keller heraufholen. Dabei fiel sie über die acht Stufen zählende steinerne Wendeltreppe kopfüber in den Keller hinab und zog sich eine schwere Wunde am Hinterkopf und zwei Rippenbrüche zu. Die Rettungswache in der Kastanienallee legte die Verunglückte mit einem Säckenwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen.

Ein Hochstapler, der es sogar verstand, seinen Hauswirt anzupumpen, ohne daß diesem einen Pfennig Miete bezahlt, ist der angeblühete Rentier v. Wendtstein, der zuletzt in der Eberstraße 91 in Schöneberg wohnte und jetzt von der Staatsanwaltschaft gesucht wird. Der Rentier mit dem abligen Namen mietete vor 9 Monaten eine in der zweiten Etage des genannten Hauses belegene Wohnung, die der „Steinreiche“ Mann auf das eleganteste ausstattete. Trotz seines Vermögens war jedoch der Rentier nicht in der Lage, die Miete sofort zu zahlen, da er flüchtig Geld nicht beschafte und bei dem niedrigen Stand der Kurse Wertpapiere ohne bedeutende Verluste nicht verkaufen konnte. Ja, Herr v. W. geriet dazwischen in Verlegenheit, daß er sich nicht einmal etwas zu essen kaufen konnte. Der mehrmals gutmütige Hauswirt kam gern dem Wunsche seines noblen Mieters, ihm eine größere Geldsumme zu leihen, nach. Der Rentier mußte ja in der nächsten Zeit wieder flüchtiges Geld erhalten und wollte dann volle Zahlung leisten. Endlich nach mehreren Monaten war v. W. in der Lage, seinem Wirt das Geld überweisen zu können, und er übergab ihm über den fraglichen Betrag einen Check auf die Deutsche Bank. Das Papier wurde jedoch nicht honoriert, weil v. Wendtstein ein Guthaben bei diesem Institut nicht besaß. Er gab nunmehr einen Befehl, der mehrfach prolongiert wurde und schließlich zum Protest ging. Als nun dieser Tage ein Rotar an der v. W.'schen Wohnung erschien, war der Acceptant nicht zu Hause, und da er mehrere Tage hindurch nicht gesehen worden war, ließ der inzwischen mißtraulich gewordene Hausbesitzer die Wohnung gewaltsam öffnen. Die Zimmer waren fast vollständig ausgeräumt und nur einige Möbelstücke fanden sich vor. Wie sich nun herausstellte, war die Einrichtung nicht Eigentum des v. W. gewesen, vielmehr hatte er sie auf Abzahlung aus einem Möbelgeschäft in der Potsdamerstraße entnommen und war natürlich auch hier die Raten schuldig geblieben. Die Geschädigten haben Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Da das Verbrechen des Herrn Rentier bisher noch wenig bekannt ist, so dürften sich jedenfalls noch weitere Personen melden, die ihm zum Opfer gefallen sind.

Festgenommen wurde durch die hiesige Kriminalpolizei ein Mann, welcher im Verdacht steht, den Raubmordversuch auf den Vorsteher der Station Schönehauser-Damm und die Frau des Bahnwärters Ritter in Schönehausen verübt zu haben. Der Verhaftete, welcher über seine Persönlichkeit falsche Angaben macht und dessen richtiger Name noch nicht festgestellt werden konnte, ist vor etwa zehn Tagen in Berlin eingetroffen und hat sich hier vagabondierend aufgehalten. Da der Verdacht über sein Verbrechen in den Tagen vom 30. November bis zum 3. Dezember keine Angaben zu machen vermag, auf ihn die über den Raubmord gegebene Beschreibung genau paßt und er außerdem auch einen Revolver bei sich führte, so rechnet man damit, daß der Verhaftete mit dem Räuber identisch sei. Befährt wird die Annahme durch den Umstand, daß der Mörder nachgewiesenermaßen in der Richtung nach Berlin entflohen ist.

Unfall im Circus. Im Circus Schumann wurde der „Berl. Jg.“ zufolge der Reiter Carl Jungmann gestern abend in der Reitbahn beim Aufhalten eines Pferdes geschlagen und anschließend schwer verletzt.

Feuerbericht. Die Nacht zum Mittwoch brachte zahlreiche Alarmerungen, so daß der größte Teil der Löschzüge teilweise unterwegs war. In allen Fällen handelte es sich jedoch um unbedeutende Brände. Gegen Mitternacht wurde die Wehr gleichzeitig nach drei verschiedenen Stellen gerufen. Mitterst. 23 hatten Holzstoßten Feuer gefangen, während Schwerestr. 6 Kleidungsstücke und ein Sofa in einem Wädchengelaß brannten. Reinoldsdorferstr. 68 war Feuer übergebrochen. Dienstadtgebäude 6 Uhr erfolgte ein Ausbruch nach Admiralsstraße 40a, wo die Strohverpackung in einem Porzellananker in Flammen aufging. Zur selben Zeit wüthten Raupackstr. 5 und Thaeersstraße 14a unbedeutende Brände beseitigt wurden. Gegen 8 Uhr wurde die Wehr nach der Königsgraberstraße gerufen, wo vor dem Hause 114 eine Frau von der elektrischen Straßenbahn überfahren war. Die Schwerverletzte wurde nach der Unfallstation gebracht. Alarmierungen nach Lindowwerstr. 13 und Kolbergerstr. 23 betrafen Wohnungsbrände, die aber von der Wehr schnell beseitigt werden konnten. Außerdem wurde die Wehr noch nach Wilhelmstr. 11, Friedenstr. 100 und nach der Rigauerstraße gerufen, wo es sich jedoch durchweg um unbedeutende Anlässe handelte.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Stadterordneten-Sitzung am Montag beschloß dem Antrag des Wahlprüfungs-Ausschusses gemäß, die Wahlen des Oberlehrers a. D. Dr. Müller sowie die des Genossen Obst, gegen die Protest erhoben war, für unzulässig zu erklären. — Eine eingehende und interessante Debatte lief der bereits einem Ausschuss vorgelegene Magistratsantrag hervor, die Errichtung einer städtischen Gasanstalt in die Wege zu leiten. Stadtv. Gehrt wünschte die Angelegenheit in geheimer Sitzung zu erledigen. Dagegen wandte sich aber der erste Bürgermeister, so daß der Antragsteller unter allgemeiner Heiterkeit seine Absicht aufgeben mußte. Nachdem u. a. auch Genosse Obst die Magistratsvorlage befürwortet hatte, indem er betonte, daß die Kommune sich dann auf lange Zeit der Englischen Gasgesellschaft ausliefern würde, da nach einem weiteren Verträge auf 20 Jahre es zur Unmöglichkeit würde, die der Gemeinde jetzt noch zur Verfügung stehenden Ländereien zur Erbauung einer eigenen Gasanstalt zu erhalten, wurde gegen eine Stimme beschlossen: „Der Magistratsvorlage zur Errichtung einer eigenen Gasanstalt unter Nichterneuerung des mit der Englischen Gasanstalt im Jahre 1904 ablaufenden Vertrages zuzustimmen und die Vorbereitung des Kaufs eines für die eigene Gasanstalt erforderlichen Grundstücks einer gemischten Deputation, bestehend aus 3 Magistratsmitgliedern und 6 Stadterordneten, zu übertragen.“

Eine andre, sehr wichtige Angelegenheit betraf die Errichtung eines statistischen Amtes zum 1. April 1903 in Verbindung mit dem Melde- und Wahlbureau. Bezüglich der Wohnungsstatistik sollen die in Berlin und Charlottenburg bereits in Geltung befindlichen Fragebogen benutzt werden. Die Erhebung über leerstehende Wohnungen soll alljährlich im Mai und November, die über Neu- und Umbauten alljährlich im Januar stattfinden. Dem Antrage, betr. Bewilligung von 1000 M. für die sachlichen Kosten und 1500 M. für einen im Nebenamt anzustellenden wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, wurde gegen vier Stimmen zugestimmt.

Mit der Frage der Eingemeindung der Hasenheide beschäftigte sich die Gemeindevertretung von Tempelhof in ihrer letzten Sitzung. Der Tempelhofer Teil der Hasenheide, welcher Berlin einverleibt werden soll, zählt zur Zeit 2300 Einwohner und liefert einen Reinertrag von 25 000 M. an jährlichen Abgaben. Die Gemeindevertretung beschloß deshalb, von Berlin entweder eine ein-

malige Entschädigung von 625 000 M. oder eine Jahresrente von 20 000 M. auf 6 Jahre, oder die Verlängerung des Vertrages auf unentgeltlichen Ankauf und freie Benutzung des Berliner Druckrohrs auf weitere 20 Jahre zu verlangen. Die für die Hasenheide angestellten Beamten sollen auf Verlangen der Tempelhofer Gemeinde von Berlin übernommen werden.

Gerichts-Beilage.

Die klagenden Kriegervereine. Gegen die Kriegervereine richtete sich ein Artikel, der anfangs Juli in der „Welt am Montag“ erschien und von dem Schriftsteller Hans Leuh verfaßt worden war. Eine ganze Anzahl, den verschiedensten Ständen angehöriger Personen faßte sich durch den Artikel beleidigt und stellte gegen den Verfasser, sowie gegen den verantwortlichen Redacteur Ludwig von der „Welt am Montag“ Strafantrag. Der Strafantrag war ferner von dem Vorsitzenden des Bundes der Kriegervereine und des preussischen Verbandes General v. Spitz gestellt worden. Gestern fand gegen die Genannten die Verhandlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I statt. Der beantragte Artikel gipfelte darin, daß die Kriegervereine zu politischen Zwecken gemißbraucht würden. Solche Mitglieder, die in den Verdacht gerieten, socialdemokratischen Ansichten zu hulbigen, würden bei den Wahlen beobachtet und aus dem Verein ausgeschlossen. Durch ein derartiges Verfahren würden Heuchelei und ein widerwärtiges Strebertum in den Kriegervereinen großgezogen, es sei durchaus angebracht, diese Mißstände als eine öffentliche calamität zu bezeichnen. Der Angeklagte Leuh behauptete, daß ihm eine Beleidigung der Strafantragsteller ferngelegen habe. Natürlich bezog sich seine Beschauptungen nicht auf die Kriegervereine im allgemeinen, es seien der Fälle, in denen Mitglieder ihrer politischen Gestaltung wegen aus den Vereinen ausgestoßen worden seien, aber so zahlreiche, daß er sie unmöglich einzeln habe aufführen können. Staatsanwalt Schmidt hielt die den Kriegervereinen gemachten Vorwürfe für schwer beleidigend. Er war ferner der Meinung, daß diese Vereine „benamtlich“ eine weitverzweigte Organisation bildeten, in der Vaterlandsliebe, Königstreue und Wohlthätigkeit gepflegt werden solle. Daß diejenigen Mitglieder, von denen man diese Eigenschaften nicht erwarten könne, ausgeschlossen müßten, sei doch nur natürlich. Der ironische Ton, in dem der ganze Artikel gehalten sei, lasse ferner nicht daran zweifeln, daß der Angeklagte von einer beleidigenden Absicht geleitet worden sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen Leuh eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, gegen Ludwig 300 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger, Justizrat Th. Friedmann, wandte sich zunächst gegen das Strafmaß, dessen Höhe eine werthvolle Beschränkung der Pressfreiheit bedeute. Der Artikel selbst enthalte nur eine berechnete Kritik. Es sei auch nicht zutreffend, daß dadurch die einzelnen Mitglieder der Kriegervereine sich beleidigt fühlen könnten, ebenso wenig wie — nach der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts — die gesamten Juden sich beleidigt fühlen könnten, wenn sie in abfälliger Weise durch die Presse beurteilt würden. Die Kriegervereine setzen sich aus allen möglichen Berufsständen zusammen, Generale und Altenheister gehören zu ihren Mitgliedern, und die Zahl sämtlicher Mitglieder belaufe sich auf gegen eine Million. Er halte den Strafantrag nicht für berechtigt und beantrage schon aus diesem Grunde die Freisprechung. Der Angeklagte Leuh suchte in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß seine Kritik nicht die Grenzen des Erlaubten überschreite. Auch im Reichstage habe man die in den Kriegervereinen herrschenden Mißstände zur Sprache gebracht. Er sei der Ueberzeugung, daß nur durch öffentliche Besprechung in der Presse Abhilfe geschaffen werden könne. Daß die gerügten Mißstände in mindestens 50 Fällen vorgekommen seien, das sei er bereit, den Beweis der Wahrheit anzutreten. Seine Anträge seien in diesem Falle allerdings so umfangreich, daß er sie dem Gerichtshofe nicht auf der Stelle zu unterbreiten vermöge, sondern hierzu um einige Tage Frist bitte. Der Gerichtshof beschloß, den Beschluß über die etwa notwendige Beweisführung am Montag, den 23. Dezember, mittags 12 Uhr bekannt zu geben und stellte dem Angeklagten Leuh anheim, seine Anträge bis dahin einzureichen.

Diebstähle an Kunstgegenständen und Antiquitäten wurden dem Handlungsgehilfen Max Hahn und dem Kiffer Alfred Krüger zur Last gelegt, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I standen. Der Tischlermeister Friedrich Adam, der sich wegen Hehlerei zu verantworten hatte, sollte den größten Teil der gestohlenen Gegenstände für einen billigen Preis an sich gebracht haben. Im Februar d. J. kamen im Werthe eines solchen Kaufhause auffallend viele Diebstähle an Figuren vor. Es verschwanden besonders wertvolle Gegenstände von Bronze, darunter eine Bismarckfigur, die mit 150 M. ausgezeichnet war. Der Gesamtwert der gestohlenen Gegenstände belief sich auf fast 1800 M. Es gelang nach längerer Zeit, die Diebe in den Personen der beiden ersten Angeklagten zu ermitteln. Sie waren gefänglich, gaben den dritten Angeklagten als ihre Abgabestelle an und verwickelten auch diesen dadurch in das Vergehen. Es stellte sich heraus, daß Hahn und Krüger auch aus dem Gewerbebureau eine Pflasterherme entwendet hatten. Sie wiederholten ihr Geständnis vor Gericht. Der Angeklagte Adam bestritt dagegen seine Schuld. Er führte zu seiner Entlastung an, daß er hochlebende Personen zu seinen Kunden zählte, welche in seinem Geschäft nicht nur moderne und altertümliche Möbel kauften, sondern auch dazu passende Gegenstände, welche zur Aufschmückung dienen. Es komme häufig vor, daß Diener im Auftrage ihrer Herrschaft derartige Kunstgegenstände zu verkaufen hätten und dies habe er auch angenommen, als er das erste Mal eine Vrongeubr von Hahn ankaufte, ohne sich einen genügenden Ausweis über die Persönlichkeit des Verkäufers vorlegen zu lassen. Später habe er sich dagegen eine Legitimation vorlegen lassen, die sich allerdings als gefälscht erwiesene habe. Für seinen guten Glauben spreche auch der Umstand, daß er zwei von den erworbenen Gegenständen sofort in seinem Schaufenster ausgestellt habe. Der als Sachverständiger vernommene Kunsthändler Lepke begutachtete, daß der von dem Angeklagten Adam gegebene Preis einen besonderen Verdacht nicht erregen könne, der Angeklagte hätte aber immerhin eine größere Vorsicht anwenden müssen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß Adam sich in zwei Fällen der einfachen Hehlerei schuldig gemacht habe und beantragte gegen ihn drei Monate Zuchthaus, gegen Hahn 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus und gegen Krüger ein Jahr Gefängnis. Der Verteidiger Adams, Rechtsanwält Dr. Bechauer, trat für die Freisprechung dieses bisher gänzlich unbekanntes Mannes ein. Der Gerichtshof verurteilte Hahn zu einem Jahre sechs Monaten und Krüger zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus, sowie den üblichen Nebenstrafen. Der Angeklagte Adam wurde freigesprochen.

Die Affäre Wisnacher, bei welcher es sich um Erpressungsversuche gegen Mitglieder eines deutschen Fürstenthums handelt, wurde gestern noch einmal vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I aufgerollt. Einer der Mitangeklagten, der Zimmervermieter Eger, war seiner Zeit zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurteilt worden. Rechtsanwalt Dr. Schwind hatte für ihn die Revision eingelegt, welche das Reichsgericht aus formalen Gründen als berechtigt anerkannte. Auch die gestrige Verhandlung fand unter Aufsicht der Öffentlichkeit statt und hatte das Ergebnis, daß Eger wiederum zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Vermischtes.

Marconis neueste Experimente. Den „Times“ wird aus St. Johns (Neufundland) gemeldet: Marconi versichert, die Zeichen, die er am Donnerstag und Freitag vernahm, waren deutlich und unabweisbar. Ehe Marconi aus England abreiste, telegraphierte er 225 englische Meilen weit zwischen Boldhu und Crookhaven. Die

Stärke der Zeichen überzeugte ihn, daß er noch zehnmal weiter telegraphieren könne. Darum begab er sich nach Neufundland, wo er bewiesen hat, daß seine Theorie richtig ist. Innerhalb vier Monaten glaubt Marconi durch Errichtung seiner großen Station in Neufundland für geschäftliche Zwecke eine Verbindung zwischen beiden Hemisphären herstellen zu können. Die Anwälte der Anglo-American Telegraph Company ersuchten Marconi, seine Experimente einzustellen und seine Apparate aus Neufundland zu entfernen, da sie sonst vom obersten Gerichtshof ein Verbot der Fortsetzung seiner Arbeiten erwirken würden. Die Anglo-American Company hat in Neufundland ein Monopol für 50 Jahre, das erst in zwei Jahren abläuft. Dieses Verbot wird wahrscheinlich Marconi verhindern, seine Versuche heute dem Gouverneur und dem Premier vorzuführen. Marconi wird dann eventuell die Experimente in Neufundland fortsetzen.

Eisenbahn-Unfall. Der „Greifswalder Jg.“ zufolge ist bei Odessa eine Lokomotive mit zwei Wagon des Kleinbahnzuges entgleist und umgekippt. Der Heizer, der Lokomotivführer und mehrere Fahrgäste sind schwer, eine größere Anzahl der letzteren leicht verletzt.

An der Küste von Haraman an der Rhonemündung ist gestern der Passagierdampfer „Kleber“ durch Strömung in Gefahr geraten. Die Passagiere wurden gerettet, der Kapitän hofft, das Schiff wieder flott zu machen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Cycluskunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

2. Denkmal. Wir sind darüber nicht unterrichtet. Fragen Sie deswegen an bei Herrn Starr hier, Nooit, Bultzger 10.

Rahlmann. Sehen Sie das Adressbuch ein.

Glöbeck S. N. Das Verbreiten von Flugblättern in einem Restaurant ist, falls es nicht gewerbetreibend geschieht, straflos. § 43 Abs. 5 der Gewerbeordnung schreibt vor: „In geschlossenen Räumen ist zur nichtgewerbemäßigen Verteilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubnis nicht erforderlich“. Verbreiten Sie also solvel Hunger-Flugblätter wie Sie wollen und verlangen Sie, falls Sie angeklagt werden sollten, der Staatsanwaltschaft auch die Ihnen erwachsenen notwendigen Ausgaben aufzuerlegen.

Cl. Dr. W. Nicht Sie, sondern Ihr Vater hätte den Antrag an den Vorstand der Versicherungsanstalt zu unterbreiten, die Poßanhaft anzuweisen, hier zu zahlen. Solchen Antrag finden Sie Seite 443 Nr. 90 des „Arbeiterrechts“. Dem Antrag muß beigefügt werden. Eventuell würde Ihr Vater sich an das Reichs-Versicherungsamt mit einer Beschwerde wenden haben. — **Albert S.** 1. Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft kann ein jeder erstatten. Ihr Verein ist nicht rechtsfähig, kann daher gegen Dritte nicht klagen. 2. Sie können den Versuch einer Eintragung machen. — **G. L., Böbenerstraße.** 1. Ja, 2 und 3. Nein, 4. Verjährung tritt in zwei Jahren nach Ablauf des Jahres ein, in dem eine Forderung ist, aus einem Kauf an Waren zum persönlichen Gebrauch entfallen ist, nämlich wird, 5 und 6. Wenden Sie sich an einen Möbelhändler. — **Scholz.** Eine Eintragung an Sachen in das Güterrechtsregister giebt es nicht. Falls nichts vereinbart wird, bleibt das was Eigentum der Frau ist oder wird, der Frau, dem Mann steht aber im Verwaltungs- und Nießbrauchsrecht zu. Dies Verwaltungsrecht, Nießbrauchsrecht kann durch notariellen oder gerichtlichen Vertrag ausgeschlossen werden. Einen Entwurf zu einem Vertrag, der diese und andere für Ehegatten wichtigen Abreden enthält, finden Sie auf S. 225 Nr. 23 des den „Arbeiterrecht“ beigegebenen Hefers. Ein Vertrag, nach dem alles, was in der Ehe erworben wird, der Ehefrau allein gehören soll, wäre nicht rechtsgiltig. Das „Arbeiterrecht“ finden Sie in den öffentlichen Verkehlten. — **G. W., Nieder-Schönhausen.** Sie haben recht. — **G. W., Nauener.** Der Klageweg hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **Mis-Nooit 30, 100 000.** Ja. — **G. R. 165.** Das nicht eingetragene Stück Land gehört dem Grundbesitzer, wenn er beweisen kann, daß das Stück Acker wie sein Eigentum seit 50 Jahren behandelt ist. Sehr unwahrscheinlich ist aber, daß eine Eintragung nicht vorliegt. — **Robert J., Seiffenenddorf.** 1. u. 2. Nein. — **S. R. 79.** 1. Wenn die Geldstrafe nicht gezahlt wird, so tritt an deren Stelle Freiheitsstrafe. Die Gerichts-kasse kann ebenso wie jeder andere Gläubiger pänden lassen und muß das der Pfändung Entzogene (Unentbehrliche) belassen. — **P. S.** 1. Aus den §§ 121b, 688 Sg. (Bürgerliches Gesetzbuch) ist abzuleiten, daß der Chef, dem eine Sanktion gesprochen wird, zum Ertrag der Sanktion verpflichtet ist. Insbesondere in Ihrem Fall hätte die Klage Aussicht auf Erfolg. 2. Die Berufung dürfte aus den im ersten Urteil dargelegten Gründen aussichtslos sein. — **P. S. 10.** 1. Sie können in Ihrer Wohnung arbeiten. Der Wert kann sich nur dann dagegen wenden, wenn es sich um außergewöhnlich geräumvolle Arbeiten handelt. Keineswegs hat der Wirt das Recht, einem Sattelmacher oder einem Schuhmacherehe, der als solcher von ihm mietet, zu unterzagen, in der Mietwohnung sein Gewerbe zu betreiben. 2. Die Ergänzungsteuer oder Vermögungssteuer ist eine staatliche Steuer, keine Kommunalsteuer. Sie wird bei einem steuerbaren Vermögen von mehr als 6000 M. erhoben. Die Steuer beträgt bei 6-8000 M. 3 M., bei 8-10 000 M. 4 M. Sie erhöht sich so fort bei Steigerung von je 2000 M. Kapital um je 1 M., bis bei einem Kapital bis 24 000 M. Ein Kapital von 24-28 000 M. feuert 12 M., 28-32 000 M. feuert mit 14 M. und so fort bei Steigerung des Kapitals um je 4000 M. bis zu 60 000 M. ein höherer Steuerfuß von je 2 M., 60-70 000 M. feuert mit 30 M. Die Steuer steigt von da ab bei höheren Vermögen bis einschließlich 200 000 M. für jede angefangenen 10 000 M. um je 5 M. Bei Vermögen von mehr als 200 000 M. bis einschließlich 220 000 M. beträgt die Steuer 100 M. und steigt bei höheren Vermögen für jede angefangenen 20 000 M. um je 10 M. — **Heine.** In Deutschland läßt § 27 Wrg. der Bevölkerung als evangelisch, 35,7 Proz. als katholisch. — **W. L. 1.** Nein. 2. Ja. — **C. T. 2.** Aus Ihrer Frage ergibt nicht, welcher Fall vorliegt. Die Fälle sind verschieden je nachdem, ob Sie oder ein anderer Vater des Kindes sind und ob Sie dem Kinde lediglich Ihren Namen geben oder völlig einem anderen gleichstellen wollen. Handelt es sich, wie es scheint, nur um Namensänderung eines von Ihnen nicht erzeugten Kindes Ihrer Frau, so genügt die Zustimmung Ihrer Frau, des Vormundes und Ihre. Die erforderlichen Erklärungen können Sie vor dem Standesbeamten, dem Gericht oder einem Notar abgeben. Zur Kostenverpflichtung ist es rathsam, nicht die gesamte Erklärung von dem Beanten aufnehmen zu lassen, sondern lediglich die Unterschriften beizubehalten zu lassen. Es reicht hierzu das Formular Nr. 12 auf S. 224 des den Arbeiterrecht beigegebenen Hefers hin. Die anderen Fälle sind ebenso S. 43, 44 beschrieben. Das Buch liegt in der öffentlichen Verkehlten. aus. — **S. L. 76.** Nein. — **R. O. Weig.** Nein.

— **Alter Abnommen.** 1. Sie können eine angemessene Entschädigung verlangen, falls durch die Aufnahme der Frau Ihnen Nachtheil erwachsen sind. 2. Nein. — **Wolff.** 1. Bei der Vertheilung eines Grundstücks wird als geringstes Gebot nur solches angesetzt, durch welches die dem Ansprüche des Gläubigers vorhergehenden Rechte und die Kosten gedeckt werden. Betreift ein Gläubiger, dessen Hypothek nach 100 000 M. steht, die Zwangsversteigerung, so ist das Mindestgebot also 100 000 M. und Kosten. Die in das Mindestgebot fallenden Hypotheken können nicht ausfallen. 2. Der Teil des geringsten Gebots, welcher zur Deckung der Kosten und einer Reihe besonders bevorzugter Ansprüche (Zwangsverwaltungsstellen, Arbeitslöne ufw.) bestimmt ist, und der das geringste Gebot übersteigende Betrag des Mindestgebots ist vom Erben im Verteilungstermin vor zu entrichten. Auf Verlangen ist für ein Rehtel dieses Betrages zu zahlen, falls die Kosten höhere sind, in diesem Betrage Zahlung zu leisten. 3. Wenn eine ernste, verbindliche Forderung vorliegt, ja, Darlehnssprechen können aber ohne Schadensersatzpflicht widerrufen werden, wenn in den Vermögensverhältnissen des Pauptpflichtigen eine wesentliche Verschlechterung eingetreten ist. — **T. 10.** Vertheilung und Nachtheil wäre in dem von Ihnen dargelegten Fall möglich. — **M. W. 17.** Die Ausweisung betrifft nur die in der Verfügung genannte Person. Von einer Beschwerde wäre in Ihrem Fall leider nur der Erfolg zu erwarten, daß sich die Sache bis etwa in den Mai hinein verzögert. Die Beschwerde ist an den Oberpräsidenten zu richten, aber bei dem Vollpräsidenten abzugeben. Gegen den abflehenden Bescheid des Oberpräsidenten ist sodann Klage beim Ober-Vermögensgericht zulässig. — **M. W., Reinoldsdorf.** 1. Nein. 2. Ja.

Witterungsübersicht vom 18. Dezember 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hmb mm	Wind- richtung	Windstärke	Temp. u. a. in °C	Stationen	Barometer hmb mm	Wind- richtung	Windstärke	Temp. u. a. in °C
Schwandau	752,50	2	bedekt	-3	Saparanda	766,50	—	heiter	-21
Dandberg	749,50	4	Dunst	-8	Petersburg	764,50	1	bedekt	-6
Berlin	751,50	2	bedekt	-5	Sac	744,50	3	bed. -	1
Krausl/M.	752,50	2	bedekt	-8	Aberden	—	—	—	—
Druck-n	740,50	4	bedekt	-3	Paris	751,50	2	bedekt	-5
Wien	750,50	1	bedekt	4					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 19. Dezember 1901.
Etwas klär, zeitweise aufklarende, vorwiegend trübe mit Schneefällen und ziemlich frischen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.